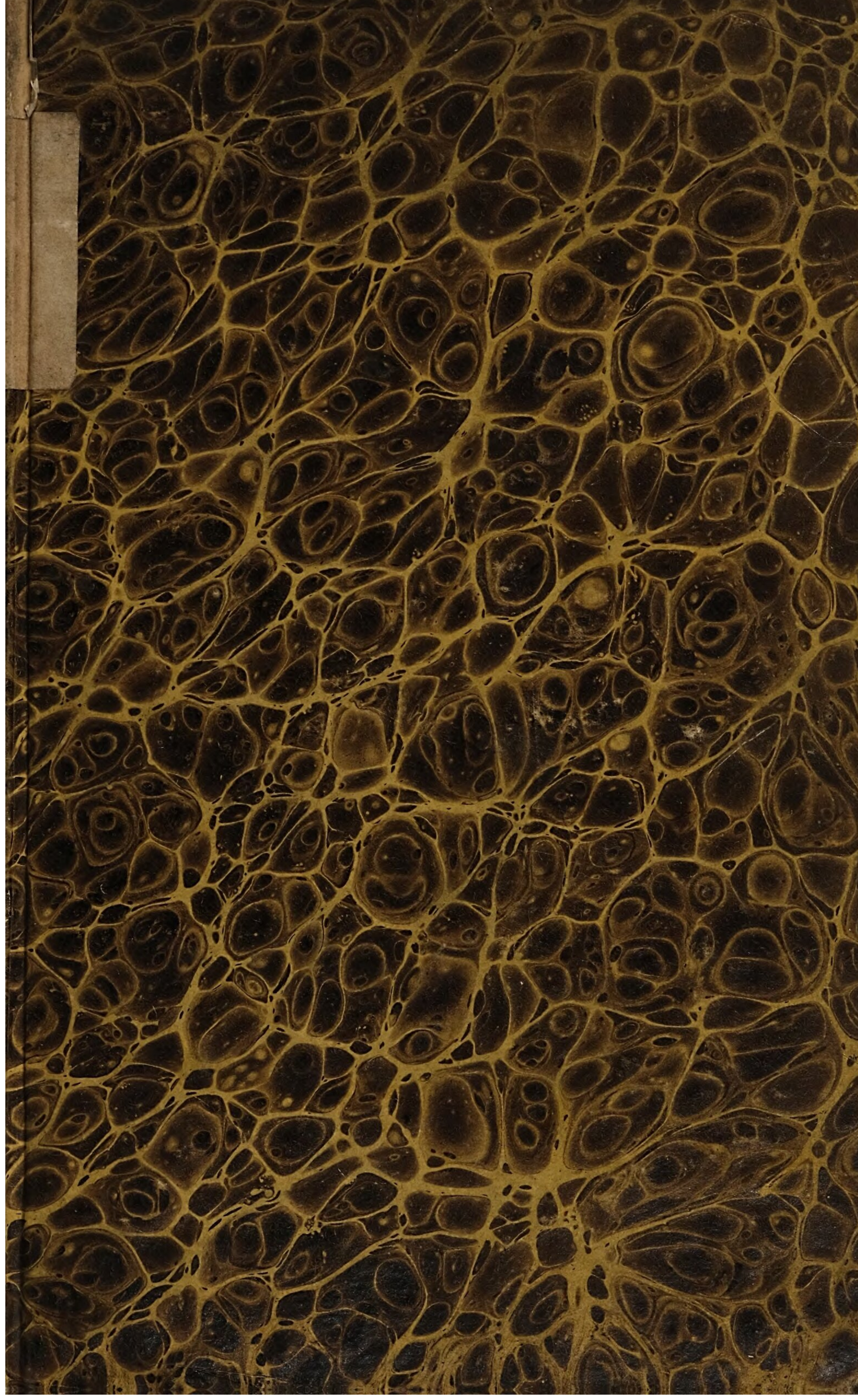




Dd XIV 157

(Gesch. d. Verf. im Juli 1839)

F. p.

R. B.

Professor Dr. Heinr. Zöpfl

über die

Spanische

Successionsfrage.



HEIDELBERG.

Academische Verlagsbuchhandlung von C. F. Winter.

1839.

Spanische Missionen

Historia de las Indias

de las Indias

de las Indias

de las Indias

de las Indias

de las Indias

de las Indias

de las Indias

de las Indias

de las Indias

de las Indias

de las Indias

de las Indias

de las Indias

de las Indias

de las Indias



Die
Spanische Successionsfrage.

Historisch und publicistisch erörtert

zur

**Aufklärung und Berichtigung der öffentlichen
Meinung in Deutschland.**

Nebst

einem Anhang

als Beleuchtung und Widerlegung der bei S. Schmerber
in Frankfurt 1839 unter gleichem Titel herausgegebenen
anonymen Schrift.

Von

Dr. Heinrich Zöpfl

Professor der Rechte an der Universität Heidelberg.

HEIDELBERG.

Academische Verlagsbuchhandlung von C. F. Winter.

1839.

Spanische Successionsfrage

Historisch und politisch erzählt

Aufklärung und Berichtigung der öffentlichen
Meinung in Deutschland

Discite justitiam moniti nec temnere Divos!

1832

V o r r e d e.

Während des Abdruckes der vorstehenden historisch-publicistischen Erörterungen ist bei S. Schmerber in Frankfurt a. M. eine anonyme Abhandlung erschienen, welche denselben Gegenstand unter demselben Titel gleichfalls von dem Standpunkte der unbefangenen Kritik aus behandelt, wie schon das aus Tacitus gewählte Motto: „*Mihi Galba, Otho, Vitellius nec beneficio nec injuria cogniti*“ andeutet.

Die gewandte Dialektik, mit welcher in dieser Schrift die Ansprüche des Don Carlos

IV

vertheidiget werden, verleihet ihr eine Bedeutung, welche mich verpflichtet, über dieselbe nicht mit Stillschweigen hinwegzugehen, obschon ihr Verfasser sich durch die Verbergung seines Namens einen Vorthail beigelegt hat, dessen mich gleichfalls zu bedienen, meinen Grundsätzen widerstreitet.

Es hat mir grosses Vergnügen gewährt, zu gleicher Zeit und völlig unabhängig von meiner Darstellung diese Schrift entstanden zu sehen, obgleich deren Resultate denjenigen, welche ich durch meine Prüfung gewonnen zu haben glaube, geradezu entgegengesetzt sind, indem die Wahrheit bei dieser gleichzeitigen Entwicklung der schroffsten Gegensätze nothwendig gewinnen muss. Das Publikum ist nunmehr in den Stand gesetzt, die Gründe, welche für die beiden streitenden Theile geltend gemacht werden, vollständig zu übersehen, zu prüfen und gegeneinander abzuwägen und die Entscheidung der öffentlichen Meinung wird

forthin nicht länger zweifelhaft bleiben können. Wie diese Entscheidung auch ausfallen möge — Erforschung des Rechtes — Aufklärung der bisherigen Verwirrung der Begriffe — war das einzige Ziel meiner Untersuchung; dieses Ziel würde ich erreicht haben, wenn ich auch als besiegt aus diesem Streite scheiden müsste, bei welchem mir wenigstens jede, auch die entfernteste politische Partheirücksicht fremd war.

Der Druck meiner Abhandlung war zu der Zeit, als mir die gedachte anonyme Schrift zukam, schon zu weit fortgeschritten, als dass mir möglich gewesen wäre, auf dieselbe in der Abhandlung selbst noch Rücksicht zu nehmen. Da mich die Gründe des ungenannten Verfassers — mit so grossem Scharfsinne und Gewandtheit sie auch vorgetragen sind — in meiner rechtlichen Ueberzeugung nicht wankend machen konnten und da ich vielmehr, wie ich glaube, in meiner Darstellung wenigstens keinen wesentlichen Punkt unerörtert gelassen zu

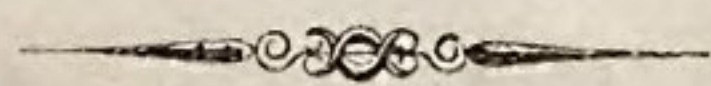
VI

haben glaube, so habe ich auch nicht für nöthig gefunden, an meiner Abhandlung eine Aenderung zu machen und gebe sie völlig so, wie sie vor der Erscheinung jener Schrift aus meiner Feder hervorgegangen ist. Die wenigen Erörterungen, welche mir diese Schrift nothwendig zu machen schien, sind daher in einem Anhange zur Erleichterung der Uebersicht und Vergleichung besonders zusammengestellt.

Im Uebrigen wird es das juristische Publikum so wenig wie mich überraschen, dass zwei zu gleicher Zeit von unbetheiligten Personen von dem Standpunkte der historischen Kritik aus geschriebene Abhandlungen zu ganz verschiedenen Resultaten gelangt sind, wenn man berücksichtigt, dass der ungenannte Vertheidiger des Don Carlos nach seinem eigenen Geständnisse (S. 14) über die hauptsächlichsten Thatsachen, um deren rechtliche Erörterung es sich handelt, höchst unvollständig unterrichtet war und von

VII

vielen der wichtigsten Urkunden und Staatsacte, worauf wir unsere Ansicht gegründet haben, durchaus keine Kenntniss hatte. Ich bin daher weit entfernt, den ungenannten Gegner meiner Rechtsansichten der Partheilichkeit oder gar der absichtlichen Entstellung der Wahrheit beschuldigen zu wollen. Bei dem unvollständigen Materiale, welches ihm zum Theile ohne eigene Schuld zu Gebot stand, wäre es vielleicht kaum möglich gewesen, selbst bei genauerer Prüfung und Ausscheidung dessen, was nicht aus ganz ungetrübten Quellen geflossen ist, zu einem richtigeren Resultate zu gelangen.



haben, durch das keine Kenntnisse hatte. Ich
 bin daher sehr entfernt, den sogenannten Ge-
 setzgeber der rechtswissenschaftlichen Fakultät der
 Universität zu danken. Bei dem unvoll-
 ständigen Material, welches ihm zum Theile
 ohne eigene Schuld zu Gebote stand, wäre es
 vielleicht kaum möglich gewesen, selbst bei
 genauer Prüfung und Ausarbeitung dessen,
 was nicht aus ganz ungenügenden Quellen ge-
 holt ist, zu einem richtigern Resultate zu
 gelangen.

— 2 —

Die Denkschrift über die Erbfolge in der Krone Spanien, welche in der neuesten Zeit mehreren grossen Höfen durch den ehemaligen Spanischen Minister, Herrn von Zea Bermudez überreicht worden ist *), hat bereits unter den bedeutendsten Europäischen Journalen eine sehr lebhafte Erörterung hervorgerufen. Mit grossem Bedauern muss man auch hier wieder den unseligen Einfluss der politischen Partheiansichten erkennen, wodurch der wahre Gesichtspunkt, von welchem aus die Spanische Successionsfrage allein betrachtet werden darf, vielfach verrückt worden ist.

Alle diese Blätter beurtheilen die wichtige Frage über die Spanische Thronfolge mehr nur nach den Ansichten der politischen Parthei, welche sie vertreten, als nach den Gesetzen und dem Staatsrechte der Spanischen Monarchie, welche doch bei dieser Frage — die nur eine Rechtsfrage, und keine politische sein kann — allein maasgebend und entscheidend sein müssen. Dürfte man sich an die Aeusserungen

*) Diese Denkschrift wurde zuerst in der Augsburger allgemeinen Zeitung vom 3. Mai 1839. Beil. p. 946—948 im Auszuge mitgetheilt. Nunmehr ist auch ein vollständiger Abdruck derselben bekannt gemacht worden, unter dem Titel; *La vérité sur la question de succession à la couronne d'Espagne* par Don Francisco de Zea Bermudez, ancien premier secrétaire d'état, président du conseil des ministres de S. M. Catholique. Paris, 1839.

jener politischen Blätter halten, so möchte man versucht seyn, zu glauben, dass die Entscheidung über die Legitimität der Königin Isabella II. wesentlich und nothwendig mit der Lösung der schwierigen Fragen über die zweckmässigste Regierungsform für Spanien verbunden sey — dass sie nicht mit Glück vertheidiget werden könne, bevor man nicht vorher alle politischen Meinungen, Vorurtheile und Leidenschaften bekämpft und besiegt habe, welche gegenwärtig im Herzen der unglücklichen Bevölkerung Spaniens wüthen — ja man möchte wähnen, dass jene grosse Rechtsfrage nicht anders, als durch die Unterdrückung der einen politischen Parthei durch die andere erlediget zu werden vermöchte!

Wir gestehen offen, dass unsere Ueberzeugung eine andere, eine gegentheilige ist. Wir sind von jeher der Ansicht gewesen, und wir sind es noch, dass die Legitimität der Thronfolge in Spanien durchaus und in jeder Beziehung unabhängig von den Grundsätzen ist, auf welche die Verfassung und die Regierungsform dieses Landes gegründet werden können — von deren Annahme oder Verwerfung das politische Loos der Spanischen Nation und die künftige Eigenschaft des Staates als einer constitutionellen oder absoluten Monarchie abhängen möchte. Ja wir glauben vielmehr, dass die Sache der legitimen Thronfolge in Spanien nicht nur nichts gewinnen, sondern dass sie nur verlieren kann, wenn sie sich — ihr eigenes Interesse verkennend — dem einen oder dem anderen politischen Systeme in die Arme werfen würde, welche die Quelle des gegenwärtigen empörenden Bürgerkrieges auf der Pyrenäischen Halbinsel sind. Unsere Ueberzeugung ist vielmehr die, dass die Sache der Königin Isabella II. keiner Argumente bedarf, welche sich auf politische Rücksichten stützen, um vor den Thronen sämtlicher legitimen Souveräne Europas den vollkommensten und unumstösslichsten Beweis ei-

nes grundgesetzlichen und eben so legitim begründeten Rechtes zur Krone zu führen, als nur irgend einer der erhabenen Beherrscher der Europäischen Nationen ein solches Recht für sich in Anspruch nehmen kann.

Diese innerste Ueberzeugung ist es, welche in dieser Ausführung dargelegt und begründet werden soll. Ich spreche hier als Deutscher, als Bürger eines der glücklichsten, von allen gewaltsamen politischen Partheikämpfen seit Jahrhunderten unberührt gebliebenen Staaten, ohne alles persönliche Interesse an dem Siege des Don Carlos oder der Königin Isabella II., ohne eine Verbindung in Spanien, weder von Furcht noch von Hoffnung geleitet, unbekannt mit den politischen Partheien dieses Landes, wie mit ihren Führern. Ohne dem Streite über die Verfassungsfragen und den hierüber herrschenden, sich so schroff gegenüberstehenden politischen Ansichten, welche leider Spanien in die schrecklichsten Gräuel des Bürgerkrieges gestürzt haben, einigen Einfluss auf unsere Darstellung zu gestatten, werden wir das Recht auf der Seite vertheidigen, wo es sich befindet: wir werden uns keine Vorliebe, keine Hinneigung zu äussern erlauben, weder für die politischen Grundsätze, welche gegenwärtig zu Madrid als die herrschenden überwiegen, noch für diejenigen, zu welchen man sich zu Ouate bekennt. Meinem Charakter, meiner bürgerlichen Stellung nach entschiedener Gegner aller gewaltsamen und blutigen socialen Zerwürfnisse, werde ich es als meine erste Aufgabe betrachten, mich von jenen gefährlichen politischen Regionen entfernt zu halten, in welchen die Wahrheit nur verwirrt, nur durch die Stimme der Leidenschaft erstickt werden, nimmermehr aber neues Licht, neue Aufklärung und Erhellung finden kann.

Als Jurist und Publicist, als Rechtslehrer aus Neigung für die wissenschaftliche Pflege des Rechtes, kann ich die Bewegungen, welche das unglückliche Spanien an den Rand des

Verderbens reissen, nur aus dem Gesichtspunkte einer grossen Rechtsfrage betrachten, deren gerechte und gesetzliche Lösung nicht nur als nothwendig und dringend für den Frieden und das Glück von Spanien, sondern auch von grösster Bedeutung für die Erhaltung des Principes der Legitimität und der Ruhe von ganz Europa erscheint. Die Zeiten sind längst vorüber, in welchen man eine Thronfolgestreitigkeit bloss für etwas Untergeordnetes, gleichsam nur für eine Privatangelegenheit der betreffenden fürstlichen Familie allein erachten konnte. Wenigstens wird man zugestehen müssen, dass in unserer Zeit, in welcher noch so manche feindliche Interessen sich unausgeglichen gegenüberstehen und in mehr als einem der grösseren Europäischen Staaten mannigfacher Stoff zur Gährung und unordentlichen Bewegungen angehäuft ist, eine Thronfolgefrage von solcher Wichtigkeit wie die Spanische, zu den Europäischen Fragen gehört, und unmittelbar das Interesse aller Staaten, welche sich gegenwärtig an der Spitze der Civilisation befinden, hinsichtlich der Erhaltung des öffentlichen Rechtszustandes berührt. Sicher wird daher auch nicht verkannt werden, welche mächtige Stütze das Princip der Legitimität selbst gegen ungesetzliche Bestrebungen gewinnen muss, wenn eine gerechte und gesetzmässige Lösung einer der Lebensfragen der monarchischen Verfassung und die Beendigung der schaudervollsten, das sittliche Gefühl der Menschheit tief verletzenden Partheikämpfe im äussersten Westen Europa's, die Völker neuerdings die hohe Bedeutung erkennen lassen werden, welche die engere Verbindung der Souveraine der bedeutendsten Staaten seit der Gründung der heiligen Allianz für die Erhaltung des allgemeinen Friedens und Rechtszustandes gewonnen hat. Ja wir dürfen hoffen, dass nach so vielen Jahren des Bürgerkrieges, dessen empörende Gräuel ein unverilgbarer Schandfleck unseres Jahrhunderts sind, die Europäischen Grossmächte sich durch die Vorsehung berufen

fühlen werden, Spanien endlich den lange entbehrten Frieden und innere Ruhe unter dem Schutze eines legitimen Thrones und einer kräftigen und weisen Regierung wieder zu geben. Vielleicht möchte schon in Kurzem diese grosse Frage, die bisher nur mit den Waffen auf blutigen Schlachtfeldern zu lösen versucht wurde, Gegenstand einer friedlicheren Verhandlung und Berathung in einigen Europäischen Kabinetten werden. Vielleicht wird man alsdann — um der Politik die festeste Grundlage zu geben, welche sie je erhalten kann — nämlich die der Gerechtigkeit — und um Garantien für die Zukunft zu gewinnen — die bisher ganz übersehene und in den Hintergrund gedrängte Rechtsfrage hervorziehen und aufnehmen, und die Entscheidung als von der Nachweisung der wahren Legitimität abhängig erkennen! Für diesen Fall, für diese voraussichtliche Möglichkeit, darf wohl die Wissenschaft den Versuch machen, durch eine unpartheiische Erörterung einige Schwierigkeiten und Bedenken im Voraus zu heben und zu beseitigen, und durch die Vorbereitung einer rechtsbegründeten Ueberzeugung das grosse Gewicht der öffentlichen Meinung mit der authentischen Entscheidung der legitimen Kabinette zu verbinden.

Diess sind die Gründe und Rücksichten, welche uns veranlassen, diese wichtige Rechtsfrage von dem Standpunkte der Geschichte und der Gesetzgebung aus zu untersuchen und das Resultat unserer Prüfung der unpartheiischen Beurtheilung des deutschen Publikums zu unterstellen. Insbesondere werden wir uns bemühen, aus dem positiven öffentlichen Rechte Spanien's und aus dem praktischen Herkommen, welches stets bei Fällen der Thronerledigung zur Anwendung gebracht worden ist, nachzuweisen, dass die cognatische und in Spanien sog. regelmässige Succession, (sucesion regular) d. h. die Thronfolge der Töchter in Ermangelung von Söhnen mit

Vorzug vor des Vaters Brüdern oder anderen Agnaten, das grundgesetzliche Recht in Spanien seit den ersten Zeiten der Erb-Monarchie bis auf unsere Tage gebildet hat und noch bildet.

In einem Lande wie Spanien, dessen älteste und mit dem Volke eng verwachsene Institutionen einen tief religiösen und durchaus monarchischen Charakter tragen — in einem Lande, nach dessen alter Verfassung der Regent die gesammte Staatsgewalt uneingeschränkt und ungetheilt in seiner Person vereinigte, in einem Lande, in welchem der göttliche Ursprung des Herrscherrechtes im Laufe der Zeit mehr als in irgend einem anderen Staate in praktischer Gültigkeit anerkannt worden war — in einem solchen Staate ist die Thronfolgeordnung das erste, das wichtigste unter allen Grundgesetzen. Sie bildet hier die Grundlage des Herrscherrechtes des Fürsten, ist sie das geheiligte Band, welches die Nation und deren Treue ihm verbindet und ihm deren Gehorsam verbürgt — sie bildet sonach das Herz des gesammten Staatskörpers einer solchen Monarchie. Daher kann an der Thronfolgeordnung nie gerüttelt werden, ohne den inneren Frieden zu erschüttern; darum kann keine Aenderung an derselben, wenn sie auch unabweisslich nothwendig geworden seyn sollte, jemals vorgenommen werden, ohne die strengste Beobachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Formen für einen Act von solcher unberechenbarer Wichtigkeit; darum müssen bei obwaltenden Zweifeln, selbst wenn sie scheinbar noch so sehr begründet wären, alle rechtlichen Vermuthungen, alle provisorischen Maasregeln, für die Aufrechthaltung der alten Ordnung, für den Schutz des bisherigen Zustandes wirksam werden.

Die Wichtigkeit einer Abänderung der Thronfolge ist namentlich in Spanien stets tief erkannt und empfunden worden. Wenn wir die Geschichte dieses Landes erforschen, werden wir überdiess finden, dass die Krone und die Thronfolge

in diesem Lande nie ein Gegenstand der freien und uneingeschränkten Verfügung des jeweiligen Staatsherrschers gewesen sind, sondern dass vielmehr stets der spanischen Nation bei den grossen Krisen in der Thronfolge nach ihrem alten verfassungsmässigen Rechte eine unmittelbare und für das Wohl des Landes höchst wohlthätige Theilnahme an der Wiederbesetzung des Thrones zugestanden hat und von ihr regelmässig durch ihre Cortes ausgeübt worden ist.

In der ersten Zeit der Westgothischen Herrschaft in Spanien hing die Thronfolge von der freien Wahl der Nation ab, *) jedoch hielt man sich bei der Wahl fast regelmässig an die Mitglieder einer und derselben Familie **), so dass, wenn

*) Der Gründer des ältesten Westgothischen Fürstenhauses, des Geschlechtes der Balten, Alarich I., war selbst durch Volkswahl zum Throne berufen worden. Jornandes de reb. got. c. 29.

**) Diese Sitte findet sich in der Merowingischen und Karolingischen Periode noch bei allen deutschen Völkern, welche die monarchische Regierungsform angenommen hatten, namentlich bei den Franken. Vergleiche meine deutsche Staats- und Rechts-Rechtsgeschichte, Heidelberg 1836, §. 40. Bei den Westgothen wurde nach dem kinderlosen Tode Alarich's I., sein Schwager Athaulf zum Könige gewählt (a. 410); nach seiner Ermordung (415) usurpirte Siegerich sieben Tage lang das Reich, wurde sodann gleichfalls ermordet, und der tapfere Wallia (ob Athaulfs Bruder oder Verwandter, ist zweifelhaft) auf den Thron erhoben. Ihm folgte (419) Theodorich I., dessen Verwandtschaft mit Wallia oder Alarich I. im Dunkeln ist; diesem succedirte 451 sein Sohn Thorismund und nach dessen Ermordung (453) sein Bruder Theodorich II. Auch er wurde ermordet (466) und sein Bruder und Mörder Eurich sein Nachfolger. Diesem folgte (484) sein Sohn Alarich II. und nach dessen Tode (507) zuerst wegen der Unmündigkeit seines legitimen Sohnes Amalarich sein natürlicher Sohn Gesalich, nach dessen Ermordung (511) der Ostgothenkönig Theodorich den jun-

legitime Descendenten von dem verstorbenen Könige hinterlassen waren, diese bei der Wahl nicht leicht übergangen wurden. Die unerschütterliche Anhänglichkeit an die einmal zur Regierung gekommene Familie, welche einen eigenthümlichen und unverilgbaren Characterzug aller germanischen Nationen bildet, bewirkte namentlich bei dem Gothischen Stamme *), dass man allmählig anfang, in Ermangelung von Söhnen des letztregierenden Königs die Krone auf die Töchter zu übertragen, so dass dieselben Rücksichten der natürlichen Anhänglichkeit und der Blutsverwandtschaft, welche die Grundlage der civilrechtlichen Erbfolge bilden, auch die Thronfolgeordnung bestimmten. **)

gen Amalarich in sein väterliches Reich einsetzte. Mit Amalarichs Fall im Kampfe gegen die Franken (531) erlosch die erste Westgothische Dynastie und das Reich wurde für einige Zeit eigentliches Wahlreich. Vergleiche Aschbach. Gesch. der Westgothen. Frankfurt 1827, p. 97 bis 186.

*) So erkannte bei den Ostgothen nach dem Tode Theodorich's d. G., die Nation seinen unmündigen Enkel Athalarich Sohn seiner Tochter Amalasuntha, als König. Manso Gesch. des gothischen Reichs in Italien. Breslau 1824, p. 137 Nach dem gänzlichen Absterben aller Männer aus dem Ostgothischen Königshause der Amaler, wählte die Nation einen ihrer tapfersten Feldherrn, Vitiges, zum Könige, jedoch musste er seine bisherige Gemahlin entlassen, und sich mit der noch übrigen Prinzessin aus dem Geschlechte der Amaler, Amalasuntha vermählen. Procop. de bello getico L. I. c. 11. Manso a. a. O. p. 201 u. fl. — Bei den Westgothen, welche auf ihrer langen Wanderung sehr verwildert waren, tritt dieses Princip erst später hervor, wie unten gezeigt werden soll.

**) Es ist unverkennbar, dass bei allen deutschen Völkern die Thronsuccessionsordnung der civilrechtlichen Erbfolge nachgebildet worden ist, welche bei demselben Volke in Bezug auf das Erbgut galt und dies ist auch dem patrimonialen Princip, auf welchem das germanische (und daher auch das europäische) Königthum beruht, angemessen. Da wo die Frauen von der

Diese Successionsordnung, wonach die Töchter den Brüdern und anderen Agnaten ihres Vaters vorgehen, und welche im spanischen bürgerlichen und öffentlichen Rechte unter der Bezeichnung „regelmässige Erbfolgeordnung“ (sucesion regular) begriffen wird*), war seit ihrer Einführung für Spanien von der grössten Zweckmässigkeit und unendlichem Vortheile gewesen. Ein gründlicher spanischer Geschichtsforscher, Ferreras**), hat darüber schon sehr scharfsinnig bemerkt, dass diese Successionsordnung wesentlich zur Vereinigung der verschiedenen Landestheile und zur Bildung Spaniens zu einem geschlossenen Territorium, so wie auch zur Erhaltung des politischen Gewichtes dieses Landes durch die Beziehungen beigetragen hat, welche in Folge dieses Successionsprinzipes zwischen ihm und

Civilerbfolge durch den Mannstamm ausgeschlossen wurden, wie z. B. bei den Franken durch die Lex Salica tit. LXIII. sind sie in gleicher Weise auch stets von der Thronfolge ausgeschlossen gewesen, und höchstens erscheint hier die Königin Mutter als Regierungsvormünderin ihres unmündigen Prinzen. — Vergl. meine deutsche Staats- und Rechtsgesch. §. 40.

*) Die einzige Unterscheidung, welche nach den altspanischen Rechten zwischen der bürgerlichen und der Thronfolge besteht, liegt darin, dass bei der bürgerlichen Erbfolge Söhne und Töchter, Brüder und Schwestern völlig gleich die Erbschaft theilen; bei der Thronfolge aber, seitdem sie erblich geworden war, aus politischen Gründen und aus Rücksicht auf die Untheilbarkeit der Krone (wie später bei den Majoraten) die Söhne den Töchtern und die Brüder den Schwestern vorgezogen wurden. *Leges Wisigothorum* Lit. IV. Tit. II. de successionibus lex 1. 2. 5. 7. 8. 9. Entferntere Agnaten wurden den Töchtern nie vorgezogen. Dies folgt schon aus dem Grunde, welchen die zuletzt angeführte Stelle (Lex 9) für die Gleichstellung der Frauen mit den Männern angiebt: „Nam justum omnino est, ut quos propinquitas naturae consociat, hereditariae Successionis ordo non dividat!“

*) *Historia de Espana*, edit. Madrid, 1716. liv. II. cap. 14. —

den übrigen Staaten des Continents stattgefunden haben. „Spanien“ schreibt ein anderer noch ausgezeichneterer Spanischer Schriftsteller, Mariana *), „hatte die Aufgabe, sich aus seinem Zustande innerer Zerrissenheit in Folge seiner Zersplitterung in viele kleine Königreiche emporzuheben und sich gegen die Folgen seiner geographischen Absonderung von dem übrigen Europa zu bewahren.“ Ohne diesen Grundsatz der regelmässigen Thronfolge der Töchter und die vielfachen Heirathen, welche unter den Mitgliedern der verschiedenen kleinen Dynastien der Halbinsel mit Rücksicht hierauf geschlossen worden sind, würde Spanien nicht so leicht zu der territorialen Einheit gelangt seyn, welche die Grundlage seiner Stärke bildet und der es allein die politische Grösse verdankt, in welcher es in dem Zeitalter seines Ruhmes strahlte. Ohne die von Zeit zu Zeit eingetretene Erneuerung seines Königshauses durch die Vermählung seiner Thronerbinen mit Prinzen aus den grössten Fürstenhäusern Europas wäre Spanien vielleicht einer beklagenswerthen Isolirung verfallen — es würde sich mehr und mehr von dem grossen Europäischen Staatensysteme getrennt haben, mit welchem es ohnehin kaum durch einen Punkt seines Gebietes zusammenhängt. Es ist daher gewiss nicht zu viel behauptet, wenn man erklärt, dass Spanien es nur seiner eigenthümlichen Thronfolgeordnung zu verdanken hat, dass es sich zur geschlossenen Monarchie bilden und bis in die neueste Zeit einen bedeutenden Rang unter den civilisirten Nationen und den Europäischen Grossmächten einnehmen konnte.

Diese Thronfolgeordnung, die fast eben so alt ist, als die Spanische Monarchie selbst, ist durch keinen Fürsten, durch

**) Historia de Espana lib. 1. cap. 3. publicada por el Doctor Sabau, Madrid 1828.

kein gewaltsames Ereigniss, durch kein Streben einer Faktion zuerst eingeführt worden. Es sind zuerst nur einzelne That-
sachen, in welchen wir dieses Princip erkennen, welches aber bald anfang, als ein allgemein verbindliches mit Zustimmung des Landes begründetes Herkommen betrachtet zu werden, und hierauf erst auf feierliche Weise in der Form eines Grund-
gesetzes der Monarchie ausgesprochen wurde.

Die Einführung dieses Successionsprincipes war aber auf der anderen Seite kein Ergebniss von Zufälligkeiten: es war das dringende, das allgemein gefühlte Bedürfniss, welches darauf führte — die Nützlichkeit war es, welche es empfahl und endlich hat es die Zeit mit ihrer heiligenden Autorität be-
kleidet. Jeder Nation sind gewisse politische Institutionen — gewisse politische Ideen — eigenthümlich und gleichsam angebo-
ren: Ideen, welche die Nation von Generation zu Generation bei sich vererbet und verarbeitet, nicht nach einem überdachten Plane, sondern aus innerer selbstwirkender, ihre Natur erfül-
lender Nothwendigkeit — Institutionen, welche gleichsam das Ansehen eines systematischen Gebäudes haben, weil die Ver-
hältnisse fortwirken, weil die Zustände fort dauern, unter wel-
chen sie zuerst in das Leben getreten sind. Diese Institutionen, diese Ideen sind es, welche den Grundtypus des individuellen Nationalcharacters bilden, welche den Plan der Vorsehung er-
kennen lassen, den von Schritt zu Schritt, von Stufe zu Stufe durchzuführen und zu verwirklichen die Nationen berufen sind. Zu dieser Classe von Institutionen darf man unbedenklich die eigenthümliche Successionsordnung in Spanien zählen, deren Geschichte, so wie die Wirkungen, welche sie im Laufe so vieler Jahrhunderte hervorgebracht hat, die sprechendsten Be-
lege für die Wahrheit dieser Behauptung darbiethen.

Gehen wir nunmehr zur geschichtlichen Nachweisung über, wie sich das Princip der Thronfolge in Spanien, diese

altersgraue und unantastbare Grundlage der Monarchie gebildet hat.

Wir haben schon oben darauf aufmerksam gemacht, dass sich in der ältesten Zeit des Westgothischen Reiches die Thronfolge des Weibsstammes nicht mit Sicherheit nachweisen lässt. *) Das Princip der Volkswahl war noch das überwiegende, und dieses Wahlrecht äusserte sich mit desto grösserer Kraft, je häufiger der Fall eintrat, dass der Thronfolger als Führer einer missvergnügten Parthei seinen Regierungsvorfahr zugleich um Thron und Leben gebracht hatte, und der Volkswahl, (wenn diese gleichwohl unter solchen Umständen selbst nichts weniger als frei genannt werden konnte) zur Begründung einer wenigstens scheinbaren gesetzlichen Autorität bedurfte. Nach dem Aussterben des ersten Westgothischen Königshauses mit Amalarich (531) wurde das Wahlrecht fast zwei Jahrhunderte hindurch immer mehr schrankenlos, ja im eigentlichen Sinne anarchisch ausgeübt. **) Während der Dauer des Wahlreiches in den ersten drei Jahrhunderten der gothischen Herrschaft in Spanien bestiegen sechs und dreissig Könige in rascher Folge den Thron — also in

*) Doch ist offenbar eine ähnliche Rücksicht der Königswahl Athaulfs nicht ganz fremd geblieben. (Sieh oben p. 7 note **)

**) Vergleiche Aschbach Geschichte der Westgothen p. 257 258. — Gregor Turon. hist. Franc. L. III. c. 30. „Sumserant Gothi hanc detestabilem consuetudinem, ut si quis iis de regibus non placuisset, gladio eum adpeterent, et qui libuisset animo, hunc sibi statuerunt regem.“ — Deutlich zeigt dies auch die Bestimmung im VI. Concil. zu Toledo can. 17. „Rege defuncto nullus tyrannica præsuntione regnum assumat: nullus sub religionis habitu detonsus aut turpiter decalvatus, aut servilem originem trahens, aut extraneae gentis homo, nisi genere cognitus et moribus dignus promoveatur ad apicem regni.“ — Vergleiche auch Concil. Toled. IV. can. 75. — Concil. Toled. V. can. 3.

einem Jahrhunderte durchschnittlich zwölf Könige: *) während seit dem Beginne der regelmässigen Erbmonarchie, seit der Thronbesteigung des Don Pelayo a. 718 bis zum Tode des Königs Ferdinand VII. a. 1833 in den vereinigten Königreichen Leon und Castilien, nur fünf und fünfzig Könige sich auf dem Throne folgten, also durchschnittlich nur fünf Könige in einem Jahrhunderte regierten. Man darf übrigens nicht unbenutzt lassen, dass schon im letzten Jahrhunderte des Wahlreiches (im VI. und VII. Jahrhundert) die Thronfolge seltener durch Empörung, Mord oder gezwungene Absetzung eröffnet wurde. Diesen Fortschritt der Civilisation verdanket man dem Einflusse des Christenthumes und der Geistlichkeit, **) welcher es nach und nach gelang, die rauhen Sitten der Gothen zu mildern und auch eine grössere Ordnung in die Königswahlen zu bringen. Durch den Einfluss der Religion war es den Bischöfen gelungen, die Gesetzgeber der Gothen zu werden. An die Stelle der alten stürmischen Volksversammlungen traten die Concilien der Geistlichkeit zu Toledo, ***) und die Monarchie — bisher lediglich auf kriegerischen Elementen beruhend,

*) Mariana historia de Espanna lib. 3 cap. 10.

**) Das viele Gute und Grosse, das die Kirche in jenen Jahrhunderten durch die Civilisation der germanischen Nationen und durch die Befestigung des Ansehens der weltlichen Regierung vermittelt ihrer Sanction geleistet hat, ist oft sehr mit Unrecht verkannt und angefeindet worden. Man sehe z. B. selbst Spittlers Grundriss der Geschichte der christlichen Kirche, Göttingen 1782 pg. 97 und Gh. G. Biener, Versuch über das Staats-Kriegs- und Lehnrecht des Westgoth. Reiches in Spanien; in Zeperniks Samml. auserles. Abhandl. aus dem Lehn-R. Bd. IV. pg. 209.

***) Der Einfluss der katholischen Geistlichkeit auf die Staatsregierung in Spanien beginnt mit dem dritten Concilium zu Toledo, auf welchem König Reccared den Arianismus abschaffen liess, Vergl. Aschbach Gesch. d. Westgothen p. 228 230.

erhielt durch die Weihe der Kirche den Charakter einer religiösen Heiligkeit — die erste Grundlage des göttlichen Rechtes. *) Von dem vierten Concilium zu Toledo an wurden in den Concilien-Beschlüssen regelmässig die Empörer gegen den von der Geistlichkeit anerkannten König mit dem Kirchenbanne bedrohet, dabei aber ausdrücklich festgesetzt, dass nach dem Tode eines Königs die Königswahl von den Bischöfen und den weltlichen Grossen vorgenommen und der König nur aus einem alten edlen gothischen Geschlechte gewählt werden solle. **) Durch die Beschlüsse des vierten Concilium zu Toledo war daher schon grundgesetzlich bestimmt, dass der hohe Adel der Monarchie und die Geistlichkeit sich zur Königswahl zu einer Versammlung vereinigen sollten, und seitdem bildeten sich diese Concilien allmählig zu wahren Reichstagen aus. Namentlich fin-

*) Gewöhnlich nimmt man an, dass Wamba der erste König gewesen, der zu Toledo durch den Metropolit dieser Stadt (a. 672) gesalbt und gekrönt worden. Nach Isidori Chron. Gothor. möchte es aber scheinen, dass schon Reccared, der erste König, der zum Katholicismus übergetreten war, (siehe die vorige Note) sich schon feierlich krönen lies. Aschbach a. a. O. p. 230.

**) Im vierten Concil. Toled. war hierüber bestimmt: „Nullus apud nos præsuntione regnum accipiat, nullus excitet mutuas seditiones civium: nemo medietur interitus regum, sed defuncto in pace principe, primatus totius regni una cum sacerdotibus successorem regni concilio communi constituent.“ — Im fünften Concil. Toled. wurde festgesetzt: „Quoniam inconsideratae quorundam mentes et se minime capientes, quos nec origo ornat, nec virtus decorat, passim putant licenterque ad regiae majestatis pervenire fastigia, hujus rei causa nostra omnium cum invocatione divina profertur sententia et qui talia meditatus fuerit, quem nec electio omnium probat, nec gothicae gentis nobilitas ad hunc honoris apicem trahit, sit a consortio catholicorum privatus et divino anathemate condemnatus. — Collect. Concil. edit. Paris. tit. 14 p. 517. 536. Siehe auch die Acta des IV. V. und VI. Concil. Toled, a. 633. 636. 638. bei Colet. Tom. VI.

det man seit dem achten Toledanischen Concilium a. 653 eine regelmässige Theilnahme des hohen Adels an den Versammlungen und Beschlüssen der Geistlichkeit, *) und somit war es die Kirche, welcher Spanien seine erste Erhebung aus einem verwilderten und anarchischen Zustande und die festere Begründung der monarchischen Verfassung verdankte. Auf der anderen Seite verabsäumten auch die Könige, welche in den Concilien eine religiöse und mit gesetzgebender Autorität versehene Stütze gefunden hatten, nichts, um ihre Gewalt zu erweitern und ihrem Stamme ein mehr gesichertes Nachfolgerecht in der Krone zu verschaffen. Das Mittel, dessen sich die Könige hierzu bedienten, war gleichsam eine Uebergangsstufe von der Wahlmonarchie zur Erbmonarchie, nämlich die Annahme eines ihrer Söhne oder sonst von ihnen gewünschten Nachfolgers zum Mitregenten während ihres Lebens. Doch gelang es nur fünf Gothenkönigen, die Zustimmung der Nation zu einem solchen Acte zu erhalten. **) Im Allgemeinen war sogar die Stimmung der Geistlichkeit und des Adels den Königen hier entgegen, weil sie darin eine Beschränkung ihres Wahlrechtes erkennen mussten, und das fünfte Toledanische Concilium (a. 636) setzte sogar ausdrücklich fest, dass bei dem Leben des Königs keine Wahl seines Nachfolgers vorgenommen werden sollte. ***) Bevor jedoch die Könige dahin gelangen konn-

*) Colet Acta Concil. Toled. T. VII. pag. 409 — Aschbach Geschichte der Westgothen p. 260. — Ganz auf dieselbe Art hatten sich auch die Reichstage der fränkischen Monarchie aus der allmählichen Theilnahme des hohen Reichsadels an den Concilien der Geistlichen (concilia mixta) entwickelt. Meine deut. Staats- und Rechtsgesch. §. 45.

**) Leovigild (a. 572) Suinthila (a. 572) Chindaswinth (a. 640) Erwig (a. 687) Egiza (a. 698) Aschbach Gesch. d. Westg. p. 202. 243. 252. 298. 303. Ferreras, hist. de Espana tit. 3. p. 214. —

***) Vergl. Aschbach a. a. O. p. 247. 258.

ten, die Früchte dieser von ihnen doch allmählig im VII. Jahrhunderte durchgesetzten Neuerung zu ärndten, wurde das Gothenreich durch den Einfall der Araber in Spanien und die unglückliche Schlacht von Xeres de la Frontera (712) zerstört.

Nach der Eroberung Spaniens durch die Araber erhielt sich in den christlichen Landestheilen noch eine Zeitlang der Grundsatz der Wahlmonarchie. Aber eine Veränderung, welche zuerst in den Gebirgen Asturiens eingeführt wurde, war ein neuer und grösserer Fortschritt zur Erbmonarchie. Die Nation war dort zu der altgermanischen Rechtssitte zurückgekehrt, den Fürsten nur aus den Mitgliedern einer und derselben Familie zu wählen, während man in der letzten Zeit zuvor ohne solche Rücksichten aus verschiedenen Familien gewählt hatte. Aus diesem Grunde blieben die Nachkommen des Don Pelayo, der im Jahre 718 zum Könige von Asturien gewählt worden war, im ununterbrochenen Besitze der Krone bis zum Jahr 1037. Schon dieses Thronfolgesystem bewährte seine Vorzüge im Verhältnisse zu dem früheren zum Vortheile der Nation. Die Thronfolge ging ruhiger von Statten, die Regierung gewann an Kraft und Festigkeit und die Wiedereroberung des Landes wurde mit grösserem Nachdrucke verfolgt, als ausserdem möglich gewesen seyn würde.

Noch immer war aber das System der erblichen Thronfolge noch nicht vollständig anerkannt. Zwar stand fest, dass die königliche Würde bei einer bestimmten Familie bleiben müsse, aber es war noch nicht entschieden, dass sie in einer bestimmten Linie dieses Hauses vererbt werden solle. Ueber das Vorzugsrecht der Mitglieder des regierenden Hauses unter sich — über die Successionsordnung, nach welcher die thronberechtigten Personen zum Antritte der Regierung berufen wären — hatte sich noch keine Regel gebildet. Die Krone des

kleinen Königreiches Asturien wurde daher anfänglich nur selten in gerader Linie vererbt. Die Söhne des verstorbenen Königs wurden bald durch einen Vatersbruder ausgeschlossen, wie bei der Succession des Königs Aurelio, im Jahr 763; bald mussten sie dem Gemahle ihrer Tante weichen, wie bei der Thronbesteigung des Königs Silo, Gemahles der Adosinda, im Jahr 774, bald wurden sie durch ein anderes mächtiges Familienmitglied zurückgedrängt. *) Aber in der zweiten Hälfte des zehnten Jahrhunderts finden wir bereits zwei Könige, welche sogar als Minderjährige ihren Vätern kraft Erbrechtes in der Regierung nachfolgten, nämlich Don Ramiro III. im Jahr 967 und Don Alphonso V. im Jahr 999, Prinzen, die kaum erst fünf Jahre zählten, als sie zu Königen ausgerufen wurden.

Von hier an war der Sieg der Erbmonarchie entschieden. Von einem Wahlrechte der Nation war weiter nicht die Rede. Die Krone vererbte sich fortan in gerader Linie, ohne Ausschluss der Töchter vom Successionsrechte, jedoch mit Vorzug der Söhne derselben Linie. Diese Successionsart wurde durch das Aussterben des Mannsstammes der Familie des Don Pelayo im Jahr 1037 neuerdings bestätigt. Die Frauen, die nunmehr zur Thronfolge in Asturien berufen waren, brachten auch Castilien und das Königreich Leon mit in das Haus Navarra, und Don Fernando I., der Gründer des Königreichs Castilien, besass das Königreich Leon in Folge des Erbrechtes seiner Gemahlin, Donna Sancha, Schwester des letzten Königs von Leon, Bermudo III., und die zum Königreich erhobene Grafschaft Castilien kraft Erbrechtes seiner Mutter, Donna Nunna, der Erbin ihres Bruders Don Garcia.

Seit dieser Zeit wiederholten sich die Fälle der weiblichen

*) Mariana hist. de Espana lib. 2. cap. 10.

Thronfolge mehrfach. Im Jahr 1109 succedirte Donna Uraca, Tochter von Alphons VI., König von Castilien und Leon in diesen Ländern und bestieg den Thron, obgleich ihr Vater noch einen Bruder Don Sancho, berühmt durch seine kriegerische Auszeichnung im Kampfe mit den Arabern, hinterlassen hatte. Im J. 1217 folgte Donna Berenguela, Tochter von Alphons X. von Castilien ihrem Vater, obgleich damals in der königlichen Familie noch zwei Sprossen des Mannsstammes, Don Bermudo und Don Ximeno, Vettern des Königs vorhanden waren, und nach ihrer Verheirathung mit Alphons IX., König von Leon, vereinigte ihr Sohn Fernando III. (der heilige) definitiv die beiden Königreiche Castilien und Leon *).

Seit dem zehnten Jahrhundert erhielt sich somit diese Successionsordnung mit folgenden durch das Herkommen eingeführten Grundregeln:

- 1) Thronsuccessionsberechtigt ist sowohl der Manns- als Weibsstamm.
- 2) In derselben Linie schliesst in Bezug auf die Successionsordnung der ältere den jüngern und der Mann die Frauen aus.
- 3) Im Verhältnisse verschiedener Linien zu einander, gehen die Frauen der geraden Linie den Agnaten der Seitenlinie vor **).

Im Jahr 1260 wurde endlich dieses durch die ununterbrochene Uebung mehrerer Jahrhunderte geheiligte Erbfolgesystem,

*) Sandoval, historia del Rey Fernando III. cap. 4.

**) L. Molina de primogeniorum Hispanorum origine ac natura libri IV. Lugduni 1827, L. I. cap. 2. §. 10. „In successione regni tam masculi, quam foeminae jure primogeniturae admittuntur.“

welches man auch die cognatische Successionsordnung nannte, zum geschriebenen Rechte, durch die berühmte, unter Alphons X. verfasste Rechtssammlung de las Siete Partidas *) erhoben. Die Bestimmung dieses Gesetzes ist buchstäblich folgende: **)

„In Erwägung des gemeinen Wohles Aller, und in Anbetracht, dass die Theilung der Königreiche bei der Thronfolge nicht statt haben könne, ohne ihren Verfall zu bewirken, nach dem Ausspruche unsers Herrn Jesus Christus, welcher gesagt hat, dass jedes getheilte Reich in sich zerfallen wird, haben die weisen Leute geglaubt, dass es gerecht sey, dass die Souveränität des Königreiches an den ältesten Sohn allein nach dem Tode seines Vaters übergehe. Und so ist es auch Herkommen in allen Ländern der Welt gewesen, wo die Souveränität nach Geburtsrecht vererbt worden ist, und namentlich in Spanien. Und um die vielen Uebel zu vermeiden, die sich schon zuge tragen haben und noch zutragen könnten, so haben sie festgesetzt, dass die Krone immer in der geraden Linie vererbt werden soll; und aus diesem Grunde haben sie gewollt, dass wenn keine männlichen Descendenten vorhanden wären, die älteste Tochter die Krone erben solle. Und sie haben verordnet, dass wenn der älteste Sohn sterben würde, bevor er zur Thronfolge gelangen konnte, und er von einer gesetzlichen Gemahlin einen Sohn oder eine Tochter hätte, dass dieser oder diese sodann den Thron erben sollen und Niemand anders. Aber in Ermangelung aller dieser Personen, soll der nächste Verwandte das Reich erben, der regierungsfähig ist, und keine Handlung begangen hat, in Folge deren er sein Successions-

*) Wörtlich: Gesetz der sieben Theile, so benannt nach der Zahl der Abtheilungen dieser Sammlung.

**) Ley 2. titulo 15. Partida 2.

recht verloren hat. Das Volk ist schuldig, alle diese Gesetze zu beobachten, denn ausserdem würde der König nicht vollkommen sicher gestellt seyn. Und in Folge hiervon macht sich Jedermann, der gegen diese Gesetze handeln würde, des offenen Hochverrathes schuldig, und verfällt der Strafe, welche oben für die gesetzt ist, welche der königlichen Autorität die Anerkennung verweigern.“

Diese mit Recht so berühmten Siete Partidas galten längere Zeit hindurch zwar nur als ein Rechtsbuch oder eine Gewohnheitsrechtssammlung, wenn gleich mit unbestrittener Autorität, noch nicht aber als ein von der Staatsgewalt publicirter Gesetzcodex. Allein auch diese Eigenschaft wurde dieser Rechtssammlung durch den König Alphons XI. beigelegt, welcher durch eine, nach Zustimmung der in der Stadt Alcala im Jahr 1338 versammelten Cortes erlassene Pragmatik ihre unbedingte Beobachtung befahl. „Wir befehlen,“ heisst es daselbst, „dass alle Prozesse und Rechtsstreitigkeiten, welche nicht durch die Gesetze unserer gegenwärtigen Sammlung (Fueros) entschieden werden können, nach den Gesetzen der Siete Partidas entschieden werden sollen, welche der König Alphons hat ordnen lassen.“ *)

Die grundgesetzliche Bestimmung der Siete Partidas über die Thronfolge wurde seitdem in Spanien ohne alle Ausnahme und ununterbrochen befolgt, und sowohl die Könige als die Nation sahen hierin immer die einzige Entscheidungsquelle in allen Fällen der Thronerledigung.]

Gestützt auf diesen Grundsatz liess der König Enrique III. durch die Cortes von Toledo im Jahr 1402 seine einzige Tochter, die Infantin Donna Maria als Thronerbin anerkennen. Als diesem Könige hernach ein Sohn, der Infant Don Juan

*) Antonii Gomezii ad leges taurinas commentarius 1628 cap. 7.

geboren worden war, wurde sofort dieser, den Bestimmungen der Siete Partidas gemäss, durch die Cortes von Valladolid im Jahr 1405 als Thronfolger anerkannt. Wegen des Todes dieser beiden Kinder proclamirten sodann die Cortes zu Toledo im Jahr 1422 ihre Schwester, die Infantin Donna Catalina, welche nachher selbst wieder durch die Geburt des Infanten Don Enrique IV. vom Throne ausgeschlossen wurde.

Die Verhandlungen der Cortes zu Toledo im Jahr 1422 bieten uns einen sehr treffenden Beleg für die Richtigkeit unserer Behauptungen dar. Der erste, welcher der Donna Catalina als Thronerbin den Eid der Treue leistete, war der Infant Ramiro, ihr Onkel, der Bruder des Königs Enrique III. — (derselbe Verwandtschaftsfall, wie der des Don Carlos mit dem Könige Ferdinand VII.) — Der Eid des Infanten lautete: „Ich schwöre, dass im Falle der König ohne Hinterlassung männlicher Erben versterben würde, ich alsdann die Prinzessin Catalina als Königin und Souveränin anerkennen, und mich gegen sie in allen Dingen als guter loyaler Vasall halten werde.“ *)

Ein anderer Fall der Anwendung des Successionsgrundsatzes der Siete Partidas begegnet uns kurz vor der berühmten Epoche der Vereinigung der Kronen Castilien und Aragonien. Der König Enrique IV. wollte die Donna Juana als Thronerbin proclamiren lassen, aber da die öffentliche Stimme ihm die Paternität bestritt, und diese dem Günstling der Königin, Beltran de la Cueva heilegte, so verweigerten die Cortes nach langen und peinlichen Verhandlungen der Donna Juana die Anerkennung aus Mangel der legitimen Geburt und erkannten die Schwester des Königs, Donna Isabella, als Thronerbin, welche sofort durch die vereinigten Cortes zu Ocanna

*) Mariana hist. de Espana lib. 42. cap. III.

1469 als solche ausgerufen wurde, und nach dem Tode des Königs Enrique IV. den Thron von Castilien und Leon mit ihrem Gemahle dem König von Aragonien, Don Fernando *) bestieg. Durch diese Heirath wurde die bleibende Vereinigung der Kronen von Castilien und Aragonien begründet und später wurde hierzu durch Eroberung[†] das Königreich Navarra erworben.

Wir wollen hier einen Augenblick verweilen, um den ersten Einwand zu widerlegen, welchen die Vertheidiger des Don Carlos vorzubringen pflegen, indem sie behaupten, dass, wenn die cognatische Succession auch in dem Königreiche Castilien bestand, sie doch nicht in den übrigen Königreichen, Leon, Aragon und Navarra eingeführt gewesen sey, und dass die Verbindung dieser Königreiche auf das öffentliche Recht Spaniens einen abändernden Einfluss gehabt habe.

Allein dieser Einwand ermangelt durchaus jeder historischen und rechtlichen Grundlage. Die kleinen Königreiche Leon, Navarra und Aragon haben fast ganz dieselben politischen Veränderungen in Bezug auf die Thronfolge durchlaufen, wie die Königreiche Asturien und Castilien. Leon blieb mit geringen Einschränkungen Wahlmonarchie bis zum Anfange des XI. Jahrhunderts. **) In dem Königreiche Navarra wurde die Erblichkeit des Thrones als Rechtsgrundsatz und feststehende Regel erst gegen das Ende des XII. Jahrhunderts anerkannt, ***) und ebenso erhielt sich Aragon bis zum Anfange des XII. Jahrhunderts als Wahlreich. †) So wie aber in diesen drei Reichen die Erblichkeit der Krone anerkannt worden war, so galt

*) Diese beiden Majestäten führen insbesondere den Beinamen der Katholischen.

**) Ferreras hist. de Espana lib. 3 cap. .

***) Ferreras hist. de Navarra lib. 2 cap. 3.

†) Zurita, annales de la corona de Aragon. en el anno 1137.

auch daselbst sofort der Grundsatz der cognatischen Thronfolge (sucession regular). Donna Sancha, Gemahlin des Don Fernando I., regierte in Leon nach dem unglücklichen Ende ihres Bruders, Don Bermudo, wodurch die Kronen von Leon und Castilien vereinigt wurden, wie wir schon angeführt haben. *) Im Königreich Aragonien folgte im Jahr 1137 Donna Petronila als Thronerbin ihrem Vater Don Ramiro (der Mönch gen.) und vermählte sich nachher mit dem Grafen von Barzelona, Raymond Berengar **) und hier wollen wir sogleich hervorheben, dass auf der ganzen Halbinsel es nur allein die Grafschaft Barzelona war, in welcher man seit der Anerkennung der Erblichkeit der Regierungsgewalt strenge die agnatische Successionsordnung befolgte, und wo nie eine Frau zur Regierung gekommen war, bevor die Incorporation dieser Grafschaft in das Königreich Aragon stattgefunden hatte. ***) In Navarra dagegen galt wieder die cognatische Succession: †) Donna Juana I^a. welche 1274 ihrem Vater Don Enrique I. gefolgt war, brachte hiernach durch ihre Vermählung mit Philipp dem Schönen (1284) Navarra an Frankreich.

Nie ist daher von einem spanischen Juristen bezweifelt worden, dass wenigstens zu der Zeit, als diese verschiedenen Königreiche mit der Krone von Castilien verbunden wurden, schon die cognatische Primogenitur gleichmässig in allen

*) Ferreras erkennt in dieser Vereinigung das Mittel der göttlichen Vorsehung, wodurch der Sieg des Christenthums allein gesichert wurde, während ihm durch die bisherige Trennung der einzelnen Reiche der Untergang drohte.

**) Zurita Annales de Aragon l. c.

***) Bofarrull in der Einleitung zu seiner historia de los Condes de Barcelona.

†) Man vergl. den Titel über die Thronfolge in der Recopilacion de las leyes antiquas de Navarra.

entweder kraft ausdrücklicher Gesetze oder eines unzweifelhaften Herkommens herrschte, und dass derjenige, welcher nach dieser Thronfolgeordnung in Castilien succedirte, ipso jure hierdurch auch der Beherrscher aller übrigen mit diesem verbundenen Reiche geworden sey. *) Ja wenn sogar diese historischen Beweise — welche leicht vermehrt werden könnten — völlig fehlen würden, so würden schon die Rechtsgrundsätze allein, welche über das Verhältniss incorporirter Staaten gelten, hier vollkommen ausreichen.

Von dem Augenblicke an, in welchem ein Staat mit dem andern reell verbunden und demselben incorporirt wird, verliert derselbe, — wie allgemein bekannt ist — seine bisherige politische Selbstständigkeit — wenn ihm auch seine innere Einrichtungen, Verfassung, Gerichte, Rechte und Freiheiten gelassen und garantirt werden **) — in der Art, dass, was den Besitz der Staatsgewalt und den Uebergang derselben auf den Thronfolger anbetrifft, nur noch allein die Grundgesetze und die Thronfolgeordnung des Hauptlandes entscheiden. Von dieser Art war aber die Verbindung, in welche nach und nach, zu verschiedenen Zeiten, die übrigen Königreiche der Halbinsel

*) Molina l. c. L. I. cap. 2 §. 10. „Et quamvis lex dicta Partidarum (s. oben p. 38) de sola regni Castellae successione disponat, idem de omnibus aliis Hispaniorum regnis, quae Regno Castellae adjuncta sunt, dicendum erit, cum sive ex illorum Regnorum lege sive consuetudine eundem succedendi ordinem sequuntur, ut plus quam notissimum est.“ —

**) So behielten Navarra und die Baskischen Provinzen ihre bürgerlichen, peinlichen und politischen Gesetze: ersteres seine Cortes, letztere ihre allgemeinen Volks-Versammlungen (Juntas generales); nichts destoweniger erkannten sie seitdem, wie dies aus einem Begriffe einer Vereinigung nach ungleichem Rechte (jure inaequali) folgt, stets den jedesmaligen König von Castilien als ihren legitimen Herrscher.

mit der Krone von Castilien gebracht wurden, und woraus die eine und untheilbare Krone von Spanien erwuchs. Ja bei Vereinigung des Königreichs Leon und Castilien (womit der Grund zur spätern Grösse der Spanischen Krone gelegt wurde) war durch einen ausdrücklichen Vertrag festgesetzt worden, dass die in beiden Königreichen gleichmässig geltende cognatischen Succession auch nach ihrer Vereinigung fortbestehen solle. *) In dieser Verbindung der einzelnen Reiche mit Unterordnung unter Castilien liegt auch der Grund, wesshalb man, sowie die Thronbesteigung eines neuen Königs zu Madrid verkündet ist, nach Navarra und nach den Baskischen Provinzen nur eine Urkunde sendet, welche die Proclamation in Castilien authentisch beweiset, worauf dortselbst der König anerkannt werden muss, ohne dass weder die Cortes in Navarra noch die allgemeine Versammlung der Basken das Recht hat, die Wahl zu prüfen oder auch nur zu genehmigen oder irgend ein Hinderniss der unmittelbaren und feierlichen Anerkennung des Königs in diesen Ländern in den Weg zu legen.

Wir kehren nunmehr zur Geschichte zurück.

Die erste Sorge der katholischen Majestäten Ferdinand und Isabella war, die Cortes zu versammeln um ihre Tochter, die Prinzessin Isabella als Thronerbin anerkennen zu lassen. Das königliche Schreiben **) vom 7. Februar 1475, wodurch die Deputirten der Nation einberufen wurden, sind ein so klassisches und sprechendes Document zum Beweise des cognatischen Successionsrechtes, dass wir es uns nicht versagen können, wenigstens eine Stelle aus demselben hier aufzunehmen — „Ihr wisst,“ sagt der König, „dass es Gebrauch

*) Mariana hist. de Espana lib. 8 cap. 2.

**) Er findet sich in der gedruckten Sammlung der Urkunden der königlichen Bibliothek zu Madrid, Doc. 132 fol. 109.

„und Herkommen in unseren Königreichen ist, dass die
„Prälaten, Ritter, Edelleute und die Abgeordneten der Nation
„dem ältesten Sohne oder der ältesten Tochter des
„Königs und der Königin, als Thronerben den Eid der Treue
„leisten. Darum sollt ihr an unseren Hof die gedachten Depu-
„tirten schicken, um der Prinzessin Isabella, unserer theuren
„und vielgeliebten Tochter, als Erbfürstin des Königreiches
„den Eid zu leisten: ihr werdet die Deputirten wählen in her-
„kömmlicher Weise, dass sie zu Hofe kommen mit euren ord-
„nungsmässigen und genügenden Vollmachten, um unsere Toch-
„ter als Erbin unserer Königreiche und als Königin nach un-
„serem Absterben anzuerkennen, im Falle wir keinen männli-
„chen Descendenten hinterlassen sollten etc.“

In Folge dieser Berufung wurde die Infantin Donna Isabella feierlich von den Cortes zu Madrigal im Jahr 1475 als Thronerbin anerkannt. Später wurden die katholischen Majestäten durch die Geburt eines Sohnes Don Juan erfreut, und alsbald traten die Cortes zu Toledo im Jahr 1480 zusammen, um ihn als legitimen Thronfolger anzuerkennen. Aber sein frühzeitiger Tod im Jahr 1497 hatte eine zweite Proclamation der Cortes von Toledo vom Jahr 1498 zu Gunsten der Donna Isabella zur Folge, welche schon mit dem Könige von Portugall, Don Manuel vermählt war. Der Tod dieser Prinzessin und ihres Sohnes, des Infanten Don Miguel, der gleichfalls schon durch die Cortes von Ocanna im Jahr 1499 als Thronerbe anerkannt worden war, beriefen die Donna Juana zur Thronfolge, welche mit dem Erzherzoge Philipp von Oesterreich verheirathet war, und mit diesem in Flandern residirte. Um die Anerkennung dieser Tochter als Thronerbin zu bewirken, liessen die katholischen Majestäten sie nach Spanien zurückkommen, und beriefen die Cortes nach Toledo im Jahr 1502. Die Anerkennung fand ohne allen Anstand in

herkömmlicher Weise statt, und ebenso proclamirten auch kurz darauf (1506) die Cortes zu Valladolid den Sohn dieser Infanten, Don Carlos, *) als präsumtiven Thronerben. Endlich huldigten die Cortes zu Valladolid im Jahr 1518 der Donna Juana (gen. die Wahnsinnige) als Königin und zugleich ihrem Sohne Don Carlos als Regenten, mit dem Vorbehalte, dass wenn die Königin ihre Gesundheit und den Gebrauch ihrer Vernunft wieder erhalten sollte, ihr Sohn Don Carlos, von der Führung der Regierung wieder zurücktreten und diese seiner Mutter wieder überlassen solle, und dass die königlichen Erlasse (Cedulas reales) und andere Acte, so lange die Königin lebte, unter deren Namen ausgefertigt werden sollten, und erst nachher unter dem Namen ihres Sohnes, der sich bis dahin mit dem Titel eines Prinzen von Spanien begnügen sollte. So gross war die Achtung und die Anhänglichkeit der Spanier an ihr altes Thronfolgegesetz, dass man sogar da fest an dem Grundsätze der weiblichen Thronfolge hielt, als eine unglückliche Geisteszerrüttung der Thronerbin die persönliche Führung der Regierung unmöglich machte, und in diesem Zustande blieb das Land bis zum Tode der Königin Juana, mit welchem erst Carl I. (V) seine glorreiche Regierung in eigenem Namen begann.

Es ist unverkennbar, dass diese ausdauernde Beharrlichkeit, diese treue Anhänglichkeit an die cognatische Successionsordnung und diese ritterliche Achtung der Rechte der Frauen nicht wenig durch die wiederholten Beschlüsse und Verordnungen der Cortes bei den Thronerledigungsfällen seit der Abfassung des Gesetzes der Partidas genährt und befestiget worden waren. Hiermit war nun aber auch noch ein anderes, nicht wenig einflussreiches Moment in Verbindung getreten.

*) Als deutscher Kaiser Carl V.

Seit den Zeiten von Alphons X. bildete sich allmählig in der Spanischen Legislation die Ansicht aus, dass die Krone wie ein Majorat zu betrachten sey. Man wandte seitdem auf die Thronfolge wie auf die Erbfolge in den Majoraten dieselben Rechtsgrundsätze an, und in Folge dieser national gewordenen Rechtsansicht gewann das öffentliche Recht eine neue Stütze an den Grundsätzen und Regeln der Civilrechtswissenschaft. *) Diese Rechtsansicht erhielt alsbald eine neue und mächtige Bestätigung durch die allgemeine Versammlung der Cortes, welche in der Stadt Toro im Jahr 1505 berufen worden war. **)

In dieser allgemeinen Versammlung wurden die berühmten Gesetze erlassen, welche in Spanien unter dem Namen der *Leyes de Toro* bekannt sind und das Werk Ferdinand's und Isabella's, der Katholischen waren. In Bezug auf das Successionsrecht in den Majoraten und in der Krone wird in der Vorrede zu diesem Gesetzbuche gesagt: „Wir verordnen „mit Zustimmung unseres Reiches, dass man in einem solchen „Falle auf die Gesetze der *Siete Partidas* zurückgehe (und sie „anwende) welche unter unserem Anhern, dem König *Alphons*, aufgezeichnet worden sind.“ ***) Ueberdies erkannte das vierzigste der Gesetze de Toro neuerdings das Staatsherkommen im Bezug auf die Thronfolgeordnung an, indem es buchstäblich die hieher gehörige Bestimmung der Gesetze der

*) Man erinnere sich an das, was schon oben p. 8 not. **) über den Einfluss des bürgerlichen Rechtes auf die Thronfolge angedeutet worden ist.

**) Ferreras hist. de Espana tit. 22 p. 17.

***) „Mandamos, que en tal caso de sucession se recurra a las leyes de las siete partidas, hechas par el M. Rey, Don Alphonso nuestro progenitor.“ Vergleiche den oben p. 20 note *) angef. Comment. des Anton. Gomez in *leges Taurinas* T. I.

Siete Partidas (lex 2. tit. 15. partida 2) in sich aufnahm, und die dort über die Thronfolge enthaltene Bestimmung *) auch auf die Erbfolge in den Majoraten übertrug. So waren die Krone und die Majorate in Hinsicht der Grundsätze, welche in Bezug auf die bei ihnen entstehenden Rechtsfragen in Anwendung gebracht werden sollten, einander gesetzlich gleichgestellt: die Krone selbst war ein nationales, mit dem öffentlichen Rechte eng verbundenes Majorat geworden, die Majorate eine Art von Familien-Krone. **) Der Grundsatz der Untheilbarkeit des Landes, der Grundsatz der Vererblichkeit der Krone wie eine Familienbesitzung war somit auch in Spanien, wie in den bedeutendsten Staaten von Europa ausgesprochen, nur mit dem Unterschiede, dass in Spanien die Frauen bei der Thronfolge mehr begünstigt sind, als es in anderen Staaten — (mit Ausnahme von England, welches dasselbe Successionsprincip, wie Spanien hat) — der Fall zu seyn pflegt, und dass dem Souverän in Spanien keine vollkommen freie Verfügung über die Krone und das Nachfolgerecht in derselben zusteht, sondern hierbei nach dem spanischen öffentlichen Rechte, welches sich auf unvordenkliches Herkommen und die freie Bestätigung und Bewilligung der Könige gründet, stets die Mitwirkung der Cortes erforderlich ist. ***)

Verfolgen wir nun die Geschichte der spanischen Gesetzgebung Schritt vor Schritt, so finden wir im siebenzehnten Jahrhundert noch ein anderes sehr wichtiges Gesetz, welches unter dem König Philipp IV. aus dem Hause Oesterreich er-

*) Siehe oben pag. 19.

**) So spricht sich hierüber aus Gomez a. a. O. cap. 4. N. 20.

***) Ant. Gomez ad leg. Taurin. part. 2. cap. 3. — Marina Ensayo critico sobre la legislacion de Castilla y de Leon.

gangen ist. Dieser Souverain hatte den glücklichen Gedanken, in einem einzigen Gesetzbuche alle Gesetze der Monarchie zu vereinigen, welche noch in Kraft und Uebung waren, und demzufolge kam unter seiner Regierung ein Codex zu Stande, welcher unter dem Namen: Nueva Recopilacion de leyes de Espana bekannt ist. In diese unter königlicher Autorität veranstaltete Sammlung wurde auch ein Gesetz desselben Königs vom J. 1640 angenommen, welches zum Zwecke hatte, einige Bedenken zu beseitigen, die über die Vererbung der Majorate entstanden waren, welche, wie wir eben zu bemerken Gelegenheit gehabt haben, unter denselben Rechtsgrundsätzen standen, wie die Vererbung der Krone selbst. Dieses wichtige Gesetz spricht sich nun folgendermassen aus: „Das Gesetz 2 tit. 15 „partida 2, welches in voller Wirksamkeit in Bezug auf „die Thronfolge besteht, erklärt und bestimmt übereinstimmend mit dem alten und in unserem Reiche herkömmlichen Erbfolgerechte, dass die Souverainität des Reiches sich fort und fort in gerader Linie vererbt, und nach diesem Grundsatz ist festgesetzt und erkannt, dass wenn der ältere Sohn vor seinem Vater mit Tod abgeht, und einen Sohn oder eine Tochter aus legitimer Ehe hinterlässt, so sind dieser Sohn oder diese Tochter die Thronerben, und Niemand anders. Und da auch durch die Gesetze de Toro festgesetzt worden ist, dass in der Succession der Majorate, wie bei der Thronfolge in gerader Linie und in der Seitenlinie, wenn der ältere Sohn während des Lebens des Besitzers verstirbt, und einen Sohn oder eine Tochter hinterlässt, diese den Vorzug in der Erbfolge kraft Repräsentationsrechtes in Bezug auf ihren Vater haben sollen: so verordnen wir nach Anhörung unseres Rathes und der Cortes, welche im Jahre 1611 in der Stadt Madrid versammelt waren, dass man in diesen Successionställen bei den Majoraten, gerade so, wie bei der Thronfolge in Bezug auf Descendenten

„und Ascendenten das beobachtete und zur Anwendung bringe, „was durch das Gesetz de Toro (libro V. tit. VII. lei 14) *) „vorgeschrieben und verordnet worden ist.“

Wenden wir uns nunmehr von diesen ausdrücklichen und feierlichen Gesetzen zu dem Inhalte der testamentarischen Bestimmungen der Könige Spaniens aus dem Oesterreichischen Hause, und untersuchen wir diese Urkunden, die um so wichtiger sind, als sie im Spanischen Staatsrechte als Dispositionen von gesetzlicher Kraft anerkannt sind, so werden wir auch durch diese Untersuchung einen neuen und vollkommen authentischen Beweis über die ununterbrochene Beobachtung des alten Successionsprinzipes in Spanien erhalten.

Carl I. (V.) traf seine letztwilligen Dispositionen auf das Genaueste in Gemässheit und in Uebereinstimmung mit dem alten Spanischen Rechte. In seinem Testamente, datirt Brüssel d. 6. Juni 1554 findet man die klarste und unläugbarste Bestätigung dieser Wahrheit. Er rief seine Erben zum successiven Besitze der Krone Spanien nach durchaus keiner andern Ordnung, als nach der Lineal- und cognatischen Successionsordnung. Er bestimmte daher die Spanische Krone zunächst seinem Sohne Philipp II., und dessen männlicher und weiblicher Descendenz; nach diesen sollten seine Töchter Maria, Königin von Böhmen, und Johanna, Prinzessin von Portugall, und deren männliche und weibliche Descendenz zur Thronfolge kommen: nach diesen sein Bruder Ferdinand, Erzherzog von Oesterreich, (sein Nachfolger in der deutschen Kaiserwürde) und dessen Nachkommenschaft, und in deren Ermangelung seine Schwester Eleonora, Prinzessin von Portugall, alles dies mit der ausdrücklichen Bestimmung, dass in derselben Linie im-

*) Secunda parte de la nueva Recopilacion de las leyes de Castilla Madrid 1640 p. 14.

mer der Mann der Frau und der (oder die) Erstgeborne den Nachgebornen desselben Grades vorgehen sollte, mit namentlicher Anführung der Gesetze der Partidas und der andern Gesetze, welche diese Successionsart vorschreiben. *)

Gegen das Ende desselben Jahrhunderts bestätigte auch Philipp II., der Sohn und Nachfolger Carl's I. (V.), bei derselben Veranlassung die altspanische Gesetzgebung ganz in derselben Weise, wie sein Vater. In seinem Testamente vom 23. August 1597 hielt er den Vorzug der Söhne vor den Töchtern, der Töchter vor den Vatersbrüdern mit genauer Beobachtung der Reihenfolge aufrecht, welche jeder Person seiner Familie durch Geschlecht und Alter der Linie nach dem Gesetze der Partidas gebührte, welche er ebenfalls als in Wirksamkeit bestehend anerkannte. **)

Der erste Fall, in welchem das Thronfolgerecht einer Infantin beschränkt wurde, trat im J. 1612 ein; allein gerade dieser singuläre Fall, so wie die Feierlichkeiten und Cautelen, welche man bei dieser Beschränkung zu beobachten und anzuwenden für nothwendig fand, beweisen neuerdings die Richtigkeit des von uns vertheidigten Grundsatzes und seine ununterbrochene Anerkennung durch die Könige aus dem Oesterreichischen Hause. In jener Zeit handelte es sich darum, den Ausbruch eines Krieges zwischen Frankreich und Spanien zu verhüten, welcher durch den Tod Heinrichs IV. nur aufgeschoben schien. Man beschloss daher, den jungen König Ludwig XIII. mit der Infantin Anna von Oesterreich zu vermählen; aber

*) Vergl. den Abdruck des Testamentes Carls V. bei Dumont, corps diplomatique, supplement, tom. 2 part. 1 p. 141.

***) De Thon, Collection de testaments des Rois de la maison d'Autriche et Espagne. — Liv. XX.

um das politische Gleichgewicht der Europäischen Staaten zu erhalten, dessen Nothwendigkeit die grossen Kriege im sechszehnten Jahrhundert schon sehr fühlbar gemacht hatten, hielt man es für dringend nothwendig, Vorsichtsmassregeln zu treffen, um die Vereinigung zweier so grosser und benachbarter Reiche, wie Frankreich und Spanien, zu verhüten.

Man setzte daher durch den Ehevertrag eine Abweichung von der altspanischen Thronfolgeordnung für diesen Fall fest: man liess die Infantin Anna von Oesterreich darin auf ihr eventuelles Successionsrecht verzichten. Durch diesen Vertrag, welcher am 12. August 1612 zu Madrid vollzogen wurde, entsagte die Infantin mit Genehmigung und Zustimmung Ludwigs XIII. für sich und ihre Nachkommen allen Erbansprüchen auf die verschiedenen Bestandtheile der Spanischen Monarchie. Sie musste überdies nach Eingehung ihrer Ehe mit ihrem Gemahle diesen Verzicht abermals genehmigen, und derselbe sollte überdies in gehöriger Form in dem Parlamente von Paris einregistriert werden; auf der anderen Seite musste auch der König von Spanien zu dem Verzicht seiner Tochter und dessen Ratification seine ausdrückliche Zustimmung geben, und diese Actenstücke in seinem Staatsrathe einregistriren lassen, auch die Zustimmung der Cortes hierzu einholen, und sie in der Getztsammlung der Monarchie aufnehmen lassen. Alle diese feierlichen Formen wurden von beiden Seiten erfüllt, wie man aus dem 12. Gesetz tit. VII. lib. V. der Nueva recopilacion de las leyes de Castilla von 1640 umständlich ersieht.

Bald darauf bietet uns die Geschichte von Spanien einen anderen Fall dar, welcher gleichmässig zum Belege dient, wie unbestritten das Successionsrecht der Töchter in Ermangelung von Söhnen des Königs war, da man ebenso wie in dem vorigen Falle für nöthig erachtete, den Erbverzicht, zu welchem sich eine Tochter bereit erklärte, mit den feierlichsten Formen

zu [umgeben. Frankreich hatte im Jahr 1648 zu Münster mit dem deutschen Zweige des Hauses Oesterreich einen Frieden geschlossen, welcher dem dreissigjährigen Kriege in Deutschland ein Ende machte: noch aber war mit der Spanischen Linie des Oesterreichischen Hauses kein Friede zu Stande gekommen. Mazarin wollte zu diesem Behufe eine Vermählung Ludwig's XIV. mit Maria Theresia, der älteren Tochter des Königs Philipp IV. von Spanien vermitteln. Aber das Cabinet zu Madrid wies damals alle Anträge zurück, weil Maria Theresia nach der altspanischen Thronfolgeordnung die nächste und unmittelbare Erbin der Spanischen Krone war, und sowohl das Interesse der deutschen Linie des Hauses Oesterreich, als auch das Interesse der grossen Seemächte, namentlich Englands, durch die Vereinigung der Spanischen und Französischen Krone auf einem Haupte, auf das Aeusserste bedroht war. Der Krieg dauerte daher fort bis zum Jahr 1659. Unterdessen aber waren dem Könige Philipp IV. zwei Söhne geboren worden, und aus Rücksicht auf die hierdurch gänzlich veränderten Aussichten in Bezug auf die Thronfolge in seinem Reiche, gab er endlich seine Einwilligung zu den wiederholten Bewerbungen Frankreichs, wiewohl unter der Bedingung, dass eine Vereinigung der beiden Kronen nicht sollte stattfinden dürfen. Zu diesem Behufe nahm man den früheren Verzicht der Infantin Anna zum Muster, um auch für diesen gegenwärtigen Fall die Wirksamkeit des Spanischen Thronfolgegesetzes speziell auszuschliessen. Die Infantin Maria Theresia verzichtete vor ihrer Vermählung mit Ludwig XIV. eidlich für sich und alle ihre Nachkommen auf alle Rechte, welche sie durch Gesetz und unvordenkliches Herkommen auf die Thronfolge hatte. *) Allein die über diesen Verzicht aufge-

*) Man sehe den gleichzeitig mit dem Pyrenäenfrieden am 27. Oct.

nommenen Acte waren weder in ihren Formen so vollständig, noch wurden die Bedingungen derselben so getreulich erfüllt, wie in dem früheren Falle und daher entstanden bald neue Verwickelungen — neue Kriege zwischen Spanien und Frankreich — bis endlich durch lange diplomatische Unterhandlungen die Aufhebung des Verzichtes der Infantin Maria Theresia und hiermit zugleich der Eintritt aller gesetzlichen Folgen einer solchen Wiederaufhebung mit gegenseitiger Uebereinstimmung der Kronen von Frankreich und Spanien bewirkt wurde.

Es liegt aber in diesen beiden Entsagungsfällen der deutliche Beweis der Rechtsansicht, welche sowohl die Krone Spanien als die Krone Frankreich über die Thronfolgeordnung in Spanien übereinstimmend theilten — dass nämlich das Erbfolgerecht der Tochter des letzten Monarchen im Falle der Ermangelung von Söhnen ein unbestreitbares und grundgesetzliches Recht sey, welches ihnen durch keinen willkührlichen und einseitigen Act des Königs, durch keine Ordonnance, wider ihren Willen entzogen werden konnte — ein Recht, welches für so stark und so wirksam geachtet wurde, dass man selbst den einseitigen Verzicht der successionsberechtigten Prinzessinnen nicht für genügend hielt, um sich dieses Rechtes mit Wirkung zu begeben, sondern dass man vielmehr — gleichsam als handle es sich hier um die Entschlagung einer Verbindlichkeit — einer Pflicht zu regieren — die Genehmigung des Monarchen und die Zustimmung der Cortes der Nation erforderte, um einem von den Erbprinzessinnen freiwillig angebotenen Verzichte wenigstens einige, und zwar lediglich auf die

— 7. Nov. 1659 unterzeichneten Heirathsvertrag bei Dumont Tom. 6 part. 2 pag. 283. Die eidliche Verzichtleistung geschah am 2. Juni 1660.

verzichtende Person beschränkte Rechtswirkung gegen die fundamentalgesetzliche Bestimmung der Siete Partidas zu geben.

Wir haben bisher die Geschichte Spaniens von den ersten Anfängen der Monarchie bis zu dem höchsten Punkte ihrer Macht verfolgt — wir haben gezeigt, wie nicht nur die Vereinigung der einzelnen kleinen Königreiche der Pyrenäischen Halbinsel, sondern selbst die Gründung der weltherrschenden Macht Spaniens, die Herrschaft seines Königs Carl I. (V.) über Deutschland, die Niederlande und einen grossen Theil von Italien, — wozu das Glück der Entdeckung und der Waffen noch die Herrschaft über Amerika hinzugefügt hatte — die Wirkung des Grundsatzes der weiblichen Thronfolge gewesen war. Nur durch die Anerkennung dieses Prinzipes war es Spanien möglich geworden so rasch zu einer solchen Höhe emporzusteigen — vielleicht zu rasch, als dass es im Stande gewesen wäre, sich auf dieser Höhe dauernd zu behaupten. Schon unter Philipp III. und Philipp IV. begann das politische Gewicht Spaniens zu sinken, noch mehr war diess der Fall unter dem letzten Könige aus dem Oesterreichischen Stamme, Carl II. Dieser Fürst war von äusserst schwächlicher Gesundheit: kinderlos, ohne Brüder, ohne Agnaten aus der Spanischen Linie des Hauses Oesterreich, hielt er die Zügel der Regierung seines weiten Reiches nur mit schwachen Händen. Von seinen Schwestern war die eine, Maria Theresia, im Jahr 1660 mit Ludwig XIV. vermählt, wie wir schon angegeben haben; die andere, Margaretha Theresia, mit dem deutschen Kaiser Leopold I. im Jahr 1666, welcher zugleich der nächste Agnat Carl's II. aus der deutschen Linie des Hauses Oesterreich war. Die voraussichtliche Erlöschung der Habsburgisch-Spanischen Linie mit dem Ableben Carl's II. regte schon bei seinem Leben die Interessen der grossen Politik auf. Ludwig XIV.

verhehlte keineswegs seine Absicht, bei diesem Erledigungsfalle die Krone von Spanien, des Verzichtes seiner Gemahlin Maria Theresia ungeachtet, mit seinem Hause zu verbinden: auf der anderen Seite bestrebte sich der Kaiser, diese Krone für den deutschen Mannsstamm der Habsburger zu erhalten und wirklich gelang es ihm, bei dem Beitritte Spaniens zu der grossen Wiener Allianz (6. Juni 1690) in einem Separatartikel eine Zusicherung in dieser Beziehung zu erwirken. *) Allein die politischen Interessen von England und den anderen Seemächten schienen weder einen Uebergang der Spanischen Krone an das Oesterreichische Haus deutscher Linie, noch an die Familie Ludwigs XIV. zu erlauben. Man kam auf den Ausweg, den Churprinzen von Bayern, Joseph Clemens, als Enkel der an den Kaiser Leopold I. verheiratheten zweiten Spanischen Infantin Margaretha Theresia, — (von ihrer mit dem Churfürsten Max Emanuel von Bayern verheiratheten Tochter Maria Antonia) — als Thronfolger in der Spanischen Monarchie gegen Abtretung mehrerer bedeutender Besitzungen der Spanischen Monarchie an Oesterreich und Frankreich anzuerkennen: **) und kurz darauf wurde auch dieser Prinz — wahrscheinlich in Folge der Einflüsse Englands, durch ein Testament Carls II. zu seinem Thronfolger erklärt.

Hierdurch schien also das Prinzip der weiblichen Thronfolge mit den Anforderungen der grossen Politik und der Erhaltung des politischen Gleichgewichtes in Einklang gebracht, als der plötzliche Tod des Churprinzen zu Brüssel am 6. Febr.

*) Dumont Tom. VII. part. 2 p. 229. —

**) Den von den grossen Seemächten deshalb geschlossenen sog. geheimen (ersten) Partage-Tractat vom 11. Oct. 1698 sieh bei Dumont Tom. VII. part. 2 p. 442.

1699 diesen ganzen Plan vereitelte. Nunmehr musste die Spanische Krone kraft des cognatischen Successionsrechtes unmittelbar entweder an die deutsche Linie des Oesterreichischen Hauses, oder an die Krone Frankreich fallen. Ludwig XIV. konnte anführen, dass ihm die ältere Infantin also die zuerst berufene Thronerbin vermählt sey; dagegen konnte ihm der Verzicht entgegengehalten werden, welchen die Infantin bei ihrer Vermählung auf die Spanische Thronfolge geleistet hatte. Der Kaiser Leopold konnte für sein Haus anführen, dass, wenn ihm gleich nur die jüngere Infantin vermählt worden, doch diese nach dem Verzicht ihrer älteren Schwester die allein successionsberechtigte Prinzessin geworden sey. So stand damals die Rechtsfrage in der Spanischen Successionssache. Die beiden Kronen Oesterreich und Frankreich gründeten ihre Erbansprüche auf das cognatische Successionsrecht; die Frage war nur, welcher der cognatischen Thronerben im Verhältnisse zum Andern den Vorzug verdiene? Da die Entscheidung über die Thronfolge in Spanien zugleich die höchsten Interessen der damaligen grossen Politik berührte, so machten sowohl Oesterreich als Frankreich dem damals an die Spitze gestellten Systeme des politischen Gleichgewichtes, worin man die Garantie der Ruhe und des Rechtszustandes von Europa zu finden hoffte, die Concession, dass sie beide nur für nachgeborne Prinzen, (Oesterreich für den jüngeren Sohn des Kaisers, den Erzherzog Carl; Ludwig XIV. für einen seiner jüngeren Enkel, den Herzog Philipp von Anjou) die Thronfolge in Anspruch nahmen, um dadurch die augenblickliche Vereinigung zweier grossen Europäischen Kronen — wozu die Zustimmung der übrigen Grossmächte nicht zu erlangen gewesen seyn würde, zu umgehen. Anfänglich schien Frankreich geneigt, den Erzherzog Carl gegen bedeutende Länderopfer als Erben der Spanischen Monarchie anzuerken-

nen; *) natürlich wurde aber dieser Plan aufgegeben, als Carl II. in seinem neuen Testamente vom 2. October 1700 **) den Herzog Philipp von Anjou zu seinem Thronfolger in der gesammten Spanischen Monarchie erklärt hatte. Diese Erklärung, dass Philipp von Anjou in der Spanischen Krone succediren solle, ist aber durchaus keine testamentarische Ernennung — keine Einsetzung (institutio) des Herzogs als Thronerben. Im Gegentheil erklärt Carl II. in diesem Testamente ausdrücklich, ***) dass er es hinsichtlich der Thronfolge bei den Bestimmungen der alten Grundgesetze der Monarchie bewenden lasse, und er bestimmt daher lediglich nur — ganz nach dem Muster und in derselben Weise wie seine Vorfahren und Anhern, Kaiser Carl V. und Philipp II., die Reihenfolge der lebenden thronerbfähigen Mitglieder seiner Familie nach Massgabe der altspanischen Gesetze. Der König ging dabei von der Grundansicht aus, dass die Krone von Frankreich und Spanien unter keiner Voraussetzung auf einem Haupte vereinigt seyn dürften, und dass daher die Annahme der Krone von Frankreich von selbst von der Thronfolge in Spanien ausschliesse. Daher benennt er mit Uebergehung des Dauphin von Frankreich und dessen erstgeborenen Sohnes als seinen unmittelbaren und nächstberechtigten Thronfolger den Herzog von Anjou, als zweitgeborenen Sohn des Dauphin von Frankreich und resp. Enkel der älteren Infantin Maria Theresia (und dessen Descendenz) unter der ausdrücklichen Voraussetzung, dass der Herzog von Anjou nicht die Krone von Frankreich erbe, oder

*) Siehe den sog. zweiten Partagecontract bei Dumont. Tom. VII. part. 2 p. 477. —

**) Dumont tom. VII. part. 2. p. 485.

***) Dumont a. a. O. p. 486.

wenn sie ihm zufalle, dieselbe nicht der Spanischen vorziehe. Für den Fall, dass der Herzog von Anjou ohne legitime Descendenz versterben oder die Französische Krone erben würde, benannte Carl II. den dritten Sohn des Dauphin, den Herzog v. Berry und dessen Descendenz, als nächstberechtigte Thronerben, und in deren Ermangelung den Erzherzog Carl von Oesterreich, als zweiten Sohn des Kaisers, nebst seiner Descendenz und in deren Ermangelung den Herzog von Savoyen und seine Nachkommen, alles (wiederholt hervorgehoben) in Gemässheit der alten Gesetze über die Spanische Thronfolge. Den Zweifeln, welche gegen die fortdauernde Erbberechtigung der Descendenz der älteren Infantin Maria Theresia, Gemahlin Ludwigs XIV. aus dem Verzicht derselben abgeleitet werden könnten, begegnete Carl II., durch die in seinem Testamente ausdrücklich gemachte Bemerkung, dass sowohl dieser Verzicht, als auch der frühere der Infantin Anna, Gemahlin Ludwigs XIII., einzig den Zweck gehabt hätten, die damals zu befürchtende Vereinigung der Kronen von Spanien und Frankreich auf einem Haupte zu verhüten, dass aber dieser Grund gegenwärtig nicht vorhanden sey und daher nichts im Wege stehe, dass nicht der nächste erbberechtigte Verwandte (gegen welchen die Politik der Grossmächte keine Einwendung erheben dürfte) — nach Massgabe der altspanischen Grundgesetze succediren könne. *) Für den Fall, dass der Himmel ihn selbst noch mit Descendenz begnaden sollte, sie sey männlich oder weiblich, hatte Carl II. gleichfalls in diesem Testamente erklärt, dass sodann nach den alten Gesetzen der Monarchie der älteste Sohn, und in Ermangelung von Söhnen die Tochter die Erbin seines Reiches seyn sollte. **)

*) Vergl. die zweite Clausel XIII. des Testaments.

**) Ebendas. 1. Clausel XII.

Es konnte demnach wohl darüber gestritten werden und ist auch darüber viel mit der Feder und noch mehr mit den Waffen (in dem bald hierauf ausgebrochenen Spanischen Successionskriege) gestritten worden, ob der König Carl II. befugt seyn konnte, den Verzicht der Infantin Maria Theresia auf solche Weise beschränkend und resp. für unwirksam *) zu

*) Vergl. die Verhandlungen über die Ungültigkeit des Verzichtens der Infantin Maria Theresia an dem Hofe zu Madrid, in der *correspondence diplomatique avec l'Espagne* vol. XLV. Paris 1835. Man ersieht hieraus, dass Ludwig XIV. von dem Augenblicke an, wo die Infantin Maria Theresia die Pyrenäen überschritt, die Anerkennung der Gültigkeit des von ihr geleisteten Verzichtes verweigerte, dass er diesen nie ratificirte, noch erlaubte, dass ihn die Infantin als seine Gemahlin ratificirte, (wie dies bei der Vermählung Ludwigs XIII. mit der Infantin Anna geschehen war). Vielmehr behauptete Ludwig XIV. immer, dass diese Verzichtleistung seiner Gemahlin nur eine der Clauseln des Heirathsvertrages sei, welche von der vorgängigen Erfüllung der übrigen Clauseln dieses Vertrages durch die Krone Spanien abhängig sey, und das liess sich allerdings nicht läugnen, dass Spanien mehrere sehr bedeutende Zusicherungen dieses Heirathsvertrages unerfüllt gelassen hatte, und zur Erfüllung derselben nicht zu bewegen, vielleicht hierzu, wie z. B. insbesondere zur Auszahlung des stipulirten ungeheuren Brautschatzes in baarem Gelde ausser Stande war. Daher forderte Ludwig XIV. und liess unausgesetzt durch seinen Gesandten am Spanischen Hofe, den Erzbischof von Embrun, darauf dringen, dass Spanien die Nichtigkeit des von seiner Gemahlin geleisteten Erbverzichtes offen ausspreche; doch zauderte Carl II. hiermit fortwährend und liess immer neue Anerbietungen und Vorschläge machen, bis er die Nachricht von dem Abschlusse des zweiten zwischen den Grossmächten auf Betrieb Oesterreichs abgeschlossenen geheimen Partage-Tractates erhielt, und hierüber entrüstet, dem Antrage Frankreichs Gehör gab, die Verzichtsclausel im Heirathsvertrage der Infantin Maria Theresia für unwirksam

erklären. Allein wie man auch über diese Frage urtheilen mag, welche mit der gegenwärtigen Successionsfrage in Spanien in durchaus keinem Zusammenhange stehet, so ist so viel klar, dass dieser ganze Streit das cognatische Successionsrecht in seinem Prinzipie und in seiner Allgemeinheit, um die es sich gegenwärtig allein handelt, gar nicht berührt. Vielmehr beweiset auch dieser so berühmt gewordene Successionsfall, dass das cognatische Successionsrecht niemals, weder von den Königen Spaniens, noch von der Krone Frankreich, noch von dem Hause Oesterreich bezweifelt worden ist, indem lediglich darum gestritten wurde, welcher von den mehreren cognatischen Kronprätendenten das bessere Recht habe. Auf sein agnatisches Successionsrecht konnte und durfte sich Oesterreich damals nicht berufen, da es hierdurch unmittelbar dem Erbprinzen von Bayern und dem französischen Prinzen als Cognaten der näheren Linie nach dem altspanischen, von den Königen aus dem Habsburger Hause, wie Carl I. (V.) und Philipp II. selbst ausdrücklich anerkannten und bestätigten Grundgesetzen über die Thronfolge, den Vorzug vor sich hätte einräumen müssen. Der letzte König von Spanien aus dem Hause Oesterreich, Carl II., hat aber selbst in seinem Testamente die oben berührte Rechtsfragen über die bessere Berechtigung des einen oder des anderen cognatischen Prätendenten zu Gunsten der Descendenten der älteren Infantin ganz in Gemässheit der Gesetze der Siete Partidas entschieden

zu erklären, wie diess in seinem Testamente vom 2. October 1700 geschehen ist. Da dieser Verzicht nur allein zwischen den Kronen Spanien und Frankreich stipulirt war, so muss man allerdings anerkennen, dass es lediglich bei diesen hohen contrahirenden Theilen stand, diesen Verzicht nach Gefallen zu interpretiren oder aufzuheben und für unwirksam zu erklären.

und diese seine Entscheidung wurde nicht nur nach seinem Tode bei der Thronbesteigung Philipps V. im Jahr 1701 durch die zu Madrid versammelten Cortes, welche dem neuen Könige ohne Weigerung als Erben der Monarchie huldigten, im Namen der Nation gebilliget, sondern sie ist sogar nach einem grossen schweren Europäischen Kriege endlich durch eine inappellable Autorität durch den Friedensschluss der Europäischen Grossmächte zu Utrecht 1713 definitiv bestätigt, und zum bleibenden Rechte erhoben worden. Es war mithin sogar durch ein Europäisches Grundgesetz, durch einen Völkervertrag, die fortwährende Gültigkeit der uralten Grundsätze der Spanischen Successionsordnung neuerdings ausgesprochen worden, indem der Frieden von Utrecht das Haus Bourbon, welches in Folge des Testamentes Carl's II. und mithin gestützt auf die grundgesetzliche Bestimmung der Gesetze der Siete Partidas den Spanischen Thron in der Person Philipps V. bestiegen hatte, in dem legitimen Besitze dieser Krone unwiderruflich anerkannt hat. *)

*) Es ist überhaupt nicht richtig, wenn man glaubt, dass der Spanische Successionskrieg durch die Thronbesteigung Philipps V. in Gemässheit des Testamentes Carl II. herbeigeführt worden sey. Dieser Krieg war vielmehr lediglich die Folge der grossen Treulosigkeit und Anmassungen, welche sich Ludwig XIV. fast gegen alle Mächte des Continents zu Schulden kommen liess. England und Holland erkannten schon 1701 Philipp V. als König von Spanien, und traten mit ihm im Haag in Unterhandlungen. Das, was jenen Europäischen Krieg veranlasste, war, dass Louis XIV. dem Herzog v. Anjou bei der Besteigung des Spanischen Thrones seinen Rang und seine sämtlichen Rechte als Prinz von Frankreich und Mitglied des Bourbonischen Hauses gegen die Bestimmung des Testamentes Carls II., urkundlich (1700 Dec.) vorbehalten hatte, dass er gegen den Inhalt des Rysswicker Friedens die holländischen Besatzungen aus den Niederlanden

Hier, mit dem Erlöschen des Oesterreichischen Hauses Spanischer Linie, mit dem Uebergange der Krone Spanien an die Familie der Bourbonen, schliesst die erste grosse Periode der Geschichte des Spanischen Successionsrechtes. Wir haben die Ausbildung seiner Rechtsgrundsätze gewissenhaft, Schritt vor Schritt, mit der Geschichte in der einen, mit der Gesetzgebung in der anderen Hand verfolgt. Wir haben aber bisher durchaus nichts aufzufinden vermocht, was zu Gunsten der Ansprüche gedeutet werden könnte, welche Don Carlos gegenwärtig erhebt — im Gegentheile sprechen Geschichte und Legislation, soweit wir sie bisher verfolgt haben, nur allein zu Gunsten der Ansprüche der Königin Isabella II., d. h. zu Gunsten der cognatischen Thronfolge. Die Grundsätze des Spanischen öffentlichen Rechtes, welche wir bisher entwickelt haben, die Grundgesetze, das Herkommen und die thatsächliche Beobachtung dieser Prinzipien bei allen Thronveränderungsfällen seit dem zehnten Jahrhundert, die feierlichen Erklärungen der Reichsversammlungen und der Cortes, die Testamente der Könige, welche fort und fort dieselben Grundsätze wörtlich wiederholen und als praktisch einschärfen, bilden ein festes, geschlossenes Ganze, ein unzerstörbares Gebäude, und beweisen uns einen unterbrochenen und durchaus gleichförmigen factischen Zustand der Herrschaft und alleinigen Geltung der cognatischen

vertrieb, dass er den Sohn des vertriebenen und 1701 September 18. in St. Germain verstorbenen Königs Jacob II. von England, als Thronerben von England anerkannte, was die englische Nation auf das Aeusserste erbitterte, und dass er endlich den (obenerwähnten) mit England, Holland und Oesterreich heimlich abgeschlossenen zweiten Partage-Tractat unerfüllt liess — wahrlich Gründe genug, die grossen Mächte zu einem Kriege gegen Frankreich zu reizen, zu welchem sodann die Spanische Thronfolge den Namen leihen musste. —

Succession — einen Besitzstand von mehr als einem halben Jahrtausende.

Wir gehen nunmehr zur Prüfung der neueren Geschichte und Legislation über, und ersuchen unsere Leser uns hier nicht nur mit Achtsamkeit bei der Beantwortung der Einwendungen zu folgen, welche ohne haltbare Gründe der fortwährenden Geltung des cognatischen Successionsrechtes entgegengesetzt werden, sondern insbesondere ihre vorzüglichste Aufmerksamkeit auf die Urkunden zu richten, auf welche wir Bezug nehmen müssen. Denn nunmehr sind wir an dem Zeitabschnitte angelangt, in welchem die Vertheidiger des Don Carlos die Gründe für die Rechtfertigung ihrer Behauptungen gefunden haben wollen.

Wir haben bereits angeführt, dass Philipp V. durch den Frieden von Utrecht (1713) von den Europäischen Grossmächten als legitimer König von Spanien anerkannt, dass aber durch die Anerkennung seiner Legitimität die Gültigkeit des Rechtstitels, auf welchen er sich stützte, ein für allemal auf unumstössliche Weise ausgesprochen, und dass dieser Rechtstitel kein anderer gewesen ist, als die alte gesetzliche Bestimmung des Gesetzes der Siete Partidas, deren Anwendbarkeit auf die Person Philipps V. durch das Testament Carl's II. erklärt worden war. *) Es wird jedoch

*) Philipp V. bestieg den Thron von Spanien also weder als Eroberer, denn er war längst von der Spanischen Nation anerkannt, als der Erzherzog Carl den Versuch machte, ihm die Krone mit den Waffen zu entreissen, und die Spanische Nation war es, welche mit den grössten und blutigsten Opfern und heldenmüthiger Anstrengung das Recht Philipps V. fast gegen alle Europäischen Mächte durchgefochten hat — noch ist auch Philipp V. der Stifter einer neuen Dynastie

nicht unzweckmässig seyn, wenn wir einen Blick auf die Verhandlungen und Staatsacte werfen, welche dem Abschlusse des Utrechter Friedens vorangegangen sind.

Die ersten Verhandlungen zur Wiederherstellung des Europäischen Friedens waren schon im Haag am 28. März 1709 zwischen England, Holland und Oesterreich auf der einen, und Frankreich (in dessen Interessen Spanien durch die Person seines Königs gänzlich verflochten worden war) eröffnet worden. Die Verhandlungen über die Präliminär-Artikel zeigen uns hier eine bemerkenswerthe Erscheinung. Derselbe Ludwig XIV., der durch seine Willkührlichkeiten, durch seine Unklugheiten und Uebereilungen, durch seine Anmassung und schrankenlose Herrschsucht Spanien in diesen verderblichen Krieg gestürzt hatte — dieser selbe Fürst war durch die Erschöpfung seines Staates und durch die Verluste, welche seine Heere in der letzten Zeit erlitten hatten, so tief erniedrigt und in den Zustand einer solchen Schwäche versetzt, dass er auf dem Punkte stand, den Erzherzog Carl als Thronfolger in der gesammten Spanischen Monarchie anzuerkennen, seinen Enkel Philipp V. mit seiner ganzen Familie aus Spanien zurückzurufen, ja sogar seine Mitwirkung zu versprechen, um ihn im Weigerungsfalle mit Gewalt aus diesem Lande zu vertreiben. *) Auf die Nach-

gewesen, sondern er selbst bestieg den Thron nur als cognatischer Erbe. — Diese Bemerkung schien hier nothwendig, da man in neuerer Zeit wiederholt gegen alle historische Wahrheit, mit eben so viel Arroganz als Ignoranz, das Gegentheil behauptet hat.

*) Siehe das Protocoll der kaiserlichen Gesandtschaft bei Dumont, tom. VIII. p. 234 — auch Lamberti Memoires, pour servir à l'histoire du XVIII. siècle. Tom. V. 190. 263. 296.

richt von diesen schimpflichen Bedingungen erhob sich aber die Spanische Nation mit solcher Macht für die Vertheidigung ihres legitimen Königs und die Aufrechthaltung ihrer alten Grundgesetze, dass der Krieg durch ihre heldenmüthigen Opfer und Anstrengungen in Kurzem eine günstigere Wendung für Frankreich bekam, und Ludwig XIV. neuerdings zur Fortsetzung des Krieges ermuthigt, nach einiger Zögerung die Unterzeichnung der Artikel verweigerte, über welche seine Bevollmächtigten in seinem Namen bereits mit den übrigen Grossmächten förmlich und feierlich abgeschlossen hatten.

Erst im Jahre 1712 wurden die Unterhandlungen im Haag und nachher in Utrecht wieder aufgenommen, um die Spanische Successionsfrage definitiv zu entscheiden. Um diese Zeit, am 3. Juli 1712, versammelte Philipp V. zu Madrid seine Minister, um ihnen zu erklären, „dass — obgleich er seither einige besondere Verhältnisse in Bezug auf den Krieg geheim zu halten sich bewogen gefunden habe, doch nunmehr der Augenblick gekommen sey, zu erklären, dass die vortheilhafteste Grundlage für die Friedensunterhandlungen und die Erhaltung der Integrität der Monarchie, seine Verzichtleistung auf alle Rechte sey, welche er auf den Besitz der Krone Frankreich haben könne. Der König erklärte hierbei, dass ihm von Seite seines Vaters sehr dringende Vorstellungen gemacht worden seyen, bei der Wahl zwischen der einen oder der anderen Krone, der von Frankreich den Vorzug zu geben, dass aber nichts vermögend gewesen sey, in ihm die Dankbarkeit zu erschüttern, zu welcher er sich seinen Spaniern verpflichtet fühle.“*)

Wenige Tage nachher, nachdem die Nachricht von der Annahme dieser Grundlage für den allgemeinen Frieden einge-

*) Dumont corps dipl. T. VIII. p. I. pag. 304.

troffen war, am 8. Juli 1712, erliess Philipp V. ein Decret, welches in der ganzen Monarchie verkündet wurde, und worin er erklärte: „dass die Befürchtung, dass die Kronen von Frankreich und Spanien auf demselben Haupte vereinigt werden würden, eine der hauptsächlichsten und vorzüglichsten Ursachen des Krieges gewesen sey, dass um diese Vereinigung zu verhindern, man bereits auf dem noch zu Utrecht versammelten Congresse übereingekommen wäre, dass er (der König Philipp V.) für sich und für alle seine Descendenten von nun an und für ewige Zeiten auf die Krone von Spanien, oder auf die Krone von Frankreich Verzicht leisten solle — in der Art, dass wenn er die Krone von Spanien beibehalten werde, keiner seiner Nachkommen jemals in die Krone von Frankreich succediren könne, und keiner, der in Frankreich regieren würde, jemals die Krone von Spanien besitzen könne;“ — „ich bin keinen Augenblick im Zweifel gewesen“ fährt der König fort — „mein Entschluss war, mit meinen lieben und getreuen Spaniern zu leben und zu sterben, meine Gesinnung ist bereits zur Kenntniss der theiligten Mächte gebracht worden, und hat deren Billigung und Beifall gefunden.“*)

Diese wichtigen Actenstücke bestätigen auf eine durchaus authentische Weise, was wir bereits über die Ursachen des Spanischen Erbfolgekrieges und die Grundbedingungen der Herstellung des allgemeinen Friedens angedeutet haben. Nicht die Rechtsfrage, nicht die Frage, ob der Erzherzog Carl oder der Herzog von Anjou ein besseres Recht auf die Spanische Krone habe, hatte die grossen Seemächte, und namentlich England bewogen, die Waffen zu ergreifen; es war allein die Frage der Politik — die Erhaltung des Europäischen Gleichgewichtes, der Lieblingsidee jenes Jahrhunderts — welche

*) Dumont l. c. T. VIII. P. I. pag. 305.

Europa bewaffnet hatte; es sollte nicht ein Fürst über Frankreich und Spanien zugleich herrschen, und dadurch ein entschiedenes Uebergewicht über ganz Europa erlangen! Ohne dieses politische Interesse der übrigen grossen Mächte — ohne ihre Furcht vor der wachsenden Uebermacht Frankreichs — hätte Oesterreich mit seinen Aufforderungen, das behauptete Recht seines Hauses auf den Spanischen Thron zu schützen, seine Ansprüche durch Bildung grosser Allianzen und mit gewaffneter Hand zu unterstützen — nur zu tauben Ohren gesprochen! Darum sehen wir auch in demselben Augenblicke, in welchem das Bourbonische Haus den grossen Mächten die gewünschten Garantien über die ewige Trennung der Kronen von Spanien und Frankreich gegeben hatte — in demselben Augenblick, wo die Frage der Politik erlediget und die Interessen der grossen Mächte sicher gestellt waren, den Krieg beendetet, und die von Oesterreich behaupteten Rechte auf Spanien unter die Kategorie unerfüllbarer Prätensionen zurückgewiesen. Ja die Durchsicht der Verhandlungen des Utrechter Congresses belehrt uns, *) dass auf diesem Congresse, sowie in den vorgängigen Verhandlungen im Haag, von den Rechtsfragen in Bezug auf die Spanische Erbfolge gar keine Rede war, dass man diese Fragen niemals als solche erörterte, sondern in den von Oesterreich und Frankreich erhobenen Rechtsansprüchen ohne weitere Prüfung ihres juristischen Grundes oder Ungrundes lediglich die Veranlassung fand, an welche man die Fragen der grossen Politik anknüpfen konnte, deren Erledigung durch allseitige Sicherstellung der Interessen der Europäischen

*) Man vergleiche ausser den Memoiren von Lambert, Horace Walpole (Lord Woolterton) *Lettres à un Seigneur anglais, ou l'on donne une juste idee de l'état politique de l'Europe depuis l'anne 1648 jusqu'a l'anne 1712. Traduit de l'Anglais a la Haye 1764.* —

Staaten die Aufgabe des Utrechter Congresses war. Wir sehen hieraus, dass die grossen Mächte von Philipp V. als Bedingung der Anerkennung seiner Legitimität, und also seines Thronerbfolgerrechtes in Spanien durchaus nichts forderten, als den Verzicht auf sein eventuelles Thronerbfolgerecht in Frankreich — d. h. die Erfüllung der Clausel, welche ihm schon durch das Testament Carls II. auferlegt, bisher aber von ihm unerfüllt gelassen worden war.

Es ist daher ganz irrig und völlig falsch und grundlos, wenn von Seite der Vertheidiger der Ansprüche des Don Carlos die Behauptung aufgestellt und die Meinung zu verbreiten gesucht worden ist, als wenn durch den Congress von Utrecht dem Könige Philipp V. auch die Verbindlichkeit auferlegt worden wäre, die bisherige cognatische Thronfolgeordnung abzuändern oder aufzuheben, und dagegen die agnatische Succession (die sog. Lex Salica) einzuführen. Eine solche Zumuthung ist an den König Philipp V. auf dem Utrechter Congresse nie gestellt, eine derartige Verpflichtung ist ihm durch keinen Artikel des Utrechter Friedens auferlegt worden. Ja im Gegentheile wäre eine solche Forderung mit den Interessen der paciscirenden grossen Mächte im geraden Gegensatze, ja mit der hauptsächlichsten Tendenz des Utrechter Friedens, die Krone von Frankreich und Spanien getrennt zu erhalten, in offenbarem Widerspruche gestanden. Gerade die cognatische Succession, welche in Ermangelung von Söhnen des Königs die Töchter mit Vorzug vor den Agnaten zur Thronfolge Spaniens ruft, während in Frankreich die Agnaten den Töchtern vorgehen, war an sich eine Bürgschaft mehr, das Zusammenfallen beider Kronen durch Erbrecht auf einem Haupte zu verhindern und bei dem Aussterben der einen oder der anderen Hauptlinie des Bourbonischen Hauses der Politik eine unangenehme Verwicklung zu ersparen. Eine solche Bürgschaft

für das Europäische Gleichgewicht konnte der Congress von Utrecht nicht vernichten wollen und er hat sie auch nicht vernichtet. Nirgends findet sich auch nur die entfernteste Spur, dass es die Absicht der grossen Mächte gewesen sey, sich in die inneren Verhältnisse von Spanien zu mischen, oder an seinen Grundgesetzen, an seiner alten cognatischen Thronfolgeordnung das Mindeste zu ändern.

Wenn daher Philipp V. in der Folge durch ein einseitiges Decret, durch ein Auto acordado die cognatische Thronfolge aufgehoben hat, so stehet dieser Act seiner königlichen Gewalt wenigstens mit den Verhandlungen und den Beschlüssen des Utrechter Congresses in keiner Verbindung, und es ist nichts als eine reine Erdichtung, wenn man behauptet, dass Philipp V. durch diese Aufhebung und durch die Einführung des sogenannten Grundsatzes der Lex Salica nur eine Verbindlichkeit erfüllt habe, welche ihm durch einen Europäischen Friedensschluss, mithin also durch die höchste völkerrechtliche Autorität auferlegt worden sey, wogegen die Einwendungen, welche nach dem inneren Staatsrechte Spaniens erhoben werden könnten, nicht weiter in Betracht gezogen werden dürften.

Ueberhaupt ist es eine unbestrittene, sowohl im Privat- als öffentlichen Rechte gleichmässig gültige Rechtsregel, dass demjenigen, welcher die Existenz einer Thatsache behauptet, der Beweis derselben obliegt. Wir können daher ganz ruhig abwarten, dass die Vertheidiger der entgegengesetzten Ansicht die Documente vorlegen, durch welche sie ihre Behauptung rechtfertigen wollen. Hier soll zum Ueberflusse nur noch die Bemerkung einen Platz finden, dass Philipp V. selbst seine Aenderung in dem Spanischen Thronfolgegesetze nicht auf eine durch den Utrechter Frieden ihm auferlegte Verbindlichkeit gestützt oder durch die Bezugnahme auf eine solche zu rechtfertigen gesucht hat,

was ausserdem bei dem grossen Widerstande, welchen seine Abänderung fand und bei der grossen Abneigung, welche die Spanische Nation gegen diese Neuerung zu erkennen gab, gewiss nicht unterblieben seyn würde.

Wir sind aber überdiess im Stande, positive Beweise dafür beizubringen, dass der grosse Zweck der Friedensunterhandlungen zu Utrecht vollständig erreicht war, als die Vereinigung der Kronen von Spanien und Frankreich auf demselben Haupte für unzulässig anerkannt worden war und dass Philipp V. selbst keine andere Verpflichtung gegen die übrigen Mächte jemals eingegangen hatte, als die, auf die Krone von Frankreich zu verzichten, um die von Spanien zu behalten.

Den schlagendsten Beweis liefert uns die beschworne Entsagungsurkunde des Königs Philipp V. vom 5. Novb. 1712. *) Hierin erklärt der König der Spanischen Nation und den Königen, Fürsten, Republiken etc. von Europa: „dass nachdem in „Folge der Verhandlungen zu Utrecht, als eine der hauptsächlichsten Grundlagen für die Sicherung des Europäischen Friedens und des Europäischen Gleichgewichtes der Grundsatz „ausgesprochen worden sey, dass die Vereinigung der Kronen „Spanien und Frankreich verhindert werden müsste — und „nachdem zur Erreichung dieses Zweckes England verlangt, „und der König Ludwig XIV. zugestimmt, und er (der „König Philipp V.) eingewilligt habe, dass gegenseitige „Verzichtleistungen erklärt würden, — er (der König Philipp „V.) für sich und seine gesamte Nachkommenschaft auf die „Krone von Frankreich kraft dieser Urkunde, und die Prinzen „von Frankreich für sich und alle ihre gegenwärtigen und „künftigen Linien auf die Thronfolge in Spanien verzichtet „hätten; dass ferner, um noch besser den Grundsatz des

*) Dumont. Tom. VIII. p. 311.

„Gleichgewichtes unter den Europäischen Mächten aufrecht zu
 „erhalten, er mit England und Könige von Frankreich, seinem Gross-
 „vater, übereingekommen sey, dass wenn der Fall eintreten sollte,
 „in welchem (nach dem bisherigen grundgesetzlichen cognati-
 „schen Successionsrechte und dem Testamente Carl's II.)
 „das Haus Oesterreich zur Succession in Spanien berufen wäre,
 „nach seinem (des Königs Philipp's V.) Ableben und nach
 „dem Aussterben seiner ganzen Descendenz, sodann mit Aus-
 „schluss des Hauses Oesterreich, dessen Macht durch den
 „Erwerb von Spanien auf eine furchtbare Höhe steigen würde,
 „zur Thronfolge in Spanien der Herzog von Savoyen und
 „desscn Söhne und männliche legitime Descendenten, sodann
 „und nach dem Absterben ihrer männlichen Linie der Fürst
 „Amadeo von Carignan, seine Söhne und männlichen legi-
 „timen Nachkommen, und nach diesen der Prinz Thomas
 „Hermano von Carignan, seine Söhne und legitimen männ-
 „lichen Descendenten berufen seyn sollten, als Descendenten
 „der Infantin Cathalina, Tochter des Königs Philipp II.“
 Sodann erklärt noch König Philipp in dieser Urkunde, „dass
 „keinem der contrahirenden Mächte frei stehen solle, an die-
 „ser Uebereinkunft irgend etwas zu ändern, oder davon abzu-
 „gehen und dadurch das bundesmässig hergestellte Gleichge-
 „wicht zu stören, und dass diese Bestimmungen für die ganze
 „Zukunft als ein unabänderliches Grundgesetz (constitution fon-
 „damentale) für die Thronfolge in Spanien gelten solle.“

Diese Urkunde bildet gleichsam die Grundlage des neue-
 ren Europäischen Rechtes — sie ist gleichsam der Schlussstein des
 Utrechter Friedenswerkes. Sie erscheint nicht nur als Ur-
 kunde über einen zweiseitigen, gegenseitig als verbindlich an-
 erkannten unwiderruflichen Vertrag, sondern sie beurkundet
 zugleich die Erfüllung desselben durch Philipp V., der durch
 den hier beschwornen Verzicht alles leistet, was die grossen

Mächte, namentlich England, als Bedingung des Friedens gefordert hatten, und der hierin zugleich auch ausdrücklich die Urkunden von Versailles für kraftlos erklärt, durch welche Ludwig XIV. im Dezember 1700 mit nicht zu entschuldigender Willkührlichkeit gegen die Bestimmungen des Testamentes Carl's II. dem König Philipp V. die Rechte eines Französischen Prinzen vorbehalten und neu bestätigt hatte.

Die Urkunde vom 5. November 1712, deren Inhalt wir eben angegeben haben, hat aber noch eine besondere Wichtigkeit, indem sie das Haus Oesterreich von der Thronfolge von Spanien ganz ausschliesst, wozu es nach dem Testamente Carl's II. auf den Fall des Abganges der männlichen und weiblichen Descendenz Philipp's V. berufen war und indem hier nach dem Aussterben der Descendenz Philipp's V. sogleich die Herzogliche Familie von Savoyen zur Thronfolge in Spanien berufen wird.

Man hat daher auch schon die Behauptung aufgestellt, dass diese Urkunde vom 5. November 1712 ein völlig neues Successionsgesetz sey, dass sie zur Krone Spaniens eine neue Familie berufe, und die agnatische Succession festsetze.

Allein diese Ansicht ist nicht richtig. Nur so viel ist in diesem Document *) an der alten grundgesetzlichen und im Te-

*) Man darf hier nicht übersehen, dass keiner der Verträge, welche zwischen den Grossmächten zu Utrecht aufgerichtet wurden, die Unvereinbarkeit der Spanischen mit der Oesterreichischen oder Deutschen Kaiser-Krone, sondern dass diese nur die Unvereinbarkeit derselben mit der Französischen Krone ausgesprochen und festgesetzt haben. Philipp V., der sich in diesem Documente gern den Anschein geben möchte, als vollziehe er durch den Ausschluss des Hauses Oesterreich nur eine Bedingung seiner eigenen Anerkennung, wagt hier doch nicht mehr zu sagen, als dass sein Grossvater Ludwig XIV., also Frankreich, dies

stamente Carl's II. wiederholten cognatischen Successionsordnung geändert, dass aus politischen Rücksichten die eine cognatische Linie, das Haus Oesterreich, gar nicht mehr zur Succession kommen soll, so wie auch hier neu festgesetzt wurde, dass auch der andere Theil der in der Person Philipp's V. regierenden cognatischen Linie — nämlich die Französischen Prinzen und deren Descendenz, welche nach der gesetzlichen Successionsordnung und dem Testamente Carl's II. noch vor dem Oesterreichischen Hause zur Thronfolge in Spanien berufen waren, gleichfalls völlig hiervon ausgeschlossen seyn sollten. Diese Bestimmungen selbst aber enthalten kein neues Prinzip; sie enthalten vielmehr nur eine Ausdehnung und Erweiterung des Grundsatzes, welcher schon im Testamente Carl's II. in Bezug auf die erstgeborenen Prinzen und Thronfolger in Frankreich ausgesprochen war: es sind nur die politischen Rücksichten, welche nunmehr die Uebergang zweier cognatischen Linien bei der Thronfolge erheischen. Namentlich musste die Politik der Bourbonen nunmehr den Ausschluss der Oesterreichischen Linie dringend fordern, da seit dem Tode des Kaisers Joseph I. 1711 (April 17) der Mannstamm dieses Hauses allein auf seinem Bruder, dem bisherigen Kronprätendenten von Spanien, dem Erzherzog Carl beruhte, welcher auch sofort nach dem Ableben seines Bruders aus Spanien zurückgekehrt war, um die

(gleichsam aus Rache gegen Oesterreich) von ihm verlangt und England hiervon Mitwissen habe: dass aber auch England den Ausschluss Oesterreichs verlangt, und dass dieser überhaupt durch den Congress von Utrecht beschlossen, oder dass Oesterreich hierzu eingewilligt habe, wird hier nicht gesagt. Die juristische Bedeutung dieser Bemerkung wird weiter unten deutlicher hervortreten. —

deutschs Kaiserkrone] (als deutscher Kaiser Carl VI.) anzunehmen.

Das Prinzip der cognatischen Succession war aber überdiess in der Urkunde Philipp's V. die er für das künftige Grundgesetz der Thronfolge in Spanien erklärt, wenigstens was die Succession der Hauptlinien betrifft, nicht geändert, sondern vielmehr ausdrücklich anerkannt. Keinesweges wurde, wie man auch wohl schon darzustellen versucht hat, das Haus Savoyen durch diese Urkunde zur Thronfolge in Spanien neu berufen; im Gegentheile sagt die Urkunde selbst ausdrücklich, dass das Haus Savoyen als abstammend von der Infantin Cathalina — d. h. als (dritte) cognatische Linie gerufen sey. Als solche war das Haus Savoyen auch schon in dem Testamente Carl's II. zur Thronfolge gerufen; die Neuerung, welche die Urkunde vom 5. November 1713 in Bezug auf dieses Haus macht, bestehet darin, dass es nunmehr — nach dem Ausschlusse des Hauses Oesterreich von der Thronfolge, als die einzige noch übrige (d. h. jetzt als zweite) cognatische Linie gerufen wird, was gar keiner besonderen Bestimmung bedurfte, sondern eine reine und nothwendige Consequenz der Uebergangung Oesterreichs war.

Eben so wenig als im Verhältniss der Hauptlinien zu einander wurde in dieser Urkunde die cognatische Succession in der Linie Philipp's V. — als der damals — und noch jetzt regierenden Linie aufgehoben. Ausdrücklich ruft diese Urkunde das Haus Savoyen nur im Falle des Absterbens Philipp's V. und seiner Descendenz (*en falta mia y de mi descendencia*) ohne hier die männliche Descendenz besonders zu erwähnen oder auszuzeichnen, so dass also Philipp V. für seine gesammte Descendenz, sowohl Männer als Frauen das Successionsrecht nach Massgabe des Gesetzes der *Siete Partidas* in Anspruch nimmt. Nur in Bezug auf die letzte cognatische

Linie, in Bezug auf das Haus Savoyen, werden nur die Prinzen und deren männliche legitime Descendenz berufen. In wieferne hierin eine Neuerung liegt, ob damit etwas anderes ausgedrückt werden wollte, als dass bei dem ersten Anfalle der Krone Spanien an das Haus Savoyen der Mannsstamm, wenn auch entfernteren Grades, dem Weibsstamme vorgezogen werden sollte (indem ausserdem gar leicht nicht das Haus Savoyen, sondern ein drittes Fürstenhaus in der Person eines cognatischen Descendenten des Savoy'schen Hauses den Spanischen Thron hätte besteigen können) — in wieferne Philipp V. eine Neuerung in der Thronfolge der Savoy'schen Linie zu machen befugt war — diess alles ist hier nicht zu prüfen, und alle diese Fragen berühren unsere Aufgabe gar nicht, da die Linie Philipp's V. noch nicht erloschen ist, in Bezug auf diese aber die Urkunde vom 5. November 1712 durchaus das alte cognatische Successionsrecht ungeschmälert hat bestehen lassen.

Die eidlichen Verzichte der Französischen Prinzen auf die Thronfolge in Spanien wurden am 19. und 24. Novemb. 1712 geleistet, und durch die Parlamente von Paris einregistriert: *) Der vorerwähnte eidliche Verzicht Philipp's V. wurde den Cortes übergeben, welche hierüber folgenden merkwürdigen Beschluss (d. d. 9. Nov. 1712) verfassten: „dass sie (die „Cortes) den Verzicht, den Se. Majestät (der K. Philipp V.) „für seine ganze Descendenz auf die mögliche Thronfolge in „Frankreich geleistet habe, zu grösserer Sicherheit, Kraft und „Festigkeit genehmigen und bestätigen, unter der Voraussetzung, „dass ein gleicher Verzicht von den Französischen Prinzen für „sich und ihre Familie auf die Krone Spaniens ausgestellt

*) Dumont Tom. VIII. p. 315. 316.

„werde; (die Cortes bestätigen ferner) den Ausschluss des „Hauses Oesterreich von der Spanischen Krone für ewige Zeiten und eben so für den Fall des Aussterbens der königlichen Descendenz Sr. Majestät, die Berufung des Savoy'schen Hauses zur Thronfolge (mit wörtlicher Wiederholung der Bestimmungen der Verzichtsurkunde vom 5. Nov. 1712), mit dem Beifügen, dass die Prinzen dieses Hauses als Descendenten der Infantin Cathalina, Tochter Philipps II. durch ein klares und bekanntes Recht zur Thronfolge in Spanien berufen wären.“ Schliesslich bitten die Cortes den König: „die erwähnten Verzichte, den ewigen Ausschluss des Hauses Oesterreich von der Thronfolge, und die Berufung des Hauses Savoyen nach dem Absterben der Descendenz Sr. Majestät“, (auch hier wieder ohne Unterschied der männlichen und weiblichen Nachkommen) „zum Grundgesetze) Ley fundamental) zu erheben.“

Auch in diesem Documente ist also die cognatische Thronfolge nicht aufgehoben worden; aber diese Urkunde liefert zugleich einen entscheidenden Beweis dafür, dass nach den Grundgesetzen der Monarchie der König mit Zustimmung der Cortes (aber auch nur mit dieser und überdiess nur — wie es die Wichtigkeit eines solchen ausserordentlichen Actes erfordert — unter Beobachtung der solenne-
sten Formen) stets für befugt erachtet worden ist und erachtet werden muss, jene Veränderungen in der Thronfolge-Ordnung vorzunehmen, welche in schwierigen Zeitverhältnissen durch eine unabweisbare Nothwendigkeit und die dringendsten Bedürfnisse mitunter gefordert, aber in allen Fällen auch lediglich nur durch diese gebietherischen Rücksichten auf das Staatswohl gerechtfertigt werden können.

Diese Urkunde beweiset aber auch nicht minder, dass unter Voraussetzung und bei dem Obwalten solcher dringenden

Verhältnisse, die Bestimmung der nothwendigen Abänderungen in der Thronfolgeordnung ausschliesslich Sache des Königs und der Cortes ist, so dass, wenn zwischen diesen die neu aufzustellenden Grundsätze vereinbart worden sind, die nach der bisherigen Successionsordnung begründeten Hoffnungsrechte der nunmehr ausgeschlossenen Personen als vollkommen erloschen betrachtet wurden und zu betrachten sind, und ein Widerspruch dieser Personen weder Berücksichtigung fand noch finden konnte. Mit einem Worte, dieses Document beweiset, dass nach dem Staatsrechte der Spanischen Monarchie, wie es der Stammvater der jetzt regierenden Linie, Philipp V. hiermit selbst als praktisch anerkannte und aufstellte, der Thronfolge-Ordnung lediglich die Eigenschaft eines Grundgesetzes der Monarchie beigelegt werden darf, dass mithin zu ihrer Abänderung durchaus nichts gehört, als was zur Abänderung eines politischen Grundgesetzes überhaupt erforderlich ist, nämlich der Wille des Königs und die Zustimmung der Cortes; dass aber die Hoffnungsrechte der Familienglieder auf die Thronfolge eben desshalb nie als solche *jura quasita*, oder wie man sich in neuerer Zeit ausgedrückt hat — nie für solche *droits incarnés* — erachtet worden sind, zu deren Abänderung ausser dem Willen des Königs und der Nation auch noch die Zustimmung der betheiligten Familienglieder — sie seyen Agnaten oder Cognaten — erfordert worden wäre, oder erfordert werden dürfte.

Wir erkennen in diesen Grundsätzen allerdings eine Eigenthümlichkeit der Grundsätze des öffentlichen Rechtes in Spanien in Beziehung auf die Thronfolge, welche von unserem deutschen Rechte sehr wesentlich verschieden ist, indem dieses von jeher gewisse *jura quaesita* der Agnaten anerkannt hat, welche selbst der Landesherr mit Zustimmung seiner Landstände nicht anzugreifen und zu verändern befugt ist. Allein eben bei

dieser Verschiedenheit der nationalen Grundansichten über die Natur der Thronfolge in den deutschen Staaten und in Spanien, muss sich der deutsche Leser wohl hüten, seine einheimischen Rechte und Verhältnisse als Massstab seiner Beurtheilung an die politischen Einrichtungen jenes Staates zu legen, welcher eine andere Vorzeit, eine andere Geschichte und einen ganz andern Entwicklungsgang hinsichtlich der Bildung der monarchischen Gewalt gehabt hat, als dies in Deutschland der Fall war. Hier ist die Landeshoheit und endlich sogar die Souverainität aus einer eigenthümlichen Verschmelzung allodialer Berechtigungen an Grund und Boden mit feudalen Gerichts- und Heerbanns-Befugnissen erwachsen; hier ist die Landeshoheit den Lehen, den Stammgütern der Familien, in ihren Rechtsgrundsätzen nachgebildet worden. Von Allem diesem findet sich aber das Gegentheil in Spanien. Dort war die königliche Gewalt — durch das unabweisbare Bedürfniss einer Regierung zuerst hervorgerufen und durch die Volkswahl einer wilden kriegerischen Nation gleichsam erschaffen — genöthiget, sich aus sich selbst zur Stabilität zu entwickeln, der Nation nach und nach Befugnisse zu entziehen und sich Schritt vor Schritt einen abgemessenen Kreis von Berechtigungen zu erkämpfen; dort war es die Krone, welche einmal zu einer Art von Erbrecht emporgestiegen, den Majoraten zum Muster diente: *) darum wurde auch in Spanien niemals die Thronfolge ein so reines Privatrecht der regierenden Familie, wie in Deutschland — darum behielt sie — auch nachdem die Volkswahl längst aufgehört hatte, noch immer denselben staatsrechtlichen Character wie jedes andere Grundgesetz — d. h. darum wurde in Spanien nie bezweifelt, dass nicht die Thronfolge-Ordnung

*) Ludov. de Molina de primogeniorum Hispanorum origine et natura libri IV. Lugduni 1727 L. I. cap. 2 §. 7 u. §. 8.

durch den übereinstimmenden Willen des Königs und der Cortes abgeändert werden könne.

Dieser Grundsatz wird auch von den Anhängern der Sache des Don Carlos nicht bestritten — im Gegentheile, er selbst bildet die erste, die hauptsächlichste Basis ihrer rechtlichen Begründungsversuche. Denn wo beginnet denn die Argumentation der Gegner, als gerade mit der Behauptung, dass Philipp V., der mit Zustimmung seiner Cortes im Jahre 1712 die alte Successionsordnung dahin abänderte, dass er die zweite cognatische Linie (Haus Oesterreich) von der Thronfolge ein für allemal ausschloss, und dadurch die Erbhoffnungsrechte der vielen damals lebenden weiblichen Descendenten der Infantin Margaretha Theresia für alle Zeiten vernichtete, legitim gehandelt habe — dass er ferner eben so legitim und vollkommen innerhalb der grundgesetzlichen Grenzen seiner Macht gehandelt habe, als er im J. 1713 das Auto acordado erliess, welches die cognatische Succession in seiner eigenen Linie aufhob und das agnatische Successionsrecht einführte, auf welches Don Carlos seine Ansprüche stützt?

Wir haben daher hier einen Punkt — wir haben ein staatsrechtliches Grundprinzip gefunden, in welchem wir mit den Anhängern des Don Carlos vollkommen übereinstimmen, dessen Richtigkeit uns diese unbedingt zugeben müssen, wenn sie nicht ihre Sache sofort als rechtlich verloren und unhaltbar aufgeben wollen.

Wir werden daher mit den Vertheidigern der agnatischen Succession nicht darüber streiten, ob ein König von Spanien, ob Philipp V. mit Zustimmung seiner Cortes das Prinzip der Succession ändern durfte; ob er befugt war, die im Jahr 1712 und 1713 längst begründeten Rechte seiner Cognaten Oesterreichischer Linie und des Savoyischen Hauses (die *jura quaesita* oder *droits incarnés* derselben) durch ein mit Zustimmung seiner

Cortes erlassenes Gesetz zu vernichten und Abänderungen in der Successionsordnung zu machen. Wir wollen dies alles, gestützt auf die eigenthümlichen Grundsätze des Spanischen öffentlichen Rechtes *) zu geben. Wir werden daher unsere fernere Untersuchung nur darauf richten, ob das Auto-acordado Philipps V. von 1713 in den gesetzlichen Formen, wie sie zur Abänderung der Grundgesetze erforderlich sind und mit Zustimmung der Cortes — wie dies hierbei unerlässlich nothwendig ist — zu Stande gebracht und als Grundgesetz errichtet worden ist, und ob dieses Auto-acordado (seine ursprüngliche rechtliche Gültigkeit vorausgesetzt) nachher wieder rechtsgültig aufgehoben werden konnte und aufgehoben worden ist. Diese Untersuchungen sind um so wichtiger, als die Ansprüche des Don Carlos, so beispiellos und ohne Gleichen sie in der Spanischen Geschichte dastehen — sich allein und ausschliesslich auf die ursprüngliche und fortdauernde Gültigkeit des Auto-acordado Philipps V. stützten, und folglich mit dem Beweise seiner Ungültigkeit oder seiner gesetzmässigen Aufhebung von selbst als rechtlich unbegründet in sich zusammenfallen müssen.

Wir wollen nun dieses Auto-acordado Philipps V. vom

*) Nach deutschen Rechtsbegriffen müsste dieses Alles geradezu verneint werden. Denn wo einmal in Deutschland eine cognatische Succession eingeführt ist, haben die Töchter und die cognatischen Descendenten gerade dasselbe Recht in Bezug auf die Unabänderlichkeit der Thronfolgeordnung, wie es bei der agnatischen Thronfolge die Söhne und Agnaten haben, so dass ohne ihre Zustimmung daran durchaus nichts verändert werden kann. Dies alles ist eine Folge des patrimonialen Prinzips, welches in Deutschland in Bezug auf die Thronfolge anerkannt ist, aber in dieser Ausdehnung in Spanien niemals gegolten hat. —

10. May 1813, dieses von ihm — wie er selbst darin erklärt — „*motu proprio*“ ausgegangene Gesetz näher prüfen. Der Inhalt desselben ist einfach der, dass die bisherige cognatische Thronfolge aufgehoben und an die Stelle derselben eine andere gesetzt wurde, welche man sich — wiewohl nicht ganz genau und richtig — die Erbfolge nach der *Lex Salica* zu nennen gewöhnt hat, welche aber nach dem Spanischen Rechte besser als „*Succession agnaticia ficticia*“ bezeichnet werden muss. Auch hiernach ist der Weibsstamm von der Thronfolge in der Monarchie nicht unbedingt ausgeschlossen, jedoch soll derselbe dem Mannsstamme nunmehr nicht blos in der geraden, sondern auch in der Seitenlinie nachstehen, und nur nach dem gänzlichen Erlöschen des Mannsstammes zur Thronfolge gelangen und der Prinzessin, welche hiernach zum Throne berufen wird, ebenfalls nur wieder ihre männliche Descendenz mit Zurücksetzung der weiblichen folgen.

Wir haben schon darauf aufmerksam gemacht und müssen es hier neuerdings wiederholen, dass die zu Utrecht geschlossenen Verträge dem König Philipp V. durchaus keine Verpflichtung auflegten, die Thronfolge-Ordnung in Spanien überhaupt — sey es auf diese oder auf eine andere Art abzuändern. Wir können daher nicht umhin, in dieser plötzlichen mit einem Federzug geschehenen Veränderung des althergebrachten, seit vollen sieben Jahrhunderten in Uebung bestandenen nationalen Rechtes, nur eine Aeusserung des eigenen, lediglich von Rücksichten auf das Interesse des Bourbonischen Mannsstammes *) geleiteten Willens Philipps V. zu erkennen. Auch

*) Ueber die Gründe, welche Philipp V. bewogen, den Vorzug der Agnaten vor dem Weibsstamme einzuführen, lässt sich wenig Bestimmtes angeben; übrigens sind diese Gründe auch für die rechtliche Beurtheilung dieses Actes ganz gleichgültig. Am

hat sich Philipp V. selbst nie darauf bezogen, dass ein völkerrechtlicher Vertrag ihn zu einem solchen anti-nationalen Schritte nöthige; er selbst erklärt vielmehr ausdrücklich in dem Auto-acordado, dass er „*motu proprio*“ diese Pragmatik erlassen habe.

Betrachten wir nunmehr die einzelnen Formen, welche Philipp V. nach der Verfassung Spaniens zu beobachten hatte, wenn er durch seinen königlichen Willen ein Grundgesetz der Monarchie — und hier sogar das Grundgesetz, in Folge dessen er selbst auf den Thron gestiegen war — dessen Aufrechthaltung er, sowie die Aufrechthaltung der übrigen Gesetze und Fueros der Monarchie bei seiner Thronbesteigung in den damals zu Madrid versammelten Cortes mit einem feierlichen Eide beschworen hatte, aufheben oder abändern wollte.

Philipp V. konnte nicht verkennen, dass eine Aenderung der Art, wie er sie beabsichtigte, an der allgemeinen Anhänglichkeit an das althergebrachte Recht bei der Nation und den Cortes grossen und heftigen Widerstand finden würde. Er suchte daher vor Allem ein beifälliges Gutachten des Rathes von Castilien zu erlangen, wohl aus keiner anderen Absicht, als um gestützt auf die Autorität dieses in der Achtung der

richtigsten wird man annehmen dürfen, dass Philipp V. als französischer Prinz an das Vorzugsrecht der Agnaten gewöhnt, in dem gleichen Erbrechte des Weibsstammes einen Grund zu der Befürchtung erblickte, dass hierdurch die Krone Spaniens über kurz oder lang aus der Bourbonischen Familie an ein anderes Herrscherhaus gebracht werden könnte. Vielleicht geben hier die Worte Louis XIV., welche er unter Anderem zu Philipp V. bei seiner Annahme der spanischen Krone sprach, den meisten Aufschluss: „*Songez seulement, que vous êtes Prince de France!*“ Lamberti; *Memoires* Tom. I. p. 235. (Ed. à la Haye 1724.) —

Nation so hochgestellten Collegiums, sein Project mit Umgehung der Cortes als Gesetz zu publiciren. Diese Behörde war das oberste Collegium der Monarchie — nicht nur oberster Gerichtshof, sondern auch die höchste Stelle in Administrativ- und Regierungssachen. Gesetzlich zum Wächter der Gesetze, der Rechte, der Gewohnheiten der Spanischen Nation berufen, wurde der Rath von Castilien seit Jahrhunderten von den Königen in allen Regierungssachen von Wichtigkeit, welche ohne Mitwirkung der Cortes behandelt werden konnten, zu Rathe gezogen, ja es war sogar gesetzlich ausgesprochen, dass der Rath von Castilien in diesen Sachen vom Könige gehört werden müsse. *) Auch Philipp V. erkannte die Gültigkeit dieser Grundsätze an, indem er zuerst sein neues Gesetz (nachdem er zuvor sich von seinem von ihm völlig abhängigen Staatsrathe ein Gutachten über die Zweckmässigkeit einer Veränderung der bisherigen Thronfolgeordnung hatte geben lassen) dem Rathe von Castilien vorlegen liess, und dessen Zustimmung verlangte. Allein hier fand der König einen entschiedenen Widerstand. Der Rath von Castilien wies das Ansinnen des Königs mit der Würde zurück, welche sich für den ersten Gerichtshof einer solchen Monarchie geziemte. **) Hierauf wurden der Rathspräsident Ronquillo und noch ein anderes Rathsmitglied, Don Contreras — weil sie aller Drohungen

*) Gesetz von Don Juan II. a. 1430 in der Novissima Recopilacion.

**) Das Gutachten des Rathes von Castilien findet sich nicht mehr in den Protocollen desselben. Es wird hierdurch wahrscheinlich, was einige Spanische Schriftsteller behaupten, dass Philipp V. dasselbe habe verbrennen lassen. Es wird auch behauptet, dass sich ein Fragment davon noch vor kurzer Zeit in den Händen des Don Hermida, Mitglied des Rathes von Castilien, befunden habe.

ungeachtet, fest darauf beharrten, dass eine Veränderung des Thronfolgegesetzes ohne Mitwirkung der Cortes unzulässig sey — exilirt; die übrigen Räthe wurden eingeschüchtert und genöthigt, ihre Stimmen (gegen die Ordnung des Gerichtshofes) schriftlich, einzeln und verschlossen abzugeben und nur auf diese Art, welche an sich eine Formlosigkeit und Nullität enthält, gelang es dem Könige, von den einzelnen Rathsmitgliedern (nicht von dem Rathscollegium) Gutachten zu erhalten, welche seiner Absicht entsprachen.

Demungeachtet hat man sich in der neuesten Zeit nicht entblödet, wiederholt öffentlich zu behaupten, dass der Rath von Castilien per majora seine Zustimmung zu der vom Könige beabsichtigten Abänderung der Thronfolgeordnung gegeben habe! Dass solche der Geschichte und Offenkundigkeit hohnsprechende Behauptungen der Sache, welche hierdurch vertheidigt werden sollen, nur schaden und ihre Gerechtigkeit nur verdächtigen können, bedarf wohl keiner Erwähnung.

Der König sah sich nunmehr genöthigt, den Schritt zu thun, welchen zu vermeiden und doch dabei das Ansehen der Gesetzlichkeit zu behaupten, er so gerne die Autorität des Rathes von Castilien vorgeschoben hätte — sein Gesetz musste an die Cortes gebracht werden. Um den Leser in den Stand zu setzen, selbst zu beurtheilen, ob hier die gesetzlichen Formen beobachtet wurden, müssen wie vorher die Art und Weise bezeichnen, auf welche in damaliger Zeit grundgesetzlich mit den Cortes bei Errichtung eines Gesetzes verhandelt werden musste. Die Cortes bestanden damals nur aus den Deputirten von 37 wahlberechtigten Städten, welche zu jeder Sache, die der König mit ihnen zu verhandeln beabsichtigte, durch Ausschreiben an die Städte neu berufen und gewählt werden mussten und sodann von ihren Committenten auf die in den Convocationsschreiben anzugebenden Gegenstände der Berathung

speziell lautende Vollmachten erhielten, so dass mit der Erledigung dieser Sachen auch jedesmal ihre Vollmacht (wenn sie nicht nebenbei noch allgemein gegeben war) gänzlich erlosch. Die übrigen beiden Stände, Adel und Geistlichkeit, erschienen seit der Zeit des Kaisers Carl V., nicht mehr in den Cortes. *) Der König allein hatte nach dem alten Staatsherkommen die Initiative; die Cortes aber nur ein Recht der Petition um Vorlage eines Gesetzentwurfes. Dem Könige stand es im letzteren Falle unbedingt frei, auf die Petition der Cortes hin ihnen einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen oder nicht. Uebte dagegen die Krone ihr Recht der Initiative, so waren die Cortes verpflichtet, die königliche Proposition in Erwägung zu ziehen, zu discutiren und einen Beschluss darüber zu fassen. In beiden Fällen konnten weder der König noch die Cortes von dieser Ordnung abgehen, da hierdurch das Verhältniss ihrer beiderseitigen Gewalt und deren Ausübung in Bezug auf die Errichtung von Grundgesetzen festgesetzt war. **)

Auch diese Formen, deren Beobachtung in Spanien bei der Errichtung eines Grundgesetzes wesentlich war, und die unter keiner Voraussetzung fehlen durften, ***) wurden von Philipp V. insgesamt übergangen. Wir finden weder eine Petition der Cortes, †) noch eine Discussion derselben über

*) Nämlich nicht mehr als besondere Stände oder Corporationen. Wohl aber waren immer einzelne Adelige oder Geistliche Mitglieder der Cortes.

**) Ley 24 de la Partida II. — Marina Ensayo critico sobre la legislacion de Castilla lib. 3 p. 102. — Sampere et Guarinos, Historia de la legislacion Espaniola tom. II. cap. V.

***) Man vergl. Campomanes Noticia de los Cortes en Espana. Madrid 1729. Derselbe Regalias de la Corona lib. I.

†) Man hat zwar den oben p. 112 erwähnten Beschluss der Cortes vom 9. Nov. 1712 für eine solche Petition der Cortes ausgehen

einen königlichen Vorschlag, noch endlich einen Beschluss der Cortes — ja nicht einmal eine neue Berufung allgemeiner Cortes, während doch für einen so ausserordentlichen, ja unerhörten und beispiellosen Act, wie ihn hier der erste Bourbon unternahm, der den Spanischen Thron bestieg, nach der Spanischen Verfassung nothwendig gewesen wäre, dass alle Städte, welche berechtigt waren, in den allgemeinen Cortes Sitz und Stimme zu führen, durch eigene Einberufungeschreiben geladen gewesen wären, bei der Abänderung des tiefgreifendsten Grundgesetzes der Monarchie verfassungsmässig mitzuwirken. Dass weder der hohe Adel der Monarchie — diese grossen und gewaltigen Vasallen, denen Philipp V. seine Erhaltung auf dem Throne verdankte — noch die Prälaten, diese alten Gesetzgeber der Nation einberufen und befragt worden waren, mochte noch dadurch entschuldigt werden, dass bereits seit zweihundert Jahren Cortes, aus den drei Ständen zusammengesetzt, ausser Gebrauch gekommen waren. *) Aber selbst die berechtigten Städte waren nicht auf-

wollen. Allein dies ist ein Irrthum: denn einmal ist dies nichts anderes, als die beistimmende Erklärung der Cortes zu der königlichen Proposition, wodurch ihnen der von dem König geleistete eidliche Verzicht auf die Krone von Frankreich, der Ausschluss des Hauses Oesterreich von der Spanischen Thronfolge und die (beschränkte) Anerkennung des Successions-Rechtes des Hauses Savoyen bekannt gemacht worden war; zweitens bitten hierin die Cortes, sich genau an die Worte der königlichen Proposition haltend, nur um die Erlassung eines Gesetzes über den Ausschluss des Hauses Oesterreich und das Thronfolgerecht von Savoyen. Von Abschaffung der cognatischen Thronfolge in der regierenden Linie ist darin mit keinem Worte die Rede.

*) Der Herr Graf von Villemur, welcher sich in der Gazette de France vom 25. Mai 1839 gegen das Memoire des Herrn von Zea hat vernehmen lassen, ist so wenig in der Geschichte und

gefordert worden, neue Deputirten zu wählen, sondern man verordnete nur, dass diejenigen Deputirten, welche im Jahr 1712 in Madrid lediglich zu dem Zwecke versammelt waren, um die durch den Utrechter Frieden geforderten Verzichte zu genehmigen und die sich nach Erledigung dieses Geschäftes noch in Madrid aufhielten, sich weitere Vollmacht von ihren Committenten ausstellen lassen sollten, ohne dass das Volk, ohne dass die Städte von der Absicht des Königs, das Thronfolgegesetz zu ändern, unterrichtet waren. Auch diese Cortes waren nicht einmal vollzählig; es gelang nur, die Deputirten von 27 Städten in Madrid zusammenzubringen, so dass also fast ein Drittheil der gesetzlichen Zahl fehlte. *) In diese Cortes wurde nun das Auto-acordado eingebracht, nicht als eine königliche Proposition, nicht als ein Gesetzesvorschlag, worüber die Cortes discutiren oder beschliessen sollten, sondern als ein vollen-

Verfassung Spaniens unterrichtet, dass er Philipp V. sein Auto-acordado mit Zustimmung von Cortes errichten lässt, welche aus den drei Ständen, (den Deputirten der Städte, dem Adel und der Geistlichkeit) zusammengesetzt gewesen wären. Der Herr Graf scheinen nicht zu wissen oder vergessen zu haben, dass schon seit den Zeiten Carls V. nur noch die Deputirten der Städte als Cortes versammelt wurden, Adel und Geistlichkeit aber gar nicht mehr dabei erschienen. — Solche Unrichtigkeiten nennt der Herr Graf „de faites du domaine de l'histoire!“ — Man vergleiche das weiter unten seinem ganzen Inhalte nach abgedruckte Gutachten der Prälaten vom 7. Oct. 1789, so wird man den Beweis finden, dass die Prälaten niemals von Philipp V. um ihre Zustimmung zu dem Auto-acordado von 1713 gefragt worden sind.

*) Vergl. Essai historique sur la loi de succession de la Couronne d'Espagne; par le Marquis de Miraflores, comte de Villapaterna, zuerst 1833 zu Madrid in Spanischer Sprache erschienen, sodann in französischer Uebersetzung. Paris 1839 p. 12.

detes Gesetz, als ein „*motu proprio*,“ wie es sich selbst bezeichnet — lediglich zum Zwecke der Publication.

Ein solcher Act der königlichen Gewalt war bisher ohne Beispiel in der Spanischen Geschichte. Noch kein König hatte die Versammlung der Cortes so tief heruntergewürdigt, dass er ihr Gesetze publiciren liess, ohne dass dieselben von ihnen berathen waren, und ihre Zustimmung hierzu erfolgt war. Ja es würde weniger verletzend, weniger formwidrig gewesen seyn, wenn Philipp V. mit gänzlicher Umgehung der Cortes seinen Willen unmittelbar der Nation als Gesetz verkündet hätte! Und in diesem Auto-acordado hob Philipp V. überdiess ausdrücklich alle seinem neuen Gesetze entgegenstehenden Gesetze, Statuten, Rechte, Herkommen, Vergleiche u. s. w. namentlich das Gesetz der Partidas auf — Gesetze die unter seinen Vorfahren, als deren Nachkomme er den Thron bestiegen hatte, mit allen unverletzbaren Formen des Rechtes errichtet waren — Gesetze ehrwürdig und geheiligt durch ihr Alter und ihre ununterbrochene Beobachtung — Gesetze, welche ihn selbst zur Regierung berufen hatten — deren Aufrechterhaltung er noch vor wenigen Jahren eidlich angelobt und dagegen die Huldigung der Nation angenommen hatte! Mochten daher sogar was immer für politische Gründe und von so dringender Natur als möglich obwalten und die Abänderung eines solchen von dem Könige beschwornen Grundgesetzes erheischen — nie konnte der König für befugt erachtet werden, diese Gesetze, welche den Rechtstitel seiner eigenen Herrschaft enthielten, welche er selbst bereits einmal ungezwungen und frei als für ihn verbindlich und unabänderlich eidlich anerkannt hatte, eigenmächtig ohne Zustimmung der Cortes, ohne Beobachtung der für die Abänderung der Grundgesetze nöthigen Formen aufzuheben! Anstatt aber den gesetzlichen Weg einzuschlagen, trat Philipp V. ganz in die Fusstapfen

seines Grossvaters Ludwig XIV., und sein „*motu proprio*“ und am Schlusse die Worte — „denn dieses ist, mein Wille“ sind es, welche die Stelle der gesetzlichen Formen und die Zustimmung der Cortes vertreten mussten.

Wir enthalten uns über diesen Act jedes Urtheils — wir überlassen es dem Leser selbst, zu entscheiden, ob die Aufhebung eines seit den ältesten Zeiten in ununterbrochener und anerkannter Wirksamkeit bestehenden, von dem Könige bei seiner Thronbesteigung als unabänderlich beschworenen Grund-Gesetzes durch einen bloßen Act der Willkühr — ein gesetzlicher Act genannt werden kann? Und wenn er das nicht kann, welche Gesetze konnte dieser Act sodann aufheben und ihrer fortdauernden Wirkung berauben? — Offenbar keinen und eben darum erscheint dieser Act selbst vor dem Richterstuhle des strengen Rechtes als eine wahre Nullität, als etwas, das rechtlich gar nicht existirt — das weder bestehende Rechte aufheben — noch neue Rechte begründen kann!

Die Vertheidiger der Ansprüche des Don Carlos haben zwar bisher fortwährend behauptet, dass das Auto-acordado mit Zustimmung der Cortes errichtet worden sey; allein so genau wir auch die Geschichte der Publikation des Auto-acordado hier Schritt vor Schritt verfolgt haben, so konnten wir nirgends eine auch nur entfernte Spur der Beobachtung der nothwendigen gesetzlichen Formen entdecken; wir müssen daher auf unserer Ansicht von der formellen Ungültigkeit des Auto-acordado beharren, so lange uns nicht anstatt bloßer Behauptungen des Gegentheiles Thatfachen entgegen gehalten werden können, nach welchen wir bisher vergeblich bei den Vertheidigern der Ansprüche des Don Carlos geforscht haben. Allein solche Thatfachen sind nie vorhanden gewesen, und können darum nicht aufgefunden werden und darum ist uns auch immer sehr deutlich gewesen, warum die Vertheidiger des Don

Carlos gerade über diesen so sehr wichtigen Punkt so schnell hinwegzueilen, warum sie sich hier nie in eine thatsächliche Erörterung einlassen, sondern sich darauf beschränken, die Legitimität des Auto-acordado gleichsam als ein Postulat ihrer Argumentation voranzustellen!

Allein wir wollen nunmehr von diesem Punkte ganz absehen. Wir wissen, mit welcher Achtung wir die Handlungen eines Souveräns zu betrachten haben, selbst wo wir unser Bedenken gegen ihre Legitimität nicht unterdrücken dürfen. Wir wollen es daher gänzlich vermeiden, aus dem Begriffe der Nullität die Folgerungen zu ziehen, welche daraus abgeleitet werden können, da noch ausserdem mehr als genügende Gründe vorhanden sind, die Unanwendbarkeit des Auto-acordado auf den gegenwärtigen Fall und den gegenwärtigen Successionsstreit in Spanien nachzuweisen. Wir können daher auch nur dem Verfahren der Cortes im Jahr 1789 Beifall zollen, wo dieselben gleichfalls die Frage nach der Legalität oder Nullität des Auto-acordado auf sich beruhen liessen, und sich darauf beschränkten, in Uebereinstimmung mit dem Könige Carl IV. die Aufhebung desselben auszusprechen.

Man sollte es kaum glauben, dass man sogar aus diesem loyalen und rücksichtsvollen Benehmen der Cortes von 1789 einen Grund für die ursprüngliche formelle Gültigkeit des Auto-acordado abzuleiten versucht hat. Wie — sagte man — hätte es einer Aufhebung des Auto-acordado bedurft, wenn es nicht für ein gültig errichtetes Gesetz anerkannt gewesen wäre? Man wollte also hier gleichsam ex post facto für das Auto-acordado den Beweis einer Legalität ableiten, welchen man aus den bei seiner Errichtung selbst vorgekommenen Thatsachen zu erbringen nicht im Stande war. Allein man hat bei diesem Argumente übersehen, dass ein Gesetz, welches

wegen der Unförmlichkeit seiner Errichtung in rechtlicher Beziehung eine Nullität und also so gut wie nicht vorhanden ist, dem ungeachtet doch immer als ein ungesetzliches Factum *) existirt, welches beseitiget werden muss. Es kann daher aus dem bei dem Widerruf eines solchen Gesetzes durch die gesetzgebende Gewalt gebrauchten Ausdrücke „Aufhebung (abrogacion),“ noch gar nicht gefolgert werden, dass die Gesetzgebung hierdurch die bisherige Gültigkeit des nunmehr vernichteten Gesetzes habe anerkennen wollen. Am wenigsten aber darf eine solche Vermuthung dafür statthalt erkannt werden, wo eine Nation, die gewohnt ist, in ihren Königen die höchste Autorität zu erkennen, es absichtlich vermeidet, einen despotischen Act eines Anherrn ihres lebenden Fürsten mit der ganzen Schärfe des Ausdruckes zu bezeichnen, welcher hierzu nach strengen Rechtsbegriffen hätte gewählt werden dürfen. Auch war im Jahr 1789 nicht die geringste Veranlassung vorhanden, sich eines stärkeren Ausdruckes zu bedienen; denn noch war kein Fall vorgekommen, wo das Auto-acordado zur Anwendung zu bringen und eine königliche Tochter durch einen Agnaten der Seitenlinie auszuschliessen gewesen wäre. Dass aber die Absicht der Cortes wirklich dahin ging, durch die Abschaffung (abrogacion) des Auto-acordado dessen Nullität auszusprechen, gehet daraus vollkommen deutlich hervor, dass die königliche Proposition vom 23. September 1789 **) welche die Cortes aufforderte, die Wirkungslosigkeit des Auto-acordado

*) Man übersehe nicht, dass das Auto-acordado in die unter Carl III abgefasste Nueva recopilacion als auto-acordado 5 tit. 7 lib. 5 übergegangen war, und daher allerdings über seine Verbindlichkeit scheinbare Zweifel entstehen konnten.

**) Wir werden ihren Inhalt unten vollständig und wörtlich mittheilen.

und die fortwährende Gültigkeit des alten Rechtes auszusprechen und welcher die Cortes beitraten, ausdrücklich die Nullität und Formlosigkeit seiner Errichtung als Grund dieses Antrags, und als seinen Zweck die Beseitigung von Zweifeln und Verhütung von Verwirrungen und Unruhen angibt, welche hieraus entspringen könnten.

Wir wollen nun aber auch noch diesen anderen Hauptpunkt, die Aufhebung des Auto-acordado im Jahr 1789 historisch und rechtlich näher prüfen.

Die ersten allgemeinen Cortes, welche seit langer Zeit zu einem anderen Zwecke versammelt wurden, als um einen Prinzen als Thronfolger anzuerkennen und ihm zu huldigen, waren die, welche der König Carl IV. (Vater des Königs Ferdinand VII. und des Don Carlos, Grossvater der Königin Isabella) durch Decret vom 31. May 1789 einberief. Bei dieser feierlichen Einberufung wurde der Nation bekannt gemacht, dass die Deputirten mit Vollmacht versehen seyn müssten, alle jene wichtigen Sachen zu verhandeln, welche der König ihrer Berathung unterstellen würde. *) Mit voller Kennt-

*) Gegen die Gültigkeit der Vollmachten der Deputirten hat man eingewendet, dass sie nur auf die Anerkennung des Prinzen von Asturien gelautet hätten. Allerdings war der Auftrag zur Abänderung des Grundgesetzes darin nicht speziell ausgedrückt, und konnte es nicht seyn, da der König vorerst die Sache aus politischen Rücksichten geheim zu halten wünschte. Allein die Vollmachten ertheilten den Deputirten jene unbeschränkte Befugniss, jede andere Sache, die der König ihnen vorlegen würde, zu verhandeln, welche von jeher in Spanien in den wichtigsten Staatsangelegenheiten und namentlich in Bezug auf die Errichtungen von Grundgesetzen und Bestimmungen über die Thronfolge für genügend und eben so wirksam, wie ein spezielles Mandat geachtet worden ist.

niss, dass es hier sich um wichtige Staatsverhältnisse handeln werde, wählten die berechtigten Städte und Gemeinden ihre Deputirten, und diese traten als Cortes am 14. Sept. 1789 zusammen, unter dem Vorsitze des Grafen von Campomanes, Präsidenten des Rathes von Castilien. Nach der Prüfung der Vollmachten, welche auf alle Sachen lauteten, welche der König der Versammlung vorlegen würde, constituirten sich die Cortes und wurden vom Könige am 19. Sept. für eröffnet erklärt. In der Sitzung am 23. Sept. leisteten die Cortes dem Prinzen von Asturien Ferdinand (VII.) als Thronfolger den Eid der Treue. Hierauf liess noch in derselben Sitzung der Präsident der Cortes, Graf von Campomanes, durch Don Pedro Escolano de Arrieta, Notar des Königreichs und vom König abgeordnet, um die Beschlüsse der Cortes aufzunehmen, folgende königliche Proposition verlesen:

„Jedesmal, so oft man die durch unsere Gesetze und ein unvordenkliches Herkommen eingeführte Thronfolgeordnung verändern wollte, sind daraus nur blutige Kriege und Verwirrungen entsprungen, welche das Königreich verwüstet haben; doch hat Gott gegeben, dass ungeachtet der gegentheiligen Plane und Massregeln, die regelmässige Erbfolge (sucesion regular) immer überwogen hat.“

„Um nur bei dem neuesten Factum unserer Geschichte zu beginnen, so weiss jedermann, dass die Thronfolge in diesem Königreiche bei dem Tode Carls II. auf den Sohn und Enkel der Infantin Donna Maria Theresia von Oesterreich, Schwester des Königs, und Gemahlin Ludwigs XIV. von Frankreich, und somit auf Philipp V., ihren Enkel, gefallen war, da der Thron von Frankreich auf den Dauphin, seinen Vater und auf den Herzog von Burgund, seinen älteren Bruder, zu vererben bestimmt war. Jedermann weiss — wir wiederholen es, dass das klarste Recht unter dem Vorwande

der Verzichte angegriffen und bestritten wurde, welche die mit französischen Prinzen vermählten Infantinnen geleistet hatten. — Es entsprang hieraus am Anfang dieses Jahrhunderts ein Successionskrieg, ein Krieg, durch welchen das Königreich so vieles zu leiden hatte. Jedoch wurde nach mehreren Jahren des Kampfes das Recht der Kinder der besseren Linie anerkannt, und Philipp V., welcher der Repräsentant derselben war, wurde auf dem Throne von Spanien anerkannt.“

„Bei der Thronbesteigung der Königin Isabella, der Katholischen, gelangte man ungeachtet der Kriege und Unruhen, welche durch Unzufriedene erregt worden waren, dahin, diese grosse Monarchie, wie sie heut zu Tage besteht, zu gründen, indem man die Königreiche Castilien und Aragon durch die Vermählung der Königin mit dem Könige Don Fernando von Aragonien vereinigte.

„Derselbe Fall ereignete sich bei der Erbfolge der Königin Donna Berenguella, Mutter Ferdinands des Heiligen, durch ihre Verheirathung mit Don Alonso von Leon; die Kronen von Castilien und Leon wurden zu dieser Zeit für immer vereinigt.“

„Endlich hat die Erfahrung so vieler Jahrhunderte gelehrt, dass in Spanien es vor Allem von Vortheil ist, die alten Gesetze und unvordenkliche Gewohnheit beizubehalten, welche in dem Gesetz 2 tit. 15 Partida 2 verzeichnet sind, wornach die Töchter in der näheren Linie und Grade die Thronerbinnen in der von demselben Gesetze festgesetzten Ordnung sind, ohne dass ihnen jemals die männlichen Descendenten einer entfernteren Linie oder Grades vorgezogen werden dürften.“

„Wenn nun gleich im J. 1713 die Rede davon war, diese regelmässige Successionsordnung aus Gründen zu verändern, welche in den Verhältnissen jener Zeit lagen, und die nicht mehr obwalten, so kann man doch die damals erlassene Verordnung

nicht als ein Grundgesetz betrachten, weil sie demjenigen, welches damals bestand und beschworen worden war, zuwiderlief und weil das Reich weder befragt, noch zur Berathung einer so bedeutenden Veränderung in der Thronfolge gezogen worden war, wie diejenige ist, durch welche sich die nächsten männlichen und weiblichen Linien ausgeschlossen finden.“

„Wenn man nicht in den Friedenszeiten, in welchen wir uns befinden, ein gründliches Mittel gegen diese Abänderung anwenden würde, so müsste man in der Folge Kriege und ähnliche Verwirrungen, wie diejenigen, welche bei der Thronfolge Philipps V. Statt gefunden hatten, befürchten — ein Unglück, welches man vermeiden kann, wenn man die Befolgung unserer alten Gesetze und Gewohnheiten, die wir schon über siebenhundert Jahre in Bezug auf die Thronfolge beobachten, neuerdings einschärft.“

„Dieses Verlangen nach einem dauernden Frieden für seine Unterthanen hat das väterliche und wohlwollende Herz unseres Königs bewogen, die Proposition zu machen, dass die Cortes sich über diesen Gegenstand mit Beobachtung des grössten Geheimnisses und in möglichst kurzer Frist berathen und entscheiden“ etc. *)

Diese Proposition liess Carl IV. zu einer Zeit in die Cortes bringen, wo für die Thronfolge auf keine Weise etwas zu befürchten war, wo er bereits zwei Söhne (Ferdinand VII. und Don Carlos) hatte, wo seine Dynastie im Innern wie von Aussen unangefochten herrschte und nur die Rücksicht auf den

*) Dieses Actenstück, so wie die nächstfolgenden, finden sich abgedruckt in der officiellen Sammlung von Actenstücken über die Successionsfrage, welche im J. 1833 zu Madrid publicirt wurde.

Frieden und das Glück seines Volkes seinen königlichen Willen bestimmte.

Die Cortes, hoch erfreut über diesen königlichen Antrag, die alte Verfassung wieder in ihrer Reinheit herzustellen, begannen noch in der nämlichen Sitzung die Discussion der Proposition; der Marquis von Villa campo, als Deputirter der Stadt Burgos und mehrere andere Deputirte liessen sich darüber in Erörterungen ein, und nachdem die Cortes solchergestalt vollkommen über das ganze Sach- und Rechtsverhältniss und die Gründe, worauf sich die königliche Proposition stützte, unterrichtet worden waren, so fand die Abstimmung statt und wurde durch Stimmeneinhelligkeit nachstehende Petition an den König beschlossen: „Sire; das Gesetz 2 tit. 15 Partida 2 bestimmt das, was seit undenklicher Zeit in Bezug auf die Thronfolge im Königreiche befolgt worden ist und befolgt werden soll. Die Erfahrung hat den grossen Nutzen gezeigt, welcher daraus hervorgegangen ist, weil durch die in dem gedachten Gesetze aufgestellte Thronfolgeordnung die Vereinigung der Königreiche Castilien und Leon und der Krone von Aragon herbeigeführt worden ist, das Gegentheil aber immer Kriege und grosse Verwirrungen herbeigeführt hat.“

„In Erwägung aller dieser Verhältnisse bitten die Cortes Ew. Majestät, ungeachtet der Abänderung, welche durch das Auto-acordado 5. tit. 7. lib. 5. gemacht worden ist, dass Ew. Majestät verordne, dass man für ewige Zeiten in der Thronfolge die unvordenkliche Gewohnheit befolge, welche in dem gedachten Gesetze 2. tit. 15. part. 2. verzeichnet ist — so wie sie auch zu allen Zeiten beobachtet und befolgt worden ist, *) und wie sie von allen Königen, Eueren Vorfahren be-

*) Würde Don Carlos zu der Regierung von Spanien gelangen.

schworen worden ist, *) und dass Ew. Majestät befehle, dass sie als ein in den Cortes gemachtes und errichtetes Gesetz und Pragmatica verkündet werde, damit diese Entschliessung zur allgemeinen Kunde gelange, ebenso wie die Abschaffung des gedachten Auto-acordado.“

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass ausser dem erklärten Wunsche des Königs, die alte Verfassung in ihrer Reinheit gegen alle Anfechtung hergestellt und dadurch die Ruhe des Landes bleibend gesichert zu wissen, auch noch einige besondere politische Verhältnisse in spezielle Betrachtung genommen und grosse Vortheile für die Monarchie als über kurz oder lang erreichbar in Aussicht gestellt worden waren und die nächste Veranlassung gaben, dem Könige und den Cortes die Feststellung der fortdauernden Gültigkeit der Siete Partidas und die Beseitigung aller Zweifel gegen dieselbe gleich wünschenswerth zu machen. Man wird vielleicht nicht irren, wenn man annimmt, dass auch einige, wenn gleich untergeordnete Veranlassung dieser Verhandlungen über die Richtigkeitserklärung und Aufhebung des Auto-acordado vom Jahr 1713 in dem Plane zu finden ist, die Krone von Portugall mit der von Spanien seiner Zeit wieder zu vereinigen und desshalb den Kindern der Prinzessin Donna Charlotta (seit 1784 vermählt mit Don Juan, Prinzen von Brasilien), den Erben der Portugiesischen Krone, auf den Fall des Abganges des Manns-

so würde dies in der Geschichte der Spanischen Monarchie der erste Fall seyn, wo ein König gegen die Bestimmung der Siete Partidas zur Regierung gelangte.

*) Alle Könige von Recared bis Ferdinand VII. haben die Beobachtung der Grundgesetze und Fueros beschworen. Marina Ensayo critico de la legislacion lib. 2 p. 69.

stammes Carls IV. zugleich wieder die ihnen durch das Auto-acordado von 1713 entzogene Thronfolge in Spanien zuzuwenden.

Die Petition der Cortes wurde in gehöriger Weise aufgenommen, von den Deputirten genehmigt und unterzeichnet, und nach gehöriger Ausfertigung (30. Sept. 1789) Sr. Majestät durch den ersten Minister, Grafen von Florida Blanca mit folgendem Berichte (consulta) der Junta der Assistentes *) der Cortes übergeben.

„Die Junta der Assistentes der Cortes hat die Ehre, Ew. Majestät die Petition zu überreichen, welche die Deputirten des Königreichs an dieselbe gerichtet haben, um die Beobachtung des Gesetzes 2 tit. 15. Partida 2 zu erlangen, wo sich nach dem unvordenklichen Herkommen in Spanien die regelmässige Successionsart (sucesion regular) angeordnet findet, wonach der Aeltere dem Jüngeren und die Söhne den Töchtern in den betreffenden Linien und nach ihrer Reihenfolge vorgezogen werden, unter Aufhebung dessen, was im Jahr 1713 in dem Auto-acordado 5. tit. 7. lib. 5. im Widerspruche mit dem unvordenklichen Herkommen verordnet worden ist, so wie dass — in Erwägung des einstimmigen Gutachtens der zu Buen Retiro versammelten Cortes, wo auch der Gouverneur des Rathes von Castilien als Präsident dieser Cortes und alle Assistentes gegenwärtig waren — es Ew. Majestät gefalle, die Entschliessung auszusprechen, welche dieselben zu fassen ge-

*) Die Junta der Assistentes der Cortes bestand nach der alten Verfassung aus dem Präsidenten des Rathes von Castilien und zwei oder drei Mitgliedern dieses Collegiums, welche von dem Könige mit dem Präsidium und der Leitung der Verhandlungen der Cortes beauftragt waren, ohne selbst eine Stimme darin zu führen.

„ruhen, und am besten dem Wohle des Königreiches entsprechend erkennen. Madrid, den 30. September 1789.“

Carl IV. that noch mehr als die Verfassung des Königreiches von ihm forderte; er liess auch den versammelten Erzbischöfen und Bischöfen der Monarchie die gedachte Petition der Cortes vorlegen, um ihr Gutachten zu vernehmen. Dieses Gutachten von vierzehn Prälaten unterzeichnet, ist folgenden Inhalts: *)

„Sire, der Erzbischof von Toledo und die übrigen Prälaten
„des Königreiches, berufen durch Ihre Ordre, um Sr. Hoheit
„dem Infanten Don Fernando, Prinzen von Asturien, den Huldigungseid zu leisten, haben die Petition gesehen, wohl erwogen und geprüft, welche an Ew. Majestät durch sämtliche
„als Cortes vereinigte Deputirte des Königreichs gerichtet worden ist und ausschliesslich zum Gegenstande hat, zu zeigen,
„dass ungeachtet der durch das Auto-acordado 5. tit. 7. lib. 5. gemachten Abänderung Ew. Majestät zu verordnen habe, dass
„man für ewige Zeiten bei der Thronfolge das unvordenkliche
„Herkommen beobachten und befolgen müsse, welches sich in
„dem Gesetze 2. tit. 15. partida 2. verzeichnet findet, wie dies
„auch immer beobachtet und befolgt und von allen Königen,
„den Vorfahren Ew. Majestät, beschworen worden ist, indem
„dasselbe nunmehr auch als ein mit den Cortes errichtetes Gesetz und Pragmatica zu verkünden sey und hiermit diese Entschliessung zur allgemeinen Kenntniss gelange und unbezweifelt
„feststehe, sowie auch die Abschaffung des gedachten Auto-acordado, wobei man sich auf den grossen Nutzen des gedachten Gesetzes der Partidas und des unvordenklichen Herkommens getützt hat; denn der in dem gedachten Gesetze einge-

*) Es ist ebenfalls in der Seite 77 erwähnten officiellen Urkundensammlung abgedruckt.

„führten Successionsordnung verdankt man die Vereinigung der
„Krone von Castilien, Leon und Aragon.“

„Sire, Ew. Majestät, vom Wunsche beseelt, die gerech-
„teste Entschliessung zu fassen, hat zu diesem Ende die Gnade
„gehabt, uns durch ihren ersten Minister, den Grafen von
„Florida Blanca, die Proposition der Cortes zustellen zu
„lassen, mit dem ausdrücklichen Befehle, unser Gutachten dar-
„über abzugeben, ob Ew. Majestät dem Antrage der Cortes
„nach Gewissen und Recht Folge geben kann und darf.“

„Und nach der ernstlichsten Ueberlegung, als höchst betheili-
„giget an der Wohlfarth der Monarchie und als Vertreter der
„Geistlichkeit sind wir einstimmig der Meinung und der
„festen Ueberzeugung, dass Ew. Majestät nach
„Gewissen und Recht der Bitte der Cortes beitre-
„ten kann und darf. Ew. Majestät kann es, weil man die
„höchste gesetzgebende Gewalt Ew. Majestät nicht in Zweifel
„ziehen kann, insbesondere wenn sie sich auf eine von den
„Cortes unter dem Vorsitze des Gouverneurs des Rathes von
„Castilien und unter Mitwirkung der von Ew. Majestät ernannten
„Assistentes der Cortes ausgegangene Proposition stützt. Ew.
„Majestät darf nach Gewissen und Recht zustimmen, weil die
„Gründe, welche die Cortes Ew. Majestät vorgestellt haben,
„gewichtig und überzeugend sind; denn wir müssen als die
„glücklichsten Zeiten jene betrachten, wo die Vereinigung der
„Krone von Castilien und von Leon unter der Regierung der
„Königin **Donna Berenguela** und ihres Sohnes, des heiligen
„**Ferdinand** und die Vereinigung mit der Krone von Ara-
„gonien durch die Vermählung der katholischen Könige **Donna**
„**Isabella** und **Don Ferdinand** bewirkt wurde; und die
„höchste Stufe des Glückes haben wir diese Ordnung der
„Dinge in der Person **Philipp's V.** erreichen sehen, welcher
„den Spanischen Thron als Repräsentant der Rechte seiner

„Grossmutter, der Infantin Donna Maria von Oesterreich, Schwester Carls II., des letzten Königs (aus dem Oesterreichischen Hause) bestiegen hat, ungeachtet der Einwendungen, welche man gegen diese Successionsordnung wegen des Verzichtes, auf die Wohlthat dieses Gesetzes hatte erheben wollen, welchen die Infantin Donna Maria Theresia bei ihrer Vermählung geleistet hatte. Bei dieser Veranlassung ging das Gutachten der ausgezeichnetesten Theologen und Rechtsgelehrten dahin, dass die Rechte der Infantin und ihrer Descendenz in voller Kraft bestünden, ohne im Geringsten durch die Capitulations- und Verzichtleistungsverträge eine Aenderung erlitten zu haben: denn, sowie sich auch der König Don Alonso der Weise ausdrückt, zu seiner Zeit war es schon unvordenkliches Herkommen, dass in der Thronfolge der Sohn der Tochter vorgezogen wurde, der ältere dem jüngern und ebenso die ältere Tochter der jüngeren in Ermangelung von Söhnen; eine Bestimmung, welche sich auf göttliches und menschliches Gesetz gründet. Der König drückte sich so aus: diess ist es, was von jeher in allen Ländern der Welt in Gebrauch und Uebung gewesen ist, wo die königliche Gewalt erblich geworden ist, aber vor Allem in Spanien, um Uebeln wie in der Vorzeit vorzubeugen, und man hat die Einrichtung getroffen, dass, wenn keine Söhne vorhanden waren, die ältere Tochter den Thron erben sollte, und dass, wenn der ältere Sohn sterben würde, ohne selbst zur Thronfolge gelangt zu seyn und legitime Descendenten beiderlei Geschlechts hinterlässt, die einen wie die andern erben sollen und nicht andere Personen, wer sie auch immer seyn mögen.“

„Sire, der Gründer eines neuen Majorates kann ohne Zweifel die Successionsordnung auf eine unregelmässige Weise bestimmen und eine strenge agnatische Erbfolge anordnen

„und die Frauen ganz ausschliessen, weil die Güter, aus welchen er das Majorat bildet, freies Eigen sind und ihm an gehören; aber derjenige, welcher eine Krone oder Majorat erbt, wo die regelmässige Erbfolge (sucesion regular) besteht und nicht die strenge agnatische Erbfolge, hat das Recht, welches der Stifter gehabt hätte, nicht, daran irgend eine wesentliche Veränderung vorzunehmen. Er mag wohl persönlich für sich auf den Besitz des Majorates verzichten, aber in keinem Falle kann er einen Act vornehmen, welcher dem Rechte seiner Kinder und Descendenten präjudicirlich ist, welche durch das Gesetz, die Stiftung und unvordenkliches Herkommen zur Erbfolge gerufen sind; aus diesem unanfechtbarem Grunde konnte die Infantin Maria Theresia wohl für sich auf die Wohlthat des Gesetzes verzichten, aber auf keine Weise konnte sie die Rechte ihres Enkels Philipp V. schmälern; denn die Thronfolgerechte dieses letzteren beginnen nicht bei seiner Grossmutter, sondern leiten sich in gerader Linie von dem Wesen, dem Grunde und dem Ursprung des Thronfolgegesetzes des Königreiches ab, das von Generation zu Generation übergegangen ist und die Könige auf einander durch die Erbfolge selbst versendet haben.“

„Das Auto-acordado 5. tit. 7. lib. 5. ändert durchaus nichts an diesen Verhältnissen; denn obwohl wir, die Prälaten des Reiches, genau nachgeforscht haben und ganz sicher wissen, dass über diese wichtige Veränderung niemals ein Gutachten unserer Vorgänger verlangt worden ist und dass das fragliche Auto-acordado lediglich in den Cortes publizirt worden ist, ohne ordnungsmässig geprüft zu seyn, wie es doch der Fall verlangte — abgesehen von dem Allen, legen wir Ew. Majestät das nachfolgende evidente Argument vor: entweder, Philipp V. hatte das Recht, mit den Cortes und ohne die Prälaten das un-

„vordenkliche Herkommen in der Thronfolgeordnung zu ändern, welches so fest in dem gedachten Gesetze der Partidas begründet ist, oder er hatte das Recht nicht, dies zu thun. Hatte er nun das Recht, alles alte Recht zu zerstören, und selbst die regelmässige und durch die Natur begründete Erbfolge — so kann Ew. Majestät mit noch viel mehr Grund mit den Cortes und mit den Prälaten die Verhältnisse und die Successionsordnung wieder in ihrem früheren ursprünglichen, natürlichen, gesetzlichen und regelmässigen Zustande, in ihrer alten Form und unvordenklichem Herkommen wieder herstellen; und wenn Philipp V. das Recht nicht hatte, das zu thun, was er gethan hat, so ist Ew. Majestät nach Recht und Gewissen sogar verbunden, dem Antrage der Cortes des Königreiches beizutreten. Madrid, den 7. October 1789.“ (Folgen die Unterschriften.)

Hierauf ertheilte nun der König den Cortes seine Entschliessung in folgenden Worten:

„Ich habe meine Entschliessung gefasst in Uebereinstimmung mit dem beigefügten Antrage und befehle, dass vorläufig darüber das grösste Geheimniss bewahrt werde, indem dieses meinem Dienste angemessen ist.“

Diese königliche Entschliessung wurde in den Cortes in der Sitzung vom 30. October verlesen und unmittelbar darauf das königliche Dekret verkündet, was ihrer Petition angefügt worden war.

„In Anbetracht Euerer Bitte und der Gutachten, welche über diesen Punkt eingeholt worden sind, antworte ich, dass den Mitgliedern meines Rathes befehlen werde, die pragmatische Sanction in den in solchen Fällen gebräuchlichen Rechtsformen auszufertigen.“ —

Die Deputirten versprachen das Geheimniss bis zur Publikation der Sanctio practica bei Eidespflicht zu bewahren,

und somit schlossen die Verhandlungen über die Aufhebung des Auto-acordado von 1713 und die Wiederherstellung des Gesetzes der Partidas. Alles was nach dem Spanischen Staatsrechte zur Aufhebung eines gültigen und zur Errichtung eines neuen Grundgesetzes erfordert wird, war mit gewissenhafter Genauigkeit beobachtet; keine, auch nicht die kleinste Förmlichkeit wurde übergangen, obgleich hierzu nach strengem Rechte nicht einmal eine rechtliche Nothwendigkeit vorlag, da die rechtliche Nichtigkeit und Unverbindlichkeit des Auto-acordado von 1713 sowohl in Bezug auf die Form der Errichtung als auch dem Inhalte nach von dem Könige, den Deputirten und den Prälaten unumwunden anerkannt worden war.

Nichts war noch übrig, als die allgemeine Publikation dieses Gesetzes, die öffentliche Verkündung der verheissenen Sanctio pragmatica. Es ist richtig, dass diese Verkündung unter der Regierung Carls IV., obgleich derselbe noch 18 Jahre nach diesem Acte auf dem Throne sass, nicht erfolgte.

Erst sein Sohn, König Ferdinand VII. liess dieses Gesetz am 29. März 1830 sechs Monate vor der Entbindung seiner vierten Gemahlin, zu einem Zeitpunkte, in welchem also noch völlig ungewiss war, ob ihm ein Sohn oder eine Tochter geboren werden würde, verkünden.

Man hat von dieser Verzögerung der Publikation Veranlassung genommen, die Gültigkeit der Wiederaufhebung des Auto-acordado und die Wiederherstellung der alten cognatischen Thronfolge in Zweifel zu ziehen. Man ist sogar so weit gegangen, dieses Gesetz als ein todtgebornes Project (projet mort-né) zu bezeichnen. Man hat zu verstehen gegeben, dass Carl IV. selbst, da ihm drei Söhne am Leben blieben und somit die Berufung der Herzogin von Brasilien und deren Descendenz auf den Spanischen Thron überflüssig und die Ver-

bindung der Portugiesischen und Spanischen Krone in weite Ferne hinaus gerückt sey, kein Interesse mehr an der Publikation dieses Gesetzes von 1789 gehabt habe.

Allein die Grundlosigkeit dieses Einwandes muss jedem Unbefangenen von selbst einleuchten. In keinem Staate, in welchem eine ständische oder constitutionelle Verfassung statt findet — und am wenigsten in Spanien — ist eine Zeit bestimmt, innerhalb welcher der Regent verpflichtet wäre, ein mit seinen Ständen zu Stande gebrachtes Gesetz zu publiciren, widrigenfalls die Zustimmung der Stände als nicht gegeben und die Publikationsbefugniss der Regierung als verjährt betrachtet werden dürfte. *) In keinem Staate, auch in Spanien nicht, besteht ein Gesetz, durch welches der Thronfolger verpflichtet wäre, über die Gesetze, welche sein Vorgänger bereits mit den Ständen verabschiedet hat, an deren Publikation er aber durch den Tod gehindert wurde, noch einmal zum Gegenstande ständischer Berathung zu machen. Gleichgültig ist dabei, ob die Gründe, aus welchen der Regent zuerst die ständische Zustimmung zu einem Gesetze einzuholen sich veranlasst fand, auch in späterer Zeit noch fortwirken, oder ob es neue und andere Gründe sind, welche ihn oder seinen Nachfolger später zur Publikation des Gesetzes bestimmen; gleichgültig ist diess, weil, wenn die Stände einmal ihre Einwilligung in das, was als Gesetz gelten soll, gegeben haben, die Frage, aus welchen subjektiven Gründen der Regent das bewilligte Gesetz zu verkünden sich bewogen findet, ausserhalb der Gränze

*) So hatte Philipp IV. ein auf die Thronfolge bezügliches Gesetz, welches wir oben p. 30 — 31 angeführt haben, schon im J. 1611 mit den Cortes errichtet und erst 1640 publicirt, ohne dass jemals aus dieser Verzögerung der öffentlichen Bekanntmachung ein Bedenken gegen die Gültigkeit des Gesetzes hergenommen worden ist.

der ständischen Wirksamkeit liegt und weil die Gründe, aus welchen die Stände in ein Gesetz willigten, schon ursprünglich ganz andere, als die Gründe gewesen seyn können, aus welchen der Regent es in Vorschlag bringen liess. Ueberdiess sagte die königliche Proposition mit keinem Worte, dass die Verbindung der Kronen von Portugall und Spanien der Zweck dieses Gesetzesvorschlages sey — eine Erklärung, welche bei der gegenseitigen Eifersucht der grossen Mächte sehr unklug gewesen seyn würde, wenn man auch wirklich damals diesen Plan am Spanischen Hofe in der Stille verfolgte. Die königliche Proposition hielt sich im Allgemeinen an die durch die Erfahrung bestätigten Vortheile, welche das Königreich von jeher aus der cognatischen Thronfolge gezogen habe; aus eben dieser allgemeinen Rücksicht übergaben die Cortes ihre Petition und eben dieselbe lenkte auch die Versammlung der Prälaten bei der Abgabe ihres Gutachtens. Ueberdiess hatte sich der König ausdrücklich die spätere Publikation des Gesetzes „wenn er es für seinen Dienst zweckmässig finde“ vorbehalten; es konnte daher auch nur bei ihm oder seinem Nachfolger stehen, den Zeitpunkt der Publikation mit Rücksicht auf das Interesse und die Wohlfarth des Staates zu bestimmen. Erwägt man hierbei noch, dass in demselben Jahre die Französische Revolution losbrach, und im Gefolge derselben die königliche Familie von Spanien in die äusserste Lage versetzt, ja eine Zeitlang sogar ihrer Freiheit beraubt worden ist, so erklärt sich leicht, warum die Publication des Gesetzes von 1789 so lange Verzögerung erleiden konnte.

Ueberdies müssen auch hier wieder die Eigenthümlichkeiten der damaligen Spanischen Verfassung erwogen werden. Die Gesetze, welche der König mit den Cortes errichtete, trugen alle den Character eines Vertrages, den der König mit der Nation in der Person ihrer Vertreter schliesst.

Hat der König den Cortes seine Zustimmung zu ihrer Petition bekannt gemacht, so ist hiermit der Vertrag perfect und für beide Theile bindend, allein auch zugleich hiermit alle Theilnahme der Cortes an der Gesetzgebung beendet. *) Die Promulgation des vereinbarten Gesetzes ist nur noch ein von der Errichtung eines Gesetzes völlig getrennter Act der Verwaltung, (acte administratif) den der König allein anordnet und allein anzuordnen das Recht hat. Der König ertheilt hierzu den Befehl an seinen Rath, wie dies auch die Formel zeigt, in welche die zustimmende Antwort des Königs auf die Petition der Cortes eingekleidet ist. **) Wenn daher Ferdinand VII. im J. 1830 dem königlichen Rathe befahl, die im Jahr 1789 zwischen seinem Vater und Regierungsvorgänger und den Cortes mit Beobachtung aller gesetzlichen Förmlichkeiten vereinbarte Pragmatische Sanction auszufertigen, so befand sich derselbe nicht nur in seinem vollen, gleichfalls durch ein entschiedenes Staatsherkommen ***) so wie in der Natur der Sache begründe-

*) Das Spanische Recht unterscheidet: a) die officiële Publication; diese geschieht bei einem Gesetze, welches von der Autorität des Königs allein ausgeht, in dem höchsten Rathscollégium; wo aber das Gesetz mit den Cortes vereinbart wurde, in den Cortes durch Verlesung der königlichen Zustimmung, wie dies hier am 30. Octob. 1789 geschehen ist; — b) die allgemeine Publication, wodurch das mit der officiellen Publication vollkommen errichtete Gesetz zur allgemeinen Kenntniss des Landes gebracht wird. Nur diese letztere, welche nur eine äussere Solennität ist, war hier suspendirt.

**) Sieh oben p. 85. Dieser Formel bedienten sich die Könige von Spanien schon seit mehr als 400 Jahren, wie man aus der Ansicht der Recopilacion der Gesetze von Castilien ersehen kann, welche unter Philipp II. veranstaltet wurde.

***) Die berühmten Gesetze der Partidas und des Fuero Real sind

ten Rechte als König, sondern erfüllte zugleich nur als Regierungsnachfolger die von seinem königlichen Vater gegen die Cortes eingegangene Verpflichtung, das alte Herkommen der Spanischen Monarchie in Bezug auf die Thronfolge neuerdings in grundgesetzlicher Form auszusprechen und war dabei an keine weiteren Formen gebunden, als an diejenigen, welche bei der Ausfertigung solcher königlicher Erlasse noch zu beobachten sind, wofür der königliche Rath zu sorgen hat, zu dessen Funktionen diese Ausfertigung gehört. Wenn man daher die Behauptung aufstellen gesehen hat, dass Ferdinand VII. im März 1830 eigenmächtig, ohne Beobachtung der gesetzlichen Formen, das Auto-acordado von 1713 aufgehoben habe — während er nichts that, als dass er ein von seinem Thronvorgänger mit den Cortes in legitimer Form vereinbartes und errichtetes Gesetz publicirte so kann man| nur| über die unglaubliche Unkenntniss aller hier urkundlich nachgewiesenen thatsächlichen Verhältnisse erstaunen, wenn man nicht an eine absichtliche Entstellung der Wahrheit glauben will.

Man hat aber gegen die Gültigkeit der Aufhebung des Auto-acordado im Jahr 1789 noch insbesondere den Einwand geltend zu machen versucht, dass damals, als diese Aufhebung durch den König Carl IV. und die Cortes beschlossen wurde, Don Carlos bereits geboren gewesen sey, und daher bereits aus dem Auto-acordado vom Jahr 1713 erworbene Rechte auf die Thronfolge gehabt habe, welche ihm keine Macht dieser Erde mehr habe entreissen können.

Man erkennet sogleich bei dem ersten Anblicke, dass die-

gleichfalls nicht bei dem Leben der Könige publicirt worden, unter welchen sie verfasst wurden, und noch ist es Niemanden beigefallen, hieraus einen Grund gegen die Gültigkeit dieser Gesetze abzuleiten. Siehe auch note oben *) pag. 87.

ses Argument, welches das hauptsächlichste, ja das einzige ist, durch welches die Prätensionen des Don Carlos gerechtfertigt werden wollen, auf der Voraussetzung beruht, dass das gedachte Auto-acordado ein wirklich gültiges und verbindliches, in wahrer Rechtskraft bestandenes Gesetz gewesen sey. Wir haben aber berei oben durch die Geschichte und die entscheidendesten Rechts-Gründe dargethan, dass das Auto-acordado ein durchaus formloser Act, eine wahre Nullität ist, welche weder Rechte aufheben, noch Rechte begründen konnte; und mit dieser einzigen Bemerkung wäre hiermit schon vollkommen entschieden, dass von erworbenen Rechten — oder wie man sich auszudrücken beliebt hat, von droits incarnés des Don Carlos in keiner Weise die Rede seyn kann. So lange daher noch nicht der Beweis geführt ist, dass das Auto-acordado vom Jahr 1713 ein legaler, rechtsverbindlicher und formrichtiger Act war — ein Beweis, welchen noch keiner der Vertheidiger des Don Carlos angetreten hat, sondern statt dessen sich dieselben nur auf bloße Behauptungen und Postulate beschränken — so lange ist das Hauptargument, durch welches die Legitimität der Ansprüche des Don Carlos gerechtfertigt werden will, völlig haltlos und irrelevant, weil es von einer nicht nur unerwiesenen, sondern sogar erwiesener Massen falschen Prämisse ausgehet.

Allein wir könnten sogar unsere Behauptung von der Nichtigkeit des Auto-acordado gänzlich fallen lassen; wir können sogar auf die (unrichtige) Voraussetzung eingehen, dass das Auto-acordado zur Zeit der Geburt des Don Carlos ein vollkommen gültiges Gesetz gewesen sey: demungeachtet würde aus diesem Zugeständnisse noch nicht gefolgert werden können, dass also Don Carlos ein solches angebornes und erworbenes ihm durch keine Autorität mehr entziehbares Recht auf die Thronfolge gehabt habe oder noch habe.

Wir haben schon oben 59 — 62 darauf hingewiesen, dass die Krone von Spanien kein Patrimonium des Königs oder der regierenden Familie in der Art ist, dass darüber der König durch eine Verordnung, sey sie ein Hausgesetz oder ein Testament einseitig und ohne Mitwirkung und Zustimmung der Cortes verfügen und Abänderungen in der Thronfolge treffen könnte *) — ein Grundsatz, welchen die Vertheidiger des Don Carlos ebensowohl, als wir anerkennen, indem sie bisher nie behauptet haben, dass Philipp V. eigenmächtig und allein die Thronfolge habe ändern können, sondern sie behaupten vielmehr im Gegentheile, dass die Thronfolgeordnung von Philipp V. darum gültig abgeändert worden, weil das Auto-acordado v. 1713 in gesetzlicher Form mit Zustimmung der Cortes erlassen worden sey. Stammt daher das Thronfolgerecht in Spanien nicht aus dem Eigenthum der regierenden Familie oder des Königs an dem Staate, stammt es nicht aus Hausgesetzen oder Testamenten, so kann es nur aus Grundgesetzen stammen, welche zwischen dem Könige und der Nation vertragsmässig errichtet sind. Und so verhält es sich auch mit der Thronfolge in Spanien. In der ältesten Periode wählte das Volk bei erledigtem Throne den neuen König frei und unbeschränkt. In der folgenden setzte die Nation durch ihre Cortes mit dem Könige die Ordnung der erblichen Thronfolge fest und darum kann der König, so sehr er ausserdem mit einer fast absoluten Gewalt bekleidet ist, in Bezug auf die Thronfolge wie auf die übrigen Grundgesetze nichts einseitig, d. h. nicht ohne Mitwirkung der Cortes verändern, und ist verpflichtet, die Beobachtung dieses Grundsatzes bei der Thronbesteigung eidlich

*) Man sehe Sempere et Guarinos historia de la legislacion lig. 4.

zu geloben.*) Eben aber desshalb, weil hiernach die Thronfolge lediglich auf G e s e t z e n beruht und durch G e s e t z e deferirt wird — und zwar durch Gesetze, bei deren Errichtung N i e - mand concurirte und Niemand concuriren konnte als der K ö - nig und die Nation durch ihre Cortes — so kann auch die Thronfolge wie jedes andere Gesetz — in Spanien, wenn die Wohlfarth des Staates einen solchen Act unabweislich gebiethet — durch den übereinstimmenden Willen des Königs und der Cortes als der einzigen F a c t o r e n des Gesetzes — wieder abgeändert werden. Das Spanische Thronfolgerecht kennt daher keine erworbenen und angeboren und unabänderlichen Rechte der Mitglieder der königlichen Familie auf die Thronfolge in dem Sinne, wie sie das Thronfolgerecht in Deutschland anerkennt und anerkennen muss, weil dieses in der Krone ein Patrimonium des Fürsten sieht; das Spanische Recht kennt nur unter der Voraussetzung Rechte welche ein Mitglied der königlichen Familie auf den dereinstigen Besitz der Krone behaupten kann, dass der regierende König und die Cortes nicht vor eintretender Thronerledigung in Erwägung obwaltender gebieterischer Rücksichten des öffentlichen Wohles eine unter den gegebenen Zeitverhältnissen nothwendige Aenderung in der Thronfolgeordnung beschlossen haben. Wird daher die Thronfolgeordnung in Spanien durch den Kö-

*) Marina Ensayo critico de legislacion. Tom. II. p. 66 69.

Nach einer älteren Terminologie (der des Hugo Grotius) nannte man solche Reiche, nach deren Verfassung der Souverän nicht unbedingt über die Thronfolge verfügen kann, *regna usufructuaria*, im Gegensatz der Patrimonialstaaten. Die Spanischen Publicisten gebrauchen ersteren Ausdruck noch zur Bezeichnung ihrer Regierungsform. Wir haben ihn hier vermieden, weil er nichts erklärt und leicht missverstanden werden kann.

nig mit Zustimmung der Cortes verändert, so kann sich also das Mitglied der königlichen Familie, welches hierdurch seine nahe Hoffnung auf den Besitz der Krone verliert — so schmerzlich ihm auch der Verlust dieser Aussicht seyn mag — nie über die Verletzung unabänderlicher erworbener Rechte beklagen und wird daher vergeblich den Rechtsgrundsatz für sich anrufen, dass Gesetze nicht ad praeterita zu ziehen seyen, und erworbene Rechte nicht aufheben könnten — eben weil nach dem Spanischen Rechte solche für die königlichen Prinzen dem Könige und den Cortes gegenüber*) gar nicht begründet sind. Auch diese Eigenthümlichkeit des Spanischen Rechtes, welche Vielen, die mit der Geschichte und der Verfassung dieses Landes weniger bekannt und nur an unsere deutschen Verhältnisse gewöhnt sind, als sehr auffallend und vielleicht als eine grosse Unbilligkeit und Härte erscheinen möchte, erklärt sich vollkommen und stellet sich als eine Nothwendigkeit, als eine unabweisliche Consequenz des öffentlichen Rechtes in Spanien dar, so wie man nur nicht übersieht, dass dort die Gewalt des Königs von Spanien in den Punkten, in welchen seine Macht eine gesetzliche Einschränkung findet, grundgesetzlich nur durch die Rechte der Nation und ihrer Cortes, nie aber durch Rechte seiner Familienglieder eingeschränkt ist.

*) D. h. im Verhältniss zu einem von dem Könige mit Beirath und Zustimmung der Cortes erlassenen Gesetze. Hieraus folgt aber zugleich, dass so lange ein solches Gesetz nicht erlassen ist, die Erbrechte der königlichen Prinzen dem Könige allein, oder den Cortes allein, oder der Nation, oder auswärtigen Mächten gegenüber, so fest gegründet sind, als es nur in irgend einem Patrimonialstaate der Fall seyn kann.

Es wäre jedoch sehr irrig, wenn man glauben würde, dass hierdurch das Erbrecht der Mitglieder der königlichen Familie in Spanien bedeutungslos oder precär und nur von Laune und Zufall abhängig wäre. Dies würde selbst dann nicht behauptet werden dürfen, wenn Spanien eine vollkommen absolute Monarchie wäre, wie z. B. Russland, dessen Staatsherrscher durch keine Stände beschränkt wird und also in seiner Person allein alle die Rechte vereinigt, welche in Spanien dem Könige mit seinen Cortes zustehen und der daher allein über die Thronfolge verfügen kann, und, wie noch die neueste Geschichte gezeigt hat, rechtsbeständig allein über die Thronfolgeordnung unter den Mitgliedern seiner Familie wirklich verfügt, ohne dass ihm eines derselben seine nähere Hoffnung zum Throne, als ein unabänderlich erworbenes Recht entgegensetzen dürfte. Allein gerade darin, dass der König von Spanien bei Vornahme einer Veränderung in der Thronfolgeordnung an die unerlässliche Mitwirkung und Zustimmung der Cortes gebunden ist, liegt auch zugleich eine wirksame Garantie gegen einen willkührlichen Angriff des Königs auf die Erbfolgerechte seiner Familienglieder. Eben dadurch, dass nach der Spanischen Verfassung die Erbfolgeordnung als Grundgesetz erklärt ist, stehet sie über der einseitigen Einwirkung des jeweiligen Königs und somit findet hier das Erbrecht der Mitglieder der königlichen Familie in der Anhänglichkeit der Nation und ihrer Cortes an das historische und grundgesetzliche Recht eine feste Bürgschaft dafür, dass eine Aenderung der Thronfolge nur bei dem Obwalten der dringenden und unabweislichsten Nothwendigkeit Platz greifen kann. So haben auch die Cortes von jeher das altspanische Thronsuccessionsprinzip — die cognatische Thronfolge treu bewahrt und die einzige Aenderung, welche hieran im Laufe so vieler Jahrhunderte während des Bestandes der Spanischen Mo-

narchie versucht worden ist — das formlose Auto-acordado Philipps V. — konnte wegen des voraussichtlichen Widerstandes der Cortes nur als ein Gewaltstreich, ohne Berathung und Zustimmung der Repräsentanten der Nation und somit nur als Verletzung der Grundgesetze der Monarchie unternommen werden.

Wir wollen aber überdiess den Grundsatz, dass das Spanische Staatsrecht keine erworbenen Rechte der königlichen Familienglieder in der Art kennt, dass dieselben nicht durch ein von dem jedesmaligen Könige mit den Cortes errichtetes Gesetz aufgehoben werden könnten, noch durch die Geschichte rechtfertigen, und Beispiele zum Beweise desselben anführen.

Alphons der Weise, welcher die Gesetze der Partidas verfassen liess, worin die cognatische Succession gesetzlich ausgesprochen wurde, hatte damals ganz so wie Carl IV. im Jahre 1789, zwei Söhne, Ferdinand (der ältere) und Sancho (der jüngere) *) und dessen ungeachtet wurde das Gesetz für gültig anerkannt, und von Don Alonso XI. dem Enkel von Alphonso dem Weisen und den Cortes von Alcala bestätigt, ohne dass im Entferntesten die Einholung einer besonderen Zustimmung der Mitglieder der königlichen Familie zu der Festsetzung der Thronfolgeordnung in gesetzlicher Form für nothwendig erachtet worden wäre. Als ferner im Jahr 1338 unter dem König Alphons XI. in den Cortes von Alcala das Repräsentationsrecht in der Thronfolge eingeführt wurde, d. h. der Vorzug der Descendeez des präsumtiven Thronfolgers, welcher vor dem Tode des Königs verstorben war, vor den übrigen (jüngeren) Söhnen und Brüdern des Königs, hatte der König Alphons XI. ebenfalls zwei Söhne

*) Vergl. Marina Ensayo critico tom. 2 pag. 90.

Alphonso und Bermudo *) und dessen ungeachtet dachte Niemand daran, hier von Kränkung erworbener Rechte zu sprechen, vielmehr bestand seit dieser Zeit das Repräsentationsrecht in voller Anerkennung und Anwendung. Wir wollen uns aber nicht länger bei älteren Beispielen verweilen und dadurch den Leser ermüden; wir wollen sogleich ein Beispiel aus der neuesten Zeit anführen, welches an sich allein genügen würde, die Richtigkeit unseres Satzes unumstösslich zu erweisen.

Als Philipp V. den Spanischen Thron bestieg, waren die Descendenten der mit dem Kaiser Leopold I. vermählten jüngeren Infantin Maria Anna unbezweifelt als zweite cognatische Linie zur Erbfolge in Spanien nach dem Abgange der Linie Philipps V. oder der älteren cognatischen Linie berechtigt — ja man weiss, dass diese jüngere (Oesterreichische) Linie sogar ein besseres Successionsrecht in Anspruch nehmen wollte, weil die ältere Infantin Maria Theresia auf die Thronfolge in Spanien für sich und ihre Descendenz Verzicht geleistet habe. Wir haben ferner gezeigt, dass keiner der auf dem Congresse zu Utrecht zu Stande gekommenen Friedensschlüsse, überhaupt kein Staatsvertrag mit einer der bisher feindlichen Mächte, Philipp V. die Nothwendigkeit aufgelegt hatte, das Haus Oesterreich von der eventuellen Thronfolge in Spanien auszuschliessen. Wir haben nachgewiesen, dass es nur der eigene Wille Philipps V. gewesen ist, der hier vielleicht nur auf Antrieb seines Grossvaters Ludwig XIV. handelte, dass diese Ausschliessung der Oesterreichischen Linie am 5. November 1712 den Cortes proponirt und nach ihrer beistimmenden Petition vom 9. November 1712 als Grundgesetz der Monarchie erklärt worden war. Und in dieser Oesterreichischen Linie standen damals ausser dem deutschen Kaiser Carl VI.

*) Vergl. Mariana historia de Espana zum J. 1338.

die Prinzessin Maria Josepha, geb. 1699, und die Prinzessin Marie Amalia, geb. 1701. Diesen wurden ihre angeborenen eventuellen Successionsrechte durch dieses Gesetz Philipps V. gerade so zerstört, wie die Hoffnungen, welche sich Don Carlos auf die unmittelbare Thronfolge nach dem damals noch gar nicht in Aussicht stehenden Ableben seines Bruders Ferdinand ohne männliche Descendenz auf die Thronfolge machen konnte, im J. 1789 durch die Vereinbarung seines Vaters Carl IV. mit den Cortes aufgehoben worden sind und noch hat Niemand darin, dass Philipp V. die ganze zweite Linie unbedingt und die dritte Savoy'sche Linie überdies zum Theile (im Weibsstamme) durch ein mit den Cortes errichtetes Gesetz von der Thronfolge ausschloss, eine Illegalität oder einen unbefugten Act erkennen wollen. Ob der Ausgeschlossene der Thronfolge um einen Grad näher oder entfernter steht, kann hier nicht entscheiden; die Rechtsfrage ist in beiden Fällen gleich. Sind unabänderliche Rechte vorhanden, so ist in einem, wie in dem anderen Falle die Ausschliessung nichtig; sind solche Rechte aber nicht vorhanden, sondern nach der Landesverfassung nur einfache eventuelle Successionsrechte gegeben, so kann in dem einen wie in dem anderen Falle nicht über Rechtsverletzung geklagt werden.

Die Vertheidiger der Ansprüche des Don Carlos sind selbst genöthigt, die Richtigkeit des Grundsatzes anzuerkennen, dass der König mit den Cortes die bestehende Successionsordnung ändern könne. Würden sie diesen Rechtsgrundsatz läugnen, so würden sie den rechtlichen Boden, auf welchen sie sich stellen wollen, unter ihren eigenen Füßen vernichten; denn wenn der König mit den Cortes diese Befugniss nicht hätte, so würde auch Philipp V. die Befugniss nicht gehabt haben, die cognatische Thronfolge durch sein Auto-acordado abzuschaffen und somit wären die Vertheidiger der gegentheiligen Ansicht gezwungen, die Rechtswidrigkeit und Nichtigkeit des Auto-acor-

dato und somit den gänzlichen Mangel jedes auch nur scheinbaren Rechtsgrundes für die Ansprüche des Don Carlos selbst anzuerkennen und auszusprechen. Demungeachtet wollen dieselben die Richtigkeit des schlagenden Dilemma, welches schon in dem Gutachten der Prälaten vom J. 1789 mit so vielem richtigen Tacte aufgestellt worden ist, nicht für treffend anerkennen. Sie suchen durch eine Einschränkung diese zermalmende Alternative zu umgehen, welche in der Art aufgestellt wurde: „entweder war Philipp V. befugt, das Auto-acordado zu erlassen und dadurch die bisherige Thronfolge zu verändern, und dann muss auch Carl IV. für berechtigt gehalten werden, mit Zustimmung der Cortes das Auto-acordado aufzuheben und die alte Thronfolgeordnung wieder einzuführen oder Philipp V. war nicht befugt, das Auto-acordado zu erlassen, so ist Carl IV. um so mehr befugt und verpflichtet, durch die Aufhebung und Nichtigkeitserklärung desselben das verletzte Recht wieder herzustellen.“

Gegen die Schlüssigkeit dieses Dilemma hat man nun vorgebracht, dass von dem einen Falle (dem des Königs Philipp V.) auf den andern (auf den des Königs Carl IV.) ein Schluss nicht zulässig sey, weil die Verhältnisse in beiden Fällen ganz verschieden gestaltet gewesen. Philipp V. habe frei über die Successionsordnung verfügen können, weil er der Stifter einer neuen Dynastie gewesen und keine jura quaesita verletzt habe: Carl IV. sey aber nur der Sechste seiner Linie gewesen, und überdies hätte damals schon Don Carlos erworbene Rechte gehabt.

Wir haben bereits nachgewiesen, dass von erworbenen Rechten eines königlichen Prinzen oder einer königlichen Prinzessin in Bezug auf die Thronfolge in Spanien, gegenüber der gesetzgebenden Gewalt des Königs und der Cortes, die Rede nicht seyn kann; dass aber, wenn davon die Rede seyn könnte,

und es nach der Spanischen Verfassung solche erworbene Rechte geben könnte, Philipp V. sowohl durch sein Auto-acordado vom 10. Mai 1713 die erworbenen Rechte von noch weit mehreren Personen, namentlich der ganzen Oesterreichischen Linie und dem Savoy'schen Weibsstamme verletzt haben würde. Ueberdiess hätte unter solcher Voraussetzung Philipp V. durch das Auto-acordado von 1713 noch weiter die erworbenen Rechte seiner eigenen künftigen weiblichen Descendenz verletzt, *) da auch diese nicht von ihm, sondern von den Gesetzen, welche ihn selbst beriefen und von ihren gemeinschaftlichen obersten Stammältern, welchen Philipp V. als Erbe auf dem Spanischen Throne folgte, ihre Successionsrechte abzuleiten befugt seyn würden.

Wir wollen daher uns nur einige Bemerkungen über die Behauptung erlauben, dass Philipp V. der Stifter einer neuen Dynastie gewesen sey. Ja man ist sogar so weit gegangen, zu behaupten, dass er den Spanischen Thron als Eroberer bestiegen habe, und sich daher wohl etwas mehr Freiheit in legislativer Beziehung habe herausnehmen dürfen, als ein König, der durch Erbfolge auf den Thron gelangt sey. Auch hier können wir nur die grosse Unwissenheit in Bezug auf alle historischen Thatsachen bemitleiden, wenn wir nicht vielleicht hier absichtliche Entstellung der bekanntesten, ja im eigentlichen Sinne notorischen Thatsachen annehmen wollen.

*) Wenn man einmal solche erworbene Rechte der Familienglieder annehmen will, welche nicht einmal durch ein vom Könige mit Beirath und Zustimmung der Cortes erlassenes Gesetz modificirt werden können, so muss man diese den noch nicht gebornen Mitgliedern so gut wie den bereits gebornen zuerkennen, da die Thronfolge bekanntlich eine *Singularsuccession* ist, und nicht dem letzten Besitzer, sondern dem ersten Erwerber succedirt wird.

Philipp V. bestieg den Spanischen Thron nicht als der Stifter einer neuen Dynastie, sondern als der Enkel einer Spanischen Infantin, der Donna Maria Theresia von Oesterreich: er bestieg den Thron kraft des Gesetzes der Partidas und seines hierdurch begründeten cognatischen Erbrechtes, dessen fortwährende Gültigkeit Carl II. in seinem Testamente ungeachtet der Renunciationen der Infantin proclamirt hatte. Wie kann man sich so sehr bloss geben, einen Thronfolger kraft cognatischen Successionsrechtes, den Stifter einer neuen Dynastie zu nennen? Wie kann man endlich sagen, dass Philipp V. als Eroberer den Thron von Spanien bestiegen — er, der bei seiner Ankunft in Spanien (1701) als Enkel einer Spanischen Infantin mit allgemeinem Jubel aufgenommen wurde und ruhig und ungehindert den Thron bestieg, welchen ihm die Feinde Frankreichs erst nachher durch den Beginn des sogen. Spanischen Successionskrieges entreissen wollten — er, dem die Cortes sofort als ihrem geborenen Könige huldigten und für den die Spanische Nation Jahre lang die grössten Drangsale des Krieges mit unbeschreiblicher Ausdauer und Grossherzigkeit getragen, für den die Waffen seines Volkes die Anerkennung von ganz Europa in dem Augenblicke erzwungen haben, als sein Grossvater, ausser Stande ihn zu unterstützen, bereits beschlossen hatte, ihn seinen Feinden aufzuopfern! Wahrlich eine Sache muss einen schwachen rechtlichen Boden haben, wenn sie nicht anders, als durch handgreifliche Entstellung der offenbarsten geschichtlichen Thatsachen vertheidigt werden kann. Es stehet aber hiernach unumstösslich fest, dass die Lage Philipps V. und Carls IV. sich in jeder Beziehung bei Errichtung ihrer Gesetze völlig gleich waren; dass also der letztere befugt war, dasselbe zu thun, was der erstere thun durfte. Nur der eine Unterschied findet statt, dass, wenn das Argument der Vertheidiger des Don Carlos richtig wäre,

und nur der Stifter einer neuen Dynastie Aenderungen an der Thronfolgeordnung machen dürfte — nothwendig das Auto-acordado Philipps V. als ein illegaler und nichtiger Act, als ein Act der Willkühr und des Despotismus betrachtet werden müsste, eben weil er nicht der Stifter einer neuen Dynastie, sondern der Erbe seines Grossonkels Carl II. war — dass aber sodann das Gesetz Carls IV. vom Jahr 1789, welches Ferdinand VII. im Jahr 1830 publicirte — erwiesen ein legaler und gültiger, durch Recht und Gewissen geforderter Act, ein Act der Gerechtigkeit war, indem hierdurch ein illegales und nichtiges Gesetz beseitigt und der alte verfassungsmässige Rechtszustand der Monarchie wieder hergestellt worden ist.

Somit sind es dieselben Argumente, mit welchen man die Ansprüche des Don Carlos auf den Spanischen Thron zu rechtfertigen versucht hat, durch die sich die Nichtigkeit dieser Ansprüche in ihrer vollen Blösse darstellt, so wie man sich nur die geringe Mühe nehmen will, die historischen Irrthümer aufzuklären und nachzuweisen, welche die Prämissen jener Argumentation bilden mussten.

Man hat aber endlich auch noch, um die Ungültigkeit der Wiederaufhebung des Auto-acordado von 1713 durch das von Carl IV. 1789 mit den Cortes errichtete und 1830 von Ferdinand VII. promulgirte Gesetz zu erweisen, angeführt, dass Carl IV. selbst im Jahr 1805, bei Veranstaltung eines neuen Abdruckes der Gesetze der Spanischen Monarchie unter dem Namen *Novissima recopilacion*, darin das Auto-acordado, welches bisher nicht in der Gesetzsammlung stand, *) habe aufneh-

*) Schon diese Angabe ist ungenau. Das Auto-acordado Philipps V. stand freilich nicht in der *Recopilacion Philipp's II.* und *Philipp's IV.*, und konnte darin nicht stehen, weil es spä-

men lassen, während darin das Gesetz vom Jahr 1789 nicht aufgenommen worden sey. Hieraus will nun gefolgert werden, dass Carl IV., indem er seine Unterschrift der Novissima recopilacion beifügte, selbst sein ursprüngliches Project, das Auto-acordado von 1713 aufzuheben, wieder aufgegeben und hierdurch das Decret vom Jahr 1789 selbst wieder ausser Kraft gesetzt habe.

Allein dieser Einwand ist so wenig gegründet, dass man kaum anders glauben kann, als dass er nur dazu erfunden wurde, die Ausländer irre zu führen, denen man keine Kenntniss der Spanischen Gesetzgebung zutraute.

Spanien hat seit der Gründung des Gothischen Reiches nur zwei allgemeine Gesetzbücher (Codices) gehabt, welche alle Zweige der Gesetzgebung umfassen, den Fuero Judzgo (die alte Lex Wisigothorum in Spanischer Sprache) aus dem VII. Jahrhundert und die Siete Partidas aus dem XIII. Jahrhundert, das Gesetzbuch des Königreichs Castilien. Ausser diesen beiden Hauptwerken hat es nie etwas Anderes gegeben, als einige Sammlungen in Bezug auf einzelne Rechtsheile und einzelne Gesetze, wie sie nach und nach von den Königen verkündet wurden. Schon zu den Zeiten Philipps II. war die Zahl dieser Gesetze und Sammlungen so sehr angewachsen, dass er sich bewogen fand, die Veranstaltung einer neuen Sammlung der bisher ergangenen Gesetze (nicht aber eines neuen Gesetzbuches oder Code) zu befehlen, welche den Namen Recopilacion de las leyes de Espana erhielt. Eine ähnliche Sammlung wurde unter Philipp IV. unter dem Namen Nueva recopilacion

ter ergangen war. Aber in die Gesetzsammlung Carl's III. stand es schon als Auto-acordado 5. tit. 7. lib. 5., und ist daher falsch, dass es zuerst unter Carl IV. in eine Gesetzsammlung aufgenommen worden sey.

gemacht. Am Anfange des gegenwärtigen Jahrhunderts war aber die Zahl der seit der Regierung Philipp's II. ergangenen Gesetze so ausserordentlich gross geworden, dass Carl IV. eine neue Sammlung aller dieser Gesetze befahl und diese ist es, welche die Bezeichnung als *Novissima recopilacion* führt. Diese Sammlung sollte lediglich dazu dienen, die zerstreuten Gesetze zusammenzustellen und sie zugänglich zu machen; hinsichtlich der verbindlichen Kraft dieser Gesetze sollte und wollte aber durch die Aufnahme in diese *Novissima recopilacion* durchaus keine Veränderung bewirkt werden. Es erhielt also kein Gesetz durch die Aufnahme in diese Sammlung eine verbindliche Kraft, wenn es diese nicht schon vorher hatte, noch wurde dadurch seine Wirksamkeit wieder hergestellt, wenn sie bereits aus irgend einem Grunde erloschen war. Umgekehrt verlor aber auch kein gültiges Gesetz seine Kraft dadurch, dass es in diese Sammlung nicht aufgenommen worden war. Obgleich diese Sammlung in sofern offiziell war, als der Sammler Don Juan de la Reguera, hierzu durch Carl IV. beauftragt war, so wurde ihr doch keine andere Autorität beigelegt, als dass man sich auf dieselbe berufen und der gelieferte Text in den Gerichten als richtig und mit den Originalien übereinstimmend betrachtet werden durfte. Der unwiderlegbarste Beweis hierfür liegt in dem Inhalte der Sammlung selbst. So finden sich in ihr Verordnungen aufgenommen über die alte Feudalmiliz, über Steuern und Abgaben des Mittelalters, welche heut zu Tage völlig unbekannt sind, über die Vorrechte der alten *Hjosdalgos* oder Adelichen, deren ganze Standesverfassung längst untergegangen war, über die Rechte des Hofes, hinsichtlich der Verpflegung des Hofstaates, so lange er noch keinen festen Sitz hatte, so wie auch die Verordnungen über die Maurische Bevölkerung, obgleich die letzten Mauren schon unter Philipp III. aus Spanien vertrieben worden wa-

ren und dergleichen andere längst erloschene Verhältnisse mehr. Marina, einer der berühmtesten Spanischen Rechts-Gelehrten, hat in seinem Werke *Juicio critico sobre la novissima recopilacion* Madrid 1820) gezeigt, dass sich mehr als zweihundert aufgehobene Gesetze in dieser Sammlung aufgenommen finden, und auf der anderen Seite noch eine beträchtliche Anzahl anderer noch practischer Gesetze aus jener Zeit, welche die Sammlung umfassen sollte, gar nicht in dieselbe aufgenommen worden ist.

Eine kritische Prüfung der fortwährenden Gültigkeit, eine Untersuchung der Ungültigkeit der aufzunehmenden Gesetze, lag ganz ausser dem Plane dieser Sammlung. Es kann daher auch nicht behauptet werden, dass die Aufnahme des Auto-acordado von 1713 in diese Sammlung, ohne dass dabei eine Erwähnung von dem abändernden Decrete 1789 geschah, einen Beweis dafür enthalte, dass Carl IV. letzteres Decret selbst abolirt habe. Nach den Grundsätzen der strengsten Logik dürfte hieraus nur soviel gefolgert werden, dass Carl IV. im J. 1805 es noch nicht für zweckmässig gefunden hatte, das bereits 1789 errichtete, das Auto-acordado von 1713 abrogierende Gesetz zu publiciren, dass er also einstweilen das Auto-acordado in der rechtlichen Wirkung, welche ihm an sich etwa beigelegt werden durfte, habe damals noch fortbestehen lassen; aber das folgt nicht daraus, dass er durch die Genehmigung dieses einstweiligen Fortbestehens auf sein königliches Recht verzichtet habe, das mit den Cortes von 1789 bereits errichtete derogatorische Gesetz zu publiciren, so wie es ihm der Zeit und den Umständen angemessen scheinen würde. Ueberdiess ist offenbar, dass Carl IV., dem aus politischen Gründen daran lag, dass die Aufhebung des Auto-acordado nicht vor der geeigneten Zeit bekannt würde, nicht die Weglassung desselben aus der neuen Sammlung verordnen konnte, da diess die öffentliche Erklärung

seiner Abschaffung und zwar um so mehr involvirt haben würde, als das Auto-acordado schon in die Gesetzsammlung Carl's III. aufgenommen war. Sonach konnte das Auto-acordado vom Jahr 1713 ohne Anstand von dem Sammler in die Novissima recopilacion aufgenommen werden, weil er den Auftrag hatte, alle publicirten Gesetze zusammenzustellen; das Decret von 1789 musste aber nothwendig fehlen, da es noch nicht publicirt war. Aus diesem Fehlen in der Novissima recopilacion kann aber endlich eine stillschweigende Abschaffung des Decretes von 1789 um so weniger gefolgert werden, als der König, nachdem einmal ein Gesetz mit den Cortes errichtet ist, wohl die öffentliche Publication nach seinem Ermessen verzögern, nicht aber einseitig und ohne die Cortes das Gesetz selbst rückgängig machen und wieder aufheben kann.

Nachdem wir nun alle Einwendungen einzeln beleuchtet haben, welche man gegen das Decret von 1789 zu erheben versucht hat, wollen wir den Faden der Geschichte wieder aufnehmen.

Im Jahre 1808 hatte Napoleon den König Carl IV. von Spanien und den Thronfolger Ferdinand (VII.) in seine Gewalt bekommen und sie genöthigt, die Spanische Krone in seine Hände niederzulegen. Die französischen Heere ergossen sich über Spanien, die Nation war ihres angestammten Königshauses beraubt und stand allein und ohne Führer der grössten Macht des Continents entgegen. Nur eine provisorische Regierung, gebildet von Männern, denen das Gefühl für die Selbstständigkeit ihrer Nation und ihre Unabhängigkeit vom fremden Joche und die Treue gegen ihr angestammtes Königshaus den Muth gab, allen Schrecken der Uebermacht zu trotzen, leitete unter dem Namen Ferdinands VII. den Kampf der Verzweiflung. Noch war ein Mitglied der königlich Spanischen Familie der Gewalt Napoleons entgangen — die Infantin Char-

lotte (Prinzessin von Portugal). Diese nahm nunmehr die Regentschaft in Anspruch — gestützt auf ihre eventuellen Successionsrechte und die Aufhebung des Auto-acordado, wovon ihr einige Kunde zugekommen war. Die provisorische Regierung fand sich hierdurch veranlasst, eine förmliche Untersuchung hierüber zu veranstalten, da ihr alle Documente abgingen und die Archive von Madrid nicht hatten fortgebracht werden können. Der Graf von Florida-Blanca, Präsident der provisorischen Regierung, derselbe, welcher im Jahre 1789 erster Minister Carls IV. gewesen war, mehrere Personen, welche in jenem Jahre Deputirte in den Cortes gewesen waren und andere Personen, welche damals die höchsten Staatsämter bekleidet hatten, wurden vernommen und erklärten einhellig, dass das Auto-acordado damals abgeschafft, das Gesetz der Partidas wieder hergestellt und nur aus gewichtigen politischen Rücksichten die allgemeine Publication des neuen Gesetzes unterlassen worden sei. Die provisorische Regierung trug kein Bedenken, die Aufhebung des Auto-acordato vom J. 1713 als hierdurch vollkommen erwiesen, so wie auch die eventuellen Rechte der Prinzessin Charlotte als begründet zu betrachten; doch wurde es aus diplomatischen Rücksichten nicht für zweckmässig erfunden, die Infantin an die Spitze der schwankenden und gefahrvollen provisorischen Regierung zu stellen. Als aber die Nation anfang, in ihrem Heldenkampfe gegen den gemeinschaftlichen Feind der Souverainität aller Europäischen Monarchen grössere Fortschritte zu machen, als sie wieder in ihren Cortes zusammentrat (1812) und sich eine Verfassung gab, da wurde auch von den Cortes mit Einstimmigkeit das Recht der Frauen zur Thronfolge nach der regelmässigen Erbfolgeordnung ausgesprochen und als Grundgesetz in die neue Verfassung aufgenommen. Die Bestimmungen derselben lauten hierüber folgendermassen :

§. 174. „Das Königreich beider Spanien ist untheilbar. „Die Thronfolge geht nach Bekanntmachung der Constitution „blos in regelmässiger Ordnung nach der Erstgeburt und „Erbfolge auf die legitimen männlichen und weiblichen Descendenten der unten angegebenen Zweige über.“

§. 176. „Bei gleichem Verwandtschaftsgrade und in gleicher Linie gehen die männlichen Nachkommen immer den weiblichen und der Aeltere immer dem Jüngern vor, aber „die Frauen der näheren Linie oder des näheren Grades in „der nämlichen Linie haben den Vorzug vor den Männern eines entfernteren Zweiges oder Verwandtschaftsgrades.“

§. 10. „In Ermangelung Don Ferdinands VII. von „Bourbon folgen ihm seine rechtmässigen, sowohl männlichen „als weiblichen Descendenten. Fehlen diese, seine Brüder „und Schwestern etc. etc.“

Diese Constitution vom Jahre 1812 — zweimal verkündet *) und zweimal umgestossen und vielfach wegen ihrer allzusehr demokratischen und dem monarchischen Prinzipie gefährlichen Bestimmungen angefeindet, hat doch niemals wegen ihrer Bestimmungen über die Thronfolgeordnung eine Anfechtung erlitten, worin sie nichts Neues einführte, sondern fast wörtlich die Vorschrift der Siete Partidas wiederholt. Wenn gleich die Constitution von 1812 wegen der Beschränkungen, welche sie der monarchischen Gewalt anlegen wollte, in ihren politischen Bestimmungen nicht mehr als gültig besteht, so schien es doch nicht unzweckmässig, den Inhalt derselben hier anzuführen, um wenigstens durch dieselbe, wie durch ein der Geschichte angehöriges Monument zu beweisen, wie sehr die

*) Das Zweitemal im Jahre 1820, wo sie auch Don Carlos selbst beschworen hat.

Spanische Nation an dem Grundsatz der cognatischen Thronfolge festhängt, wie innig und unzertrennlich man denselben mit dem Glücke und der Wohlfahrt des Landes verflochten hält, wie tief er im Herzen des Volkes — als eine uralte nationale Institution Wurzel geschlagen hat — da die Nation zu jener Zeit, wo sie ohne König sich eine Verfassung gab, die alles überbot, was Europa noch von Einschränkungen der Monarchie gesehen hatte — wo es nur an ihr stand, der agnatischen Successionsordnung den Vorzug zu geben — dennoch mit unerschütterlicher Anhänglichkeit den Grundsatz der Siete Partidas unverändert in die neue Verfassung verpflanzte.

Allein an dieses historische Factum knüpfen sich auch noch sehr gewichtige publicistische und politische Betrachtungen. Ohne Zweifel war Ferdinand VII. bei seiner Rückkehr nach Spanien aus der französischen Gefangenschaft befugt, die von den Cortes zu Cadix im Jahr 1812 entworfene Constitution im Ganzen oder theilweise anzuerkennen. Ferdinand VII. verweigerte aber diese Anerkennung, als man sie von ihm ertrötzen zu wollen schien; er widerrief sie, nachdem man sie ihm im Jahr 1820 gewaltsam abgedrungen hatte. Folgt aber hieraus, dass Ferdinand VII. darum minder befugt war, hiernach zu der ganzen Verfassung oder einzelnen Theilen derselben seine Zustimmung zu geben, sobald es ihm gefiel, freiwillig zu gewähren, was sein Stolz sich nicht abzwängen lassen konnte? Würde man daher wagen dürfen zu sagen, Ferdinand VII. habe illegitim gehandelt, indem er einen Theil der Verfassung von 1812, und zwar gerade jenen Theil nachher frei und ungezwungen genehmigte, der keine neue politische Prinzipien, keine demokratischen der Monarchie gefährlichen Grundsätze aufstellte, sondern nur getreu das alte Recht der Monarchie wiedergab? Ferdinand VII. hat unmittelbar nach seiner Zurückkunft aus der Gefangenschaft er-

klärt, dass er die Neuerungen nicht anerkenne, die man in der Spanischen Verfassung einführen wolle — dass er diese so wieder herstellen wolle, wie sie vor der Constitution von Cadix bestanden habe. War Ferdinand VII. befugt, diese Erklärung zu geben, so hat er nur sein königliches Wort gelöst, indem er die Gültigkeit des Gesetzes der Partidas und die Ungültigkeit des Auto-acordado im Jahr 1830 verkünden liess — denn vor der Constitution von Cadix war schon längst (1789) dieses Auto-acordado wieder gesetzlich ausser Kraft gesetzt, und das gültige Grundgesetz vor dem J. 1812 waren allein die Gesetze der Partidas!

Wir wollen aber das Verfahren Ferdinands VII. vor und bei der Verkündung der Aufhebung des Auto-acordado genau darstellen und schildern, besonders aus dem Grunde, weil es einer der am meisten und besonders in Deutschland — und wie es fast scheinen möchte, absichtlich verbreiteten Irrthümer ist, als wenn Ferdinand VII. erst durch sein Testament das Auto-acordado von 1713 für aufgehoben erklärt und die cognatische Thronfolge wieder hergestellt hätte und diese testamentarische und einseitige Verfügung der einzige Rechtstitel seiner Tochter, der Königin Isabella, wäre.

Als Ferdinand VII. den Thron bestieg, fand er bereits ein Gesetz vollständig durch seinen Vater Carl IV. in vollkommen gesetzlicher Form mit Beirath und Zustimmung der Cortes errichtet und durch die Königliche Gewalt bereits sanctionirt und in den Cortes am 30. October 1789 promulgirt, so dass nur noch die allgemeine Verkündung abging, welche aus politischen Gründen mit Zustimmung der Cortes ausgesetzt worden war und deren Zeit allein der König nach seinem souverainen Willen und Ermessen zu bestimmen befugt war. Jene politischen Gründe waren nicht mehr vorhanden. Ferdinand VII. der legitime Thronfolger seines königlichen Va-

ters, und als solcher der Erbe aller seiner souverainen Rechte, liess nun das Gesetz, dessen Verkündung hier sogar durch eine Stipulation mit den Cortes dem Könige vorbehalten war, in der Form einer Pragmatik publiciren, genau so wie es durch die Verhandlungen in den Cortes von 1789 bestimmt worden war. Zur Erfüllung dieser letzteren Solennität liess der König Ferdinand VII. das Gesetz, welches bisher versiegelt in dem obersten Staatssecretariat mit der Aufschrift: „Vorbehalten dem Könige, unserem Herrn“ aufbewahrt worden war, dem obersten Rathe von Castilien vorlegen und dieser, der hieran kein juristisches Bedenken fand, fertigte die Pragmatik aus und publicirte sie. In dieser Pragmatik verordnete der König Ferdinand VII. nichts weiter, als die Beobachtung und Befolgung des Gesetzes, welches der Thron und die Nation in voller Uebereinstimmung im Jahr 1789 mit Beobachtung aller gesetzlichen Förmlichkeiten errichtet hatten.

Etwas Anderes war nicht mehr zu thun übrig gewesen. Die Zustimmung der Cortes, die Sanction des Königs, war längst gegeben; es war Niemand mehr vorhanden, der noch um seine Meinung, sein Gutachten zu befragen gewesen wäre — Niemand, dessen Widerspruch nach der Spanischen Verfassung zu beachten gewesen wäre. König Ferdinand VII. hat an dem Gesetze, welches Carl IV. mit den Cortes im J. 1789 errichtet hatte, nichts verändert, nichts zugesetzt, nichts hinweggelassen — er hat nichts gethan, als die Publication eines gültig errichteten Gesetzes seines Vorgängers angeordnet — und hierbei waren weiter keine Solennitäten zu beobachten, als jene der Ausfertigung, welche auch, wie wir oben angegeben haben, genau erfüllt worden sind.

Etwas anderes, als die Anordnung der feierlichen Verkündigung des Gesetzes vom Jahr 1789, welche am 29. März 1830

statt fand, ist aber auch von Ferdinand VII. in Bezug auf die Thronfolgeordnung nie geschehen. Er gab weder seiner Tochter — welche damals noch nicht einmal geboren war — durch seine Eigenmacht noch durch sein Testament ein neues Recht, noch entzog er einsolches seinem Bruder Don Carlos; er verkündete nur ein Gesetz, welches unter seinem Vorgänger auf dem Throne und den Cortes vertragsmässig errichtet worden war — er erfüllte hiermit nur den Willen seines königlichen Vaters, der zu einer Zeit ausgesprochen worden war, wo Niemand erwarten konnte, dass sein Sohn und Thronfolger Ferdinand VII. ohne männliche Descendenten versterben würde — er erfüllte nur die Verpflichtung, welche sein Vater Carl IV. der Nation gegenüber eingegangen hatte, als er im J. 1789 den Cortes auf ihre Bitte die Zusicherung gab, dass das alte Thronfolgegesetz der Partidas wieder in seiner vollen Reinheit hergestellt werden sollte.

Dieses Gesetz war somit in der ganzen Monarchie verkündet worden, ohne dass irgend jemand — selbst Don Carlos nicht *) — damals dagegen protestirte noch eine Reclamation machen liess.

*) Erst 1833 im April reichte Don Carlos eine sehr ehrerbietige Protestation bei seinem Bruder, dem Könige Ferdinand VII. ein. Man hat die späte Uebergabe dieser Protestation dadurch entschuldigen wollen, dass man bemerklich machte, dass zur Zeit der Publication des Gesetzes und so lange noch nicht gewiss war, ob ein Prinz oder eine Prinzessin geboren werden würde, eine Protestation ohne Gegenstand gewesen seyn würde. Es ist aber nicht nöthig, darauf irgend ein Gewicht zu legen. Protestationen haben bekanntlich nur da einen Werth, wo der Protestirende wirklich ein Recht hat und wo ein solches vorhanden ist, kann auch die Unterlassung einer Protestation nichts schaden, namentlich nicht in Fällen, wie der vorliegende, für

Man weiss, dass Ferdinand VII. später (am 21. Sept. 1832) einen Act unterzeichnet hat, wodurch diese Publikation widerrufen wurde.

Man weiss aber auch und es ist notorisch — welche Mittel des furchtbarsten moralischen, ja man dürfte fast sagen, des physischen Zwanges gegen den König von einer gewissen Parthei angewandt worden sind, um diese Unterschrift von ihm in einem Augenblicke zu erpressen, in welchem er krank und dem Tode nahe — in einem solchen dem Todeskampfe gleichen Zustande lag, dass in jeder Minute sein Ableben erwartet wurde und der König nicht einmal mehr fähig war, seinen Namen mit den gewohnten Schriftzügen zu unterzeichnen. *)

Welchen grösseren Beweis kann man für die Gültigkeit des Gesetzes von 1789 noch verlangen, als gerade diese ungeheure Wichtigkeit, welche die Gegner der Königin Isabella auf den Widerruf seiner Publikation legten, so dass sie um diesen zu erlangen, sich selbst nicht scheuten, sich mit dem Verbrechen der Gewaltthat an der geheiligten Person des sterbenden Königs zu belasten! Doch der Himmel liess sie die Früchte dieser empörenden schmachvollen That nicht erreichen! Die Gesundheit des Königs besserte sich wider Erwarten. Der König kehrte von S. Ildefonso im Okt. 1832 wieder nach Madrid zurück und wurde so weit wieder hergestellt, dass er am letzten Tage des Dezembers desselben Jahres in Gegenwart und feierlicher Versammlung der sämtlichen hohen Würdenträger des Staates und seines Hofes den Thron bestieg und dem Justizminister Francisco Fernandez

welche ohnehin keine Frist zur Einreichung der Verwahrung in den Gesetzen bestimmt ist —

*) Die Unterschrift auf dem Original ist fast ganz unleserlich.

del Pino einen von seiner eigenen königlichen Hand geschriebenen Act*) übergab und laut zu verlesen befahl, worin er erklärt: „wie er in einem Zustande des schmerzlichsten Todeskampfes, unfähig zu prüfen und zu wählen, durch falsche schreckende Vorspiegelungen pflichtvergessener Unterthanen dahin gebracht worden sey, die Pragmatik**) vom 29. März 1830 zu widerrufen: er erklärt nunmehr frei und ungezwungen und bei klarer Einsicht in die Täuschungen, in welche man ihn versetzt hat, feierlich den Widerruf seiner Pragmatik für nichtig und kraftlos und im Widerspruche mit den Grundgesetzen der Monarchie und seinen Pflichten als König und als Vater.“***)

Somit war die Gültigkeit der Pragmatik und die Herrschaft des Gesetzes von 1789 und der althergebrachten grundgesetzlichen cognatischen Thronfolge glücklich wieder hergestellt und das Verbrechen entlarvt, das schon seines Sieges gewiss

*) Dieses interessante Actenstück findet sich in dem Memoire des Herrn v. Zea als Anhang abgedruckt.

**) Nur den Widerruf der Pragmatik hatte man von Ferdinand VII. erpresst, nicht den Widerruf des Gesetzes von 1789 selbst. Denn nur die Pragmatik, d. h. die Publication desselben, war von Ferdinand VII. ausgegangen und ihm zugestanden. Das Gesetz selbst stand als ein von Carl IV. und den Cortes abgeschlossenes Factum völlig ausser der Einwirkung Ferdinands selbst.

***) Man übersehe nicht, dass da, wo die Verfassung wie in Spanien, die Töchter unmittelbar nach dem Vater in Ermangelung von Söhnen zum Thron ruft, der Ausschluss der Tochter nichts anderes als eine Enterbung ist, welche selbst das bürgerliche Gesetz nur in dem Falle dem Vater verstattet, wenn sich das Kind seines Erbrechtes unwürdig gemacht hat.

zu seyn glaubte. Um auch nicht das Mindeste zu versäumen, was in Spanien hinsichtlich der Thronfolge Gebrauch und Herkommen war, berief Ferdinand VII. noch die allgemeinen Cortes, versehen mit den erforderlichen Vollmachten nach Madrid und diese erkannten mit Beobachtung aller hergebrachten Formen die Infantin Isabella als Prinzessin von Asturien und leisteten ihr den Huldigungseid als unmittelbarer Thronerbin und Königin im Falle des Ablebens ihres Vaters Ferdinand VII. (den 22. Juni 1833).

Drei Monate nachher starb König Ferdinand VII., ohne in seinem Testamente auch nur mit einem Worte die Frage wegen der Thronfolge berührt zu haben und die Infantin, Prinzessin von Asturien, bestieg sofort den Thron unter dem Namen als Königin Isabella II.

Hiermit schliesset die Geschichte des cognatischen Successionsrechtes in Spanien. Wir haben seine Gültigkeit und seine praktische Anwendung in allen Epochen der Monarchie gezeigt, wir haben seine grundgesetzliche Eigenschaft nachgewiesen, die durch das Auto-acordado von 1713 kaum für einen Augenblick bedroht, nie aber aufgehoben werden konnte. Wir haben gezeigt, dass in Spaniens Geschichte noch nie ein Fall vorgekommen ist, in welchem nach den Grundsätzen das Auto-acordado succedirt worden wäre *): wir haben aber gesehen,

*) Es ist sonderbar zu lesen, wie die Verfechter der Ansprüche des Don Carlos, um eine Art von historischem Boden zu affectiren, geltend machen wollen, dass das Auto-acordado schon 126 Jahre alt sey. Das Alter ist bei Gesetzen nur dann von Bedeutung, wenn nachgewiesen wird, dass während dieses Zeitraumes das Gesetz fortwährend und wiederholt zur Anwendung

wie Spaniens Grösse, sein Glück und sein Ruhm durch die cognatische Succession bedingt waren und dadurch allein das in viele einzelne schwache kleine Königreiche zerstückelte Land bis zum weltherrschenden Staate emporstieg. Wir haben uns bemüht, das wahre Recht ohne Partheilichkeit und ohne Leidenschaft zu zeigen und die Irrthümer zu entlarven, in welche man seit einer Reihe von Jahren die einfachsten Wahrheiten künstlich zu hüllen gewusst hat. Wir haben genau und streng geprüft, aber wir haben keinen haltbaren Rechtsgrund entdecken können, durch welchen die behauptete Legitimität des Don Carlos begründet werden könnte — wohl aber haben wir in dem, was für diese Seite vorgebracht worden ist, eine eigenthümliche Mischung historischer Unrichtigkeiten und trügerischer Schlüsse erkannt und nachzuweisen vermocht. Dagegen ist uns kein Einwand gegen die Legitimität der Königin Isabella vorgekommen, welcher auch nur mit einigem Scheine Rechtens vorgebracht werden konnte — wohl aber haben wir auf dieser Seite die Geschichte, das Herkommen und die Grund-

gekommen ist. Lässt sich aber, wie hier, auch nicht einmal ein einziger Fall der Anwendung nachweisen, so möchte, je längere Zeit seit der Abfassung des Gesetzes verflossen ist, desto mehr dafür vermuthet werden dürfen, dass es in Vergessenheit gerathen und unpractisch geworden ist. Uebrigens wird gar nicht gesonnen, auf diese letztgedachte Vermuthung einiges Gewicht zu legen. Wir wissen nämlich recht wohl und haben es bereits mehrfach angedeutet, dass seit der Erlassung des Autoacordado bis zum Jahr 1833 noch gar kein Fall eingetreten war, in welchem es hätte zur Anwendung gebracht werden können. Auch sind wir nicht geneigt, uns dem Vorwurfe auszusetzen, den wir selbst im Verlaufe dieser Abhandlung den Vertheidigern gegentheiliger Ansichten so oft zu machen genöthiget waren — nämlich dem, mit halb wahren Gründen unsere Meinung vertheidiget zu haben.

gesetze der Monarchie — d. h. die sämmtlichen Quellen, durch welche das göttliche Recht zu den Menschen spricht — ihre unumstösslichen Zeugnisse für das wohlbegründete Recht und die Legitimität der Königin Isabella II. niederlegen gesehen.

Uebrigens war unser Zweck rein wissenschaftlicher Natur. Wir haben es aber für Pflicht gehalten, die Resultate unserer Forschung nicht zurückzuhalten, da die Verschiedenheit der staatsrechtlichen Grundverhältnisse in Deutschland von denen der Spanischen Monarchie nur zu leicht auch dem unbefangenen und rechtliebenden Denker über Verhältnisse von Europäischer Wichtigkeit einen unrichtigen Maasstab zur Beurtheilung der ausländischen Verhältnisse an die Hand geben kann. Unserem Vorsatze treu, nur eine rechtliche Entwicklung zu veranstalten, haben wir alle Fragen der Politik durchgängig vermieden. Wir glauben aber auch durch unsere Ausführung nachgewiesen zu haben, dass die Entscheidung der Legitimitätsfrage in Spanien von der Politik ganz unabhängig ist. Uebrigens vermögen wir keineswegs, wie von mancher Seite hervorgehoben worden ist, in der Thronbesteigung einer jungen Königin in Spanien ein Unglück oder ein Ereigniss zu sehen, wodurch der Europäische Friede gefährdet werden könnte. Wir brauchen uns nicht erst als einen Anhänger Montesquieu's zu erklären, der in gewisser Beziehung die Regierung der Frauen für vortheilhafter für das Glück, die Grösse und den Ruhm einer Nation erklärte als die der Männer: wir haben nicht nothwendig, allbekannte Thatsachen zurückzurufen, und an die Regierung einer Elisabeth in England, einer Katharina in Russland und einer Maria Theresia in Oesterreich zu erinnern. Wir wollen nur auf das einzige Factum verweisen, dass in England, einem Staate, dessen hohe politische Bedeutung selbst seine entschiedensten Gegner anerkennen werden, dieselbe cognati-

sche Successionsordnung grundgesetzlich und durch Herkommen genau ebenso wie in Spanien besteht — dass auch hier vor Kurzem eine jugendliche Königin den Thron bestieg, ohne dass einer der Brüder ihres Vaters sich befugt gehalten hätte, sich gegen die geheiligten Grundgesetze seines Vaterlandes aufzulehnen und das Recht des Stärkeren unter der Maske der Legitimität gegen die Tochter seines Bruders anzurufen — und während ganz Europa das gewichtige Scepter Englands durch cognatische Erbfolge in die zarte Hand seiner jungfräulichen Königin übergehen sah, hat noch Niemand gewagt, hieraus eine Störung des Europäischen Friedens zu prophezeien.

England und Spanien, so entgegengesetzt auch ihre politischen Einrichtungen sind, so verschieden auch der ganze Charakter dieser beiden Nationen ist, haben dennoch dieselben Grundsätze in Bezug auf ihre Thronfolge gemein — was nichts anders als die Folge davon ist, dass beide mächtigen Reiche aus der Verschmelzung einer Masse kleiner Königreiche allmählig zu ihrer politischen Grösse emporgestiegen sind. Dieselbe geschichtliche Grundlage hat in beiden Ländern dieselben Wirkungen hervorgerufen und bei beiden Völkern ein mit ihrer politischen Selbstständigkeit enge verwachsenes Recht begründet. An diesem historischen, an diesem nationalen Rechte rütteln, heisst das Prinzip der Legitimität selbst vernichten.

Wir legen hiermit die Feder nieder. Vertrauend auf die Weisheit der Kabinette, vertrauend auf das Gefühl der erleuchteten Herrscher der Europäischen Staaten für Völkerglück und Menschenwohl, glauben wir den Augenblick als nicht mehr sehr ferne bezeichnen zu dürfen, wo ein Rechtsspruch der grossen Völkerfürsten, die schon mehr als einmal zum Schutze des bedrängten Rechtes sich zu einem heiligen Bunde vereinten, dem menschenmordenden Bruderkriege in dem unglücklichen

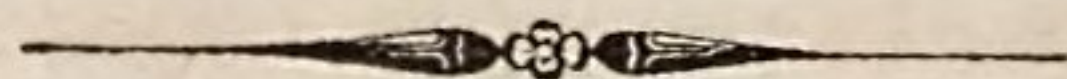
und doch von der Natur so reich begabten, einer so herrlichen Erhebung fähigen Spanien ein längst von der Menschlichkeit ersehntes Ziel setzen werden.

Wir wollen hier nicht noch andere Sympathien anregen, als die des Rechtes und der Gesetzlichkeit. Nur daran wollen wir Deutschland — nur daran wollen wir Europa erinnern, dass es nur eine alte Schuld abträgt, wenn es Spanien den innern Frieden zurückgibt, den dieses Land durch immer wachsende, mit immer grösserer Erbitterung geführte Partheikämpfe zerrissen — nicht mehr aus eigener Kraft zu erringen vermag! Ist es wohl nöthig, dass wir hier das in das Gedächtniss zurückzurufen, was Spanien in jener Zeit (1808—1814) für die Selbstständigkeit, für die Unabhängigkeit der Throne und der Nationen geleistet hat, als fast der ganze Continent sich schon dem Joch des gewaltigsten Despoten beugte, den je ein verhängnissvolles Factum hervorgerufen hatte — eines Despoten, dessen zermalmende Hand bereits hinauf zum hohen Norden griff, während der Süden zertreten zu seinen Füßen lag? Hat man vergessen, was die Spanische Nation schon in jener Zeit, wo sich im übrigen Europa noch nicht einmal eine einzelne Stimme für die Behauptung der nationalen Unabhängigkeit unter den angestammten Herrschern erheben durfte, durch ihren unermüdlichen Heldenkampf für die Freiheit Europas geleistet hat — hat man vergessen, wie gewaltig Spaniens Gewicht in die Wagschaale fiel, als endlich der hohe Fürstenbund geschlossen wurde, der mit Begeisterung von den lange durch das fremde Joch entehrten Völker begrüsst — unter dem Schutze der Vorsehung die Gewaltherrschaft zertrümmerte und die mit schweren Opfern erkämpfte nationale Selbstständigkeit der Völker und die Souverainität ihrer Fürsten durch die Verkündung des Grundsatzes der Legitimität neu verbürgte! Nein — dieses Land, dieses Spanien, das in dem glorreichen Kampfe für Un-

abhängigkeit und Legitimität dem ganzen übrigen Europa voranleuchtete — das in dem unerschütterlichen Festhalten an seinen Grundgesetzen und an seinem Königshause die Stütze jenes ritterlichen Muthes fand, der zuerst Europa die Möglichkeit des Sieges über die kampfgeübten Heere des französischen Kaiserreiches zeigte — dieses Land hat einen wohl erworbenen Anspruch auf die Dankbarkeit von Europa — es hat ein Recht, zu verlangen, dass ihm das Gesetz nicht entrissen werde, welches von jeher die Grundlage seiner politischen Existenz gebildet — für welches es unendliches Unheil erduldet und den blutigsten Kampf gegen den gemeinschaftlichen Feind aller Souveraine Europas gekämpft hat — ein Grundgesetz, dessen unerschütterliche Heiligachtung und Anerkennung bei der Spanischen Nation dem Hause der Bourbonen, dem Könige Ferdinand VII., allein noch die Rückkehr auf den verlorenen Thron verbürgen konnte, als das gesammte übrige Europa zu schwach gewesen war, sein legitimes Recht gegen den Angriff der Usurpation zu schützen!

Es wäre trostlos, ein solches Land, ein solches Volk, das selbst in seiner gegenwärtigen Verwilderung uns durch den Heldensinn seiner Kämpfer auf beiden Seiten zur Bewunderung zwingt, tiefer und tiefer in den Strom der Anarchie versinken und der Auflösung aller sittlichen und socialen Bande entgegenstürzen zu sehen. Ein solches Schicksal würde für den Continent, dem es so leicht gewesen, dem unglücklichen Staate die hülfreiche Hand zu reichen, ein untilgbarer Vorwurf bleiben, und leicht könnte dem übrigen Europa eine rächende Nemesis daraus erwachsen, dass man ohne Hülfe Spaniens legitime Regierung dem Kampfe unversöhnlicher Partheien zum Opfer fallen liess. Seit der Zeit der Carolinger, ja schon der römischen Cäsaren, galt das Recht, Waisen und Unmündige zu schützen,

als das schönste Vorrecht der Könige — und diesen Schutz, diese Vertheidigung des schwergekränkten Rechtes — worauf der geringste Unterthan einen durch das göttliche Recht gegebenen Anspruch hat, werden Europas erhabene Herrscher der Königstochter — der legitimen Erbin des Spanischen Thrones sicher nicht versagen!



als das schwache Vordach der Könige — und diesen Schutz
diese Verbindung der abhängigen Hocher — voran
die geringen Tugenden von durch das göttliche Recht ge-
henne Ansehen hat, werden Tugenden erhabene Herrscher der
Souveränität — die Legitimation haben des spanischen
Thrones nicht nicht zugehen!

Es ist ein sehr interessantes und sehr interessantes
Buch, das ich Ihnen empfehlen möchte, und das ich
Ihnen gerne zu Lehen geben möchte.

Die in diesem Buche enthaltenen
Aufsätze sind von sehr verschiedenen
Verfassern verfasst, und sie
sind in sehr verschiedener
Weise verfasst.

Die in diesem Buche enthaltenen
Aufsätze sind von sehr verschiedenen
Verfassern verfasst, und sie
sind in sehr verschiedener
Weise verfasst.

Die in diesem Buche enthaltenen
Aufsätze sind von sehr verschiedenen
Verfassern verfasst, und sie
sind in sehr verschiedener
Weise verfasst.

Die in diesem Buche enthaltenen
Aufsätze sind von sehr verschiedenen
Verfassern verfasst, und sie
sind in sehr verschiedener
Weise verfasst.

Die in diesem Buche enthaltenen
Aufsätze sind von sehr verschiedenen
Verfassern verfasst, und sie
sind in sehr verschiedener
Weise verfasst.

Die in diesem Buche enthaltenen
Aufsätze sind von sehr verschiedenen
Verfassern verfasst, und sie
sind in sehr verschiedener
Weise verfasst.

Die in diesem Buche enthaltenen
Aufsätze sind von sehr verschiedenen
Verfassern verfasst, und sie
sind in sehr verschiedener
Weise verfasst.

Anhang

zur

Beleuchtung und Widerlegung

der bei

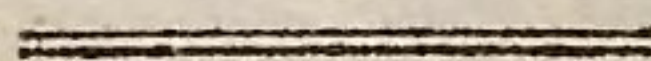
S. Schmerber in Frankfurt a. M.

erschienenen

SCHRIFT

über die

Spanische Successionsfrage.



A. H. H. H. H.

THE

Belichtung und Widerlegung.

der

S. Schmeider in Frankfurt a. M.

erschienen

SCHRIFFT

Spanische Successionsfrage.

Die anonyme kleine Schrift über die Spanische Successionsfrage, die so eben bei S. Schmerber in Frankfurt a. M. erschienen ist, hat insofern eine nicht zu verkennende Wichtigkeit, als sie sich durch eine sehr gewandte Darstellung auszeichnet, wodurch bald halbwahre Thatsachen mit blendenden Trugschlüssen verbunden, bald wahre Thatsachen übergangen und unberührt gelassen oder in einem falschen Lichte vorgestellt, bald falsche Voraussetzungen ohne gehörige Kritik als wahr angenommen worden sind. Obgleich wir in unserer vorstehenden Abhandlung bereits alle Beweise und Gründe für die Widerlegung der von dem ungenannten Verfasser vertheidigten Ansichten niedergelegt zu haben glauben, so halten wir uns doch verpflichtet einer Täuschung des minder sorgfältig prüfenden Publicums entgegenzutreten und diese durch eine eigenthümliche Mischung von Wahrem und Falschem merkwürdige literarische Erscheinung näher zu beleuchten, um die Argumente in ihrer vollen Blösse erscheinen zu lassen, mit welchen man eine ungerechte Sache gegen die Geschichte und die Gesetze zu vertheidigen gesucht hat. Vor Allem aber halten wir es für Pflicht, die factischen Irrthümer und Unrichtigkeiten aufzudecken, auf welchen die Dialectik des ungenannten Vertheidiger

gers der Ansprüche des Don Carlos fusset und mit deren Nachweisung sofort das künstliche Gebäude von Schlussfolgerungen zusammenstürzen muss, welches man aufzuführen sich genöthiget sah, um durch den Schein den Mangel des Rechtes zu verdecken.

Diese factischen Unrichtigkeiten sind so zahlreich und so stark, dass wir nichts anderes annehmen können, als dass dem Verfasser, dessen rechtliche Absicht wir nicht im Mindesten bezweifeln, theils keine authentischen Quellen zu Gebote standen, theils dass er nicht die Zeit gehabt hat, diejenigen Quellen, welche er hätte kennen sollen und müssen, mit der gehörigen Ruhe und Aufmerksamkeit zu durchgehen.

Wir wollen nunmehr die wesentlichsten Unrichtigkeiten, welche sich der ungenannte Verfasser in Bezug auf die Thatsachen hat zu Schulden kommen lassen, einzeln hervorheben.

I. Es ist unrichtig und irrig, wenn S. 4. gesagt wird, dass die beiden Schwestern des Königs Carl II. bei ihrer Verheirathung Verzichtleistungen auf die Spanische Thronfolge eingegangen hätten.

Nur allein die ältere Infantin Maria Theresia hatte vor ihrer Verheirathung mit König Ludwig XIV. von Frankreich eine solche Verzichtleistung ausgestellt: die jüngere Infantin, Margaretha Theresia, welche sich mit einem Agnaten ihres (des Oesterreichischen) Hauses, dem deutschen Kaiser Leopold I. vermählte, hat niemals eine solche Verzichtleistung weder für sich noch für ihre Descendenz eingegangen. Daher ist es ebenfalls unrichtig und irrig, wenn gesagt wird, dass man Letzteren ihren Verzicht bei der Eröffnung der Spanischen Thronfolge durch den Tod

Carls II. entgegengehalten habe. *) Der Verfasser verwechselt vermuthlich mit der Infantin Margaretha Theresia die Infantin Maria Anna, Tochter des Königs Philipp III., Gemahlin des Königs Ludwig XIII. von Frankreich: denn ausser dieser und der Infantin Maria Theresia, Gemahlin Ludwigs XIV. hatte in der damaligen Zeit noch keine Spanische Prinzessin auf ihr Successionsrecht verzichtet. Hätte der Verfasser nur etwas über diesen Punkt nachgedacht, so würde ihm nicht entgangen seyn, dass das Oesterreichische Haus seines eigenen Interesses wegen stets zu verhüten strebte, dass die Krone von Spanien an Frankreich übergehe und dass lediglich um diess zu verhindern, Verzichtleistungen von den Prinzessinen gefordert wurden, welche sich mit Französischen Prinzen vermählten: dass aber das Oesterreichisch-Spanische Haus nie den Uebergang der Spanischen Krone an das Oesterreichisch-Deutsche Haus zu fürchten hatte, weil sie sodann in derselben Familie blieb. Ja der Verfasser hat ganz übersehen, dass ein Verzicht der Infantin Margaretha Theresia in Bezug auf ihre Deszendenz völlig erfolglos gewesen wäre, weil ihre Kinder durch das Blut ihres Gemahles (Leopold I.) das von ihr aufgebene Erbrecht ipso jure wieder erlangt haben würden.

II. Es ist unrichtig und irrig, wenn der Verfasser S. 5. sagt, dass Philipp V. die Thronfolgeordnung in einem Zustande der Ungewissheit fand und es eine seiner ersten Regentenhandlungen seyn liess, diesem ein Ende zu machen.

Nicht das Thronfolgegesetz (die Thronfolgeordnung) war

*) Man vergl. über den Zustand der Rechtsfrage in der damaligen Zeit meine Abhandl. S. 38 fl.

damals zweifelhaft oder unsicher; die Gesetze der Partidas, die damals in anerkannter Wirksamkeit bestanden und auf welche gestützt Philipp V. den Thron in Anspruch nahm und bestieg, waren darüber ganz klar und deutlich. Streutig war nur allein die Gültigkeit des Verzichtes der Infantin Maria Theresia, der Grossmutter Philipps V., d. h. also nur die Gültigkeit eines Vertrages, wodurch etwas an den anerkannt grundgesetzlichen Bestimmungen der Siete Partidas in Bezug auf die Infantin Maria Theresia und deren Descendenz hatte geändert werden wollen. Philipp V. selbst vertheidigte daher die Gültigkeit der Vorschrift der Siete Partidas gegen Oesterreich, welches eine Modification desselben durch einen Vertrag behauptete. Ja sogar das Auto-acordado v. 10. Mai 1713, wodurch Philipp V. die Bestimmung der Siete Partidas aufheben wollte, zeigt deutlich, dass der Inhalt derselben nicht im Mindesten zweifelhaft war, sondern beweiset im Gegentheile, dass Philipp V. die klaren Vorschriften derselben nicht für zweckmässig und den Interessen seines Hauses angemessen erkannte und lediglich aus diesen Rücksichten die Aufstellung eines neuen Gesetzes beschloss. Hierin erklärt Philipp V. ausdrücklich, „dass er jetzt erst „nach Anhörung seines Staatsrathes, in Erwägung der grossen „Vorthelle einer neuen Thronfolgeordnung zum Behufe der „Aufrechthaltung des strengen Agnationsprincipes, befehle, dass „von nun an fortwährend die Erbfolge agnatisch in nachste- „hender Form sein solle“ etc. etc. und am Schlusse sagt Philipp V. „und ich will, dass die Gesetze der Partidas und „alle anderen Gesetze über diesen Punkt der Thronfolge aufge- „hoben und abgeschafft seyn sollen.“ Somit stehet fest, dass die Gesetze bisher wirklich gegolten haben, da man ausserdem nicht nothwendig gehabt hätte, sie abzuschaffen. Seine neue Ordnung verkündete Philipp V. erst nachdem er fast

dreizehn Jahre lang regiert hatte *); es kann daher auch davon nicht die Rede seyn, dass dieser Act eine seiner ersten Regentenhandlungen war.

III. Es ist unrichtig und irrig, wenn S. 8 gesagt wird, dass als eine Ergänzung der Successionsordnung Philipps V. (womit doch nur das Auto-acordado vom 10. Mai 1713 gemeint seyn kann) die Successionsrechte zu betrachten wären, welche dem Hause Savoyen durch den Frieden zu Utrecht am 13. Juli 1713 eingeräumt worden sind.

Die Successionsrechte des Hauses Savoyen stammen weder aus einer Bewilligung Philipps V., noch aus seinem Auto-acordado. Sie gründen sich lediglich auf die Abstammung dieses Hauses aus der Ehe der Infantin Cathalina, Tochter Philipps II. mit Carl Emanuel, Herzog von Savoyen. Diese Rechte waren überdies auch schon durch das Testament Carls II. ausdrücklich anerkannt und hatten daher genau denselben Ursprung, wie die Rechte Philipps V. selbst. Beide (Philipp V. und Savoyen) gründen ihre Rechte auf die cognatische Succession und nur die Nähe der Linie und des Grades gab Philipp V. einen Vorzug von Savoyen. Ueberdies hatte Philipp V. selbst schon mit den Cortes das Erbfolgerecht von Savoyen durch die Documente vom 5. und 9. Novbr. 1712 und also vor Abfassung seines Auto-acordado ausdrücklich anerkannt, **) und der Art. III. des zu Utrecht zwischen Spanien und Savoyen am 13. Juli 1713 abgeschlossenen Friedens ist daher kein neuer Zusatz, keine Ergänzung des Auto-acordado, sondern die blosse einfache Wiederholung des Inhaltes der Urkunden vom 5. und 9. Nov. 1712.

*) Er bestieg den Spanischen Thron am 24. Nov. 1700.

**) Dumont T. VIII. P. 1. p. 310. 313. — Vergl. meine Abhandlung S. 52 u. fl.

IV. Es ist unrichtig und irrig, wenn S. 9 gesagt wird, dass Philipp V. der Stifter einer neuen Dynastie war.

Stifter einer neuen Dynastie ist nur derjenige, welcher — ohne nach der bisherigen Verfassung und den Grundgesetzen eines Staates durch die Thronfolgeordnung und Erbrecht zur Regierung berufen zu seyn — die königliche Würde für sich und seine Familie erwirbt.

So hatte in unseren Tagen Bonaparte in Frankreich, so hat Bernadotte in Schweden, Otto von Wittelsbach in Griechenland eine neue Dynastie gegründet. Philipp V. dagegen war durch das alte Grundgesetz der Monarchie, durch Erb- und Familien-Recht zum Throne berufen — er setzte nur die Reihe der Könige aus dem Habsburgischen Hause als Descendent von Kaiser Carl, König Philipp II., Philipp III. und Philipp IV. in der weiblichen Linie fort. In ihm stieg nur eine Seitenlinie des letzten Besitzers der Krone, des Königs Carl II. — die Linie der ältesten Schwester desselben auf den Thron von Spanien. Philipp V. war der erste König von Spanien, in dessen Adern das Blut der Habsburger und der Bourbonen vereinigt floss, aber eben darum war er nicht der Stifter einer neuen Dynastie. Als Habsburger war er zum Throne von Spanien geboren und berufen, ungeachtet er auch mit zur Bourbonischen Familie zählte.

V. Es ist unrichtig und irrig, wenn S. 9 gesagt wird, dass Philipp V. als der alleinige Stamm seines Hauses zu betrachten sey, weil seine sämmtlichen Agnaten, die französischen Bourbonen, durch unwiderrufliche Verzichtleistungen ausserhalb alles Bezuges zu ihm getreten waren.

Nicht das Haus Bourbon als solches war zu dem Spanischen Throne berufen, sondern nur jene Mitglieder desselben,

in welchen zugleich Habsburgisches Blut floss. Wenn nun auch alle diese Mitglieder auf die Thronfolge in Spanien verzichtet hatten, so war doch Philipp V. nicht darum die einzige Person, welche noch Erb- und Familienrecht zu derselben Zeit auf den Spanischen Thron hatte; die zur Spanischen Succession berechnete Familie war weder in seiner Person allein vereinigt noch geschlossen. Nicht nur hatte er selbst, er, der kraft des cognatischen Erbrechtes auf den Thron von Spanien gestiegen war, zu der Zeit, als er das Auto-acordado erliess, zwei lebende Söhne, den Infanten Ludwig, geb. 25. Aug. 1707, und den Infanten Philipp, geb. 7. Juni 1712, und seine Gemahlin ging bereits mit dem Infanten Ferdinand (geb. 17. Sept. 1713) schwanger, sondern es waren damals als thronsuccessionsberechnete in Spanien ausser dem Savoyischen Hause noch das Oesterreichisch-Deutsche Haus und sogar als Agnaten vorhanden, mit denen zu Utrecht kein Friede zu Stande gekommen war und gegen die er selbst nur durch die Bezugnahme auf die cognatische Successionsordnung der Siete Partidas ein Vorzugsrecht begründen konnte.

VI. Es ist unrichtig und irrig, wenn p. 11 gesagt wird, dass die Friedensschlüsse von Utrecht im J. 1713 die Einführung der agnatischen Successionsordnung voraussetzen.

Der Verfasser muss selbst zugestehen, dass davon in diesen Friedensschlüssen nicht ein Wort enthalten ist. Er glaubt aber, dass diese Aenderung eine stillschweigende Voraussetzung derselben gewesen sey, theils wegen der wechselseitigen Verzichtleistungen der Französischen und Spanischen Bourbonen, theils wegen der eventuellen Erbrechte des Hauses Savoyen. Wir haben jedoch hiergegen in unserer Abhandlung nachgewiesen, dass die zu Utrecht mit den Kronen Frankreich und Spanien paciscirenden Grossmächte durchaus kein Interesse hatten, sich in die inneren Angelegenheiten von Spanien und in die Thronfolgeord-

nung dieses Landes einzumischen, sofern nur nicht hierdurch die Vereinigung der beiden Kronen von Frankreich und Spanien auf einem Haupte bewirkt werden sollte. Die sämtlichen Friedensschlüsse mit Grossbritannien und den Niederlanden geben einzig und allein nur als den Grund des bisherigen Krieges die Störung des Europäischen Gleichgewichts an, *) welche daraus zu befürchten war, dass Ludwig XIV. seinem Enkel Philipp V. seine Rechte als französischer Prinz auf die Krone Frankreich im Dec. 1700 ausdrücklich und urkundlich zugesichert, **) und hierdurch die Möglichkeit einer Vereinigung der Kronen Frankreich und Spanien vorbereitet hatte. Der ganze Zweck des Krieges war sonst kein anderer, als der, Philipp V. zu zwingen, seiner Eigenschaft und seinen Rechten als Bourbon zu entsagen, und sich mit seinen Rechten als Descendent des Habsburgisch-Spanischen Hauses zu begnügen. Die sämtlichen Friedensinstrumente erklären übereinstimmend, dass, weil Philipp V. nunmehr diese Zusicherung gegeben habe, der Grund zum Kriege beseitiget sey. Mehr, als die Entsagung auf seine Rechte an die französische Krone, ist daher von Philipp V. von den kriegführenden Mächten

*) Frieden zu Utrecht zwischen Grossbritannien und Frankreich v. 11. April 1713- bei Dumont T. VIII. P. 1. p. 339 fl. Art. VI. D'autant, que la Guerre, que la presante paix doit éteindre, a été allumée principalement, parceque la sureté et la liberté de l'Europe ne pouvaient pas absolument souffrir, que les Couronnes de France et d'Espagne fussent réunis sous une même tête etc. — Wörtlich übereinstimmen der Friede zwischen Frankreich und den Niederlanden art. 31. Dumont l. c. p. 370; zwischen Grossbritannien und Spanien, art. 2. Dumont, l. c. p. 394.

) Dumont, Tom. VIII. P. I. pag. 340. not. 1; vergl. mit Tom. VII. P. II. pag. 494.

niemals gefordert worden. Oder ist man wohl kurzsichtig genug, zu glauben, dass, wenn die kriegführenden Mächte von Philipp V. ausser seinem Verzicht auf die französische Krone noch etwas weiteres als Garantie für die Erhaltung des Europäischen Gleichgewichtes fordern zu müssen geglaubt hätten — wenn sie der Einführung der agnatischen Thronfolge in Spanien nur die mindeste Wichtigkeit in Bezug auf den politischen Zustand von Europa beigemessen, wenn sie ihre Interessen dadurch im geringsten berührt erachtet hätten — dass sie sodann unterlassen haben würden, in dem Utrechter Frieden der Einführung der agnatischen Thronfolge in Spanien ausdrücklich zu stipuliren? Hat man denn ganz übersehen, dass nur die gegenseitigen Verzichtleistungen der französischen Prinzen und des König Philipp V. auf die resp. Kronen von Spanien und Frankreich wörtlich und ihrem ganzen Inhalte nach Bestandtheile der Utrechter Friedensinstrumente geworden sind, dass aber auch nicht in einem einzigen derselben das Auto-acordado vom 10. Mai 1713 Platz gefunden hat und aufgenommen worden ist? *) Diese Aenderung der altspanischen Thronfolgeordnung war lediglich das Product des eigenen Willens Philipp V., ein *Proprio-motu*, wie er es selbst bezeichnet, wozu ihn, wie urkundlich feststeht, keine gegen die auswärtigen Mächte eingegangene Verbindlichkeit genöthiget hat und darum ist und muss das Bestreben vergeblich bleiben, die Rechtmässigkeit dieses Auto-acordado aus den Utrechter Friedensunterhandlungen abzuleiten.

Eben so wenig kann aber aus der Anerkennung der eventuellen Successionsrechte des Hauses Savoyen gefolgert werden, dass deshalb Philipp V. zur Einführung der agnatischen

*) Dumont, Tom. VIII. P. 1. pag. 340. not. 1.

Successionsordnung in Spanien verpflichtet gewesen sey. Auch dieses würde — wenn es beabsichtigt gewesen wäre, sicher in den Documenten vom 5. und 9. Novbr. 1712, und in dem Frieden mit Savoyen vom 13. Juli 1713 namentlich ausgedrückt worden seyn. Allein nicht nur schweigen auch diese Documente hierüber gänzlich, sondern es steht überdiess fest, dass es nicht in der Absicht Philipps V. lag, dem Hause Savoyen ein mehreres und ein grösseres und besseres Successionsrecht einzuräumen, als es in Folge seiner Abstammung von der Infantin Cathalina und nach dem Testamente Carls II. in Anspruch zu nehmen befugt war. Wir ersehen im Gegentheile aus den angeführten Actenstücken ganz deutlich, dass Philipp V. sogar das Successionsrecht Savoyens nur mit Beschränkung auf den Mannsstamm dieses Fürstenhauses anerkannte und Savoyen, der Uebermacht weichend, sich diese Beschränkung gefallen lassen und sich damit begnügen musste, dass der Herzog von Orleans und dessen Descendenz, denen Philipp V. durch ein Decret vom November 1703 bereits die Thronfolge in Spanien zugesichert hatte, auf diese Thronfolge Verzicht leistete. *) Allerdings ist es richtig, dass durch die Zulassung des cognatischen Successionsrechtes in der Linie Philipp's V. die Ausübung des Erbrechtes des Hauses Savoyen sehr weit zurückgeschoben ist. Allein der Verfasser scheint bei dem Niederschreiben seiner S. 11, 13 und 24 vergessen zu haben, dass — wie er doch selbst S. 8 angeführt hat — Philipp V. sich nicht nur für seine männliche, sondern auch für seine gesammte weibliche Descendenz in den gedachten Urkunden den Vorzug vor dem Savoyischen Hause positiv zugelegt

*) Vergl. den Frieden zwischen Savoyen und Spanien, art. III.
a. E. bei Dumont Tom. VIII. P. 1. pag. 402.

und bedungen hat und dass auch sogar das Auto-acordado vom 10. Mai 1713, die weibliche Descendenz Philipp's V. lediglich zu Gunsten seiner eigenen agnatischen Descendenz, keinesweges aber zu Gunsten des Savoyischen Mannsstammes zurückgesetzt hat, welcher selbst bekanntlich nicht agnatisch, sondern nur in entferntem Grade cognatisch mit Philipp V. verwandt war.

VII. Unrichtig und irrig ist es daher auch, wenn S. 22 gesagt wird, dass die Verträge von Utrecht durch das Decret Carls IV. v. J. 1789 modificirt worden seyen.

Da diese Friedensschlüsse nicht das Mindeste über die Einführung der agnatischen Thronfolge in Spanien enthalten, so konnten sie also auch nicht durch das unter Mitwirkung der Cortes errichtete Gesetz Carl's IV., welches das Auto-acordado v. 10. Mai 1713 aufhob und die cognatische Succession wieder herstellte, alterirt werden.

VIII. Unrichtig und irrig ist es, wenn S. 13 gesagt wird, dass in dem XII. Artikel des zwischen Spanien und dem deutschen Kaiser Carl VI. am 30. August 1725 geschlossenen Wiener Frieden eine wechselseitige Garantie der beiderseitigen pragmatischen Sanctionen ausgesprochen sey.

Der Kaiser garantirt hier nicht mehr und nichts anderes, in Bezug auf die Spanische Thronfolge, als namentlich das, was die zu Utrecht am 11. April 1713 errichteten Friedensinstrumente von Seite Grossbritanniens und der Niederlande bereits garantirt hatten und muss der Art. XII, wie er selbst angibt, im Zusammenhange mit dem Art. III. desselben Friedensinstrumentes aufgefasst werden. Hier ist aber nicht mehr gesagt, als dass der Kaiser das Prinzip anerkennt, dass die Kronen von Spanien und Frankreich nicht auf demselben Haupte vereinigt seyn dürfen und namentlich, dass er die Grundsätze anerkennt, welche durch den mehrgedachten Beschluss

der Cortes vom 9. November 1712 zum Grundgesetze der Monarchie Spaniens erhoben worden sind. *) Von dem Auto-acordado vom 10. Mai 1713, um dessen Gültigkeit es sich hier allein handelt, ist in dem ganzen Friedensinstrumente mit keinem Worte die Rede und dasselbe daher auch nicht durch den Wiener Frieden garantirt.

IX. Es ist unrichtig und irrig, wenn S. 45. gesagt wird, dass man nur Muthmassungen darüber aufstellen könne, welche Successionsordnung in Spanien während der Herrschaft des Oesterreichischen Mannsstammes gegolten habe.

Diese Behauptung beweiset, dass der Verfasser sich nicht einmal die geringe Mühe genommen hat, die Actenstücke nachzuschlagen, welche Jedermann zugänglich sind und die derjenige nothwendig kennen muss, welcher über die Spanische Successionsordnung mitsprechen will. Als das gültige und practische Grundgesetz in Bezug auf die Thronfolge waren als in voller Wirksamkeit bestehend die *leyes de Partidas* und zwar als gleichgültig für die gesammte nunmehr untheilbar vereinigte Monarchie Spaniens (nicht bloss allein für die Krone von Castilien) ausdrücklich anerkannt und festgestellt. Diese Anerkennung ist mit dürren Worten ausgesprochen

a) In dem am 6. Juni 1554 zu Brüssel errichteten Testamente des Kaiser Carls V., des Ahnherrn der Habsburgischen Dynastie und somit auch des Ahnherrn des Königs Philipps V. von weiblicher Seite. Hier wird, nachdem Carl V. die Successionsordnung unter allen seinen lebenden Verwandten und deren Descendenz genau nach Anleitung der *Siete Partidas* be-

*) Vergl. Dumont S. VIII. P. II. pag. 107. 108.

**) Abgedruckt bei Dumont Supplens. T. II. G. p. 141. fl.

stimmt hat, von ihm für den Fall des gänzlichen Abganges dieser genannten Personen weiter erwiedert:

„Ordenamos e mandamos, que suceda in los dichos nuevos Regnos, Estados, Tierras y Senorios, la persona, que deuiesse suceder, segun derecho y razon, leyes de las partidas, y de las otras suso dichas.“ *)

b) Die gleiche Bestimmung findet sich in dem Testamente seines Sohnes und Nachfolgers, Königs Philipp II., v. 23. August 1597. **)

c) Namentlich wiederholt und neuerdings eingeschränkt findet sich dasselbe Grundgesetz in dem Gesetze des Urgrossvaters Philipps V., des Königs Philipp IV., vom J. 1640, welches insbesondere ausspricht: dass „das Gesetz 2. tit. 15. Part. 2. in voller Wirksamkeit bestehet,“ und den Grundsatz desselben als für die Zukunft practisch auf die Majorate überträgt und als Gesetz 14. tit. VII. Lib. V. in die Nueva recopilacion de las leyes de Castilla aufgenommen worden ist. ***)

d) Unter Bezugnahme auf dieselben Gesetze beruft Carl II., der Thronvorfahrer Philipps V. in seinem Testamente vom 2. October 1700. art. XII., XIII., zur Nachfolge in der gesammten und ungetheilten Monarchie in Ermangelung von Söhnen die Töchter, die er etwa noch haben würde und in deren Ermangelung die Descendenz seiner Schwestern namentlich Philipp V., mit Vorzug vor den damals lebenden Agnaten des Oesterreichischen Hauses. †)

In Folge der Gesetze der Partidas und des dieselben

*) Vergleiche meine Abhandlung p. 38.

**) Ebendas p. 37.

***) Siehe meine Abhandl. p. 50 51.

†) Dumont. Tom. VII. P. II. p. 486 ff.

neuerdings einschärfenden Testamentes Carl's II., succedirte Philipp V. in die gesammte ungetheilte Spanische Monarchie.

Diese Urkunden nicht gekannt zu haben, ist ein Vorwurf, gegen den sich der ungenannte Vertheidiger des Don Carlos durch nichts entschuldigen kann. Es wird hiernach Niemand mehr zweifelhaft seyn können, was davon zu halten ist, wenn der ungenannte Verfasser S. 50 behauptet, dass Philipp V. bei seiner Thronbesteigung gar keine durchgreifende alle Theile der Monarchie umfassende Thronsuccessionsordnung vorgefunden habe!

Schon die Worte des Auto-acordado v. 10. Mai 1713 selbst, wodurch Philipp V. das Gesetz der Siete Partidas abschafft, hätten den Verfasser eines Bessern belehren können! Der Grundsatz, dass die Spanische Monarchie in allen ihren Theilen ungetrennt vereinigt bleiben muss, ist schon in dem Testamente des Kaiser Carl's V. ausgesprochen und mehrfach in dem Testamente König Carl's II. wiederholt. Würde man annehmen, dass noch unter dem Oesterreichischen Mannsstamme in Spanien keine reale Vereinigung der einzelnen Bestandtheile der Monarchie stattgefunden gehabt habe und dass in einer oder der andern Provinz, wie z. B. in Bezug auf das kleine Aragonien behauptet werden will, eine andere Successionsordnung bestanden habe, so würde schon Philipp V. als cognatischer Erbe für verpflichtet zu achten gewesen seyn, an die Oesterreichischen Agnaten die Länder herauszugeben, in welchen angeblich die agnatische Succession noch gültig war. Eine solche Forderung ist aber nicht einmal zur Zeit des Successionskrieges von Philipp's heftigstem Gegner, dem Erzhause Oesterreich, aufgestellt worden und sowohl von diesem als von allen Grossmächten Spanien seit seinem Uebergange an den Habsburger Mannsstamm als ein untheilbares, nach einem

und demselben Successionsgesetz vererbliches Königreich betrachtet worden.

X. Es ist unrichtig und irrig, wenn S. 49 und 50 gesagt wird, dass nach dem Abgange Carl's II. den Oesterreichischen Agnaten die Descendenten seiner Töchter gegenüberstanden.

Dieser Verstoss ist so stark und unverantwortlich, dass wir ihn für einen Schreibfehler *) geachtet und ungerügt gelassen haben würden, wenn der Verfasser nicht diesen Irrthum auf den beiden genannten Seiten fünfmal wiederholt und noch oben darein auf diese falsche factische Prämisse ein besonderes Argument gebaut hätte, indem er darzuthun versucht, dass Philipp V. wohl darum den Oesterreichischen Agnaten vorgegangen sey, weil diese als entferntere Verwandte den Descendenten der Töchter des Königs Carl II. als „wahren Erbtöchtern“ gegenüber kein so starkes Recht gehabt hätten, als einem Bruder des Königs Carl II. bei gleicher Concurrenz zugestanden haben würde!

Wenn ein Schriftsteller, der über die Spanische Successionsfrage schreiben will, nicht einmal weiss, dass Carl II. weder Töchter noch Descendenten von Töchtern, noch Schwestern, sondern nur Descendenten seiner Schwestern hinterlassen hat; oder wenn er so vergesslich ist, dass er schon einige Seiten später sich nicht mehr erinnert, dass er selbst die Verwandtschaft auf S. 4 richtig angegeben hat und wenn er auf diesen Verstoss überdiess sogar rechtliche Deductionen baut, so kann uns wahrlich nur noch das Interesse an der vollständigen Enthüllung der Wahrheit bestimmen, dem

*) Genauigkeit ist ohnehin nicht des Verfassers erste Tugend. So steht S. 35. Z. 13 v. o. Mannsstamm anstatt Weibsstamm.

Verfasser noch weiter in seiner Darstellung zu folgen und auch noch die übrigen Irrthümer zu entlarven.

Wir haben bisher überdiess nur solche Angaben des Verfassers untersucht, in Bezug auf welche man billigerweise bei der allgemeinen Zugänglichkeit der Quellen erwarten und fordern durfte, dass er sich eine richtige und genaue Kenntniss verschafft habe, bevor er zu schreiben begann. Wir wenden uns nunmehr zu jenen Thatsachen, hinsichtlich deren wir die unrichtigen Ansichten des Verfassers entschuldigen können, da die Quellen hierüber, wenn auch nicht unzugänglich, doch noch nicht so allgemein sind, wie die vorgenannten.

XI. Es ist unrichtig und irrig, wenn S. II gesagt wird, dass die Cortes ihre Zustimmung zu dem Auto-acordado Philipps V. gegeben und die Clausel beigefügt hätten, dass jeder zur Thronfolge berufene Nachkommen Philipps V. in Spanien geboren und erzogen seyn müsse.

Die Cortes von 1713 hatten durchaus keinen Antheil an der Abfassung des Auto-acordado. Im Gegentheile wurde dieses vollkommen fertig und in der Redaction, wie wir es heute besitzen, in die Cortes gebracht, bloss um denselben publicirt zu werden. Es hat weder eine Berathung noch ein Beschluss, noch eine Petition der Cortes um Einführung der agnatischen Succession stattgefunden.

Eben so irrig ist es, dass die Cortes dem auto-acordado eine Clausel beigefügt hätten. Gegen diese Behauptung, welche sich nirgends, als in den an sich bekanntlich weder unpartheiischen noch kritischen Memoiren des Marquis de S. Philippe, eines der Günstlinge Philipps V. findet, sprechen klare Documente: erstlich, der Text des Auto-acordado selbst, in welchem sich eine solche Clausel nicht findet, sodann die Auszüge aus den Originalprotocollen der Cortes, welche die Spanische Regierung im Jahr 1833, noch vor dem Tode K. Fer-

don Carlos VII. zu Madrid durch den Druck hat publiciren lassen, woraus man ersieht, dass die Cortes im Jahr 1713 in Bezug auf das Auto-acordado nichts weiter thaten, als dass sie in einer einzigen Sitzung seine Publikation anhörten.

XII. Es ist unrichtig und irrig, wenn S. 14. gesagt wird, dass das Auto-acordado seit seinem Erlasse vor 117 Jahren in voller Wirksamkeit bestand.

Das Auto-acordado sollte seiner ursprünglichen Bestimmung nach nicht bloss die Erbfolge der Töchter im Verhältniss zu den Söhnen, sondern auch die Erbfolge des Mannsstammes selbst reguliren und als Grundgesetz für dieselbe gelten. Allein bei dem ersten Falle, in welchem das Auto-acordado hätte zur Anwendung kommen müssen, wurde es durch Philipp V. selbst wieder umgestossen. Philipp V. hatte nämlich im Januar 1724 die Krone niedergelegt und diese ging somit auf seinen ältesten Sohn, Don Louis über. Im nächstfolgenden Monate August starb der König Louis, ohne Nachkommen zu hinterlassen. Nach dem Auto-acordado musste in solchem Falle die Krone an den zweiten Sohn des Königs übergehen. Allein ungeachtet dieser klaren Bestimmung des Auto-acordado ging die Krone nicht auf den zweiten Sohn über, sondern auf Philipp V. — (mithin also rückwärts, während das Auto-acordado nur eine Descendentensuccession kennt) — und dieser übernahm zum zweiten Male die Regierung und derogirte somit seinem eigenen Gesetze.

XIII. Es ist unrichtig und irrig, wenn S. 14. gesagt wird, dass die Cortes in Spanien im Jahr 1789 zum letzten Male versammelt waren.

Nach den Cortes von 1789 waren (die Cortes der Revolutionszeit ungerechnet) die allgemeinen Cortes mit der genauesten Beobachtung aller Förmlichkeiten noch im Juni 1833 versammelt worden. Sie wurden damals durch den König

Ferdinand VII. in Person eröffnet und erkannten nach den Gesetzen und dem alten Herkommen der Monarchie die Infantin Isabella (II.), als Prinzessin von Asturien *) und Thronerbin von ganz Spanien und leisteten ihr im Namen der Nation den Huldigungseid.

XIV. Es ist unrichtig und irrig, wenn S. 14 und 16 ferner gesagt wird, dass die Cortes von 1789 nur oder doch nur zunächst zu dem Zwecke versammelt worden wären, um den ihnen gelassenen Schatten von Befugnissen in Bezug auf die Finanzverwaltung auszuüben.

Es sind zwei offizielle Actenstücke vorhanden, welche das Gegentheil beweisen. Das eine ist das königliche Convocationsschreiben selbst, in welchem der König Carl IV. erklärt, dass er „die Cortes berufe, um seinen ältesten Sohn Ferdinand, als Prinzen von Asturien und Thronfolger anzuerkennen und um alle anderen Sachen von Wichtigkeit zu genehmigen, welche es ihm gefallen werde, ihnen vorzulegen.“ Das andere Actenstück sind die Vollmachten selbst, welche die Städte ihren Deputirten ausgestellt haben, „um den Prinzen von Asturien anzuerkennen und jede andere Sache zu verhandeln, welche der König ihnen vorlegen würde.“ Auch diese Actenstücke befinden sich in der bei Nr. XI erwähnten offiziellen Sammlung von Actenstücken, welche unter der Regierung Ferdinands VII. 1833 bekannt gemacht worden ist.

XV. Es ist unrichtig und irrig, wenn S. 16 u. 17 gesagt wird, dass die Cortes im Jahr 1789 unvollständig und verfassungswidrig versammelt waren und die Cortes keine gehörige Vollmacht hatten.

Die Versammlung der Cortes im Jahr 1789 war in ihren

*) Titel des Thronerben oder der Thronerbin in Spanien.

Elementen genau eben so zusammengesetzt, wie die im Jahr 1713. In beiden Versammlungen fehlte, wie schon seit zweihundert Jahren vorher, der Adel und die Geistlichkeit als Stand. Der Unterschied zwischen beiden Versammlungen war hinsichtlich der Zusammensetzung nur der, dass in den Cortes von 1789 die Deputirten der Städte vollzählig anwesend waren, während man im Jahr 1713 nur 27 hatte zusammenbringen können.

Wollte man also aus der Art der Zusammensetzung der Cortes (welche seit zweihundert Jahren die regelmässige und durch Herkommen sanctionirte war) eine Nullität der Verhandlungen ableiten, so träfe derselbe Vorwurf nicht minder die Verhandlungen der Cortes von 1713, wenn dergleichen über das Auto-acordado überhaupt stattgehabt hätten.

Ganz irrig ist es aber, wenn gesagt wird, dass die Cortes von 1789 keine genügenden Vollmachten gehabt und sich vorbehalten hätten, neue von ihren Committenten zu verlangen. Die Auszüge aus den Originalprotokollen der Cortes von 1789, welche sich ebenfalls in der erwähnten offiziellen Urkundensammlung von 1833 finden, zeigen, dass in der vorbereitenden Sitzung vom 14. September, welche der feierlichen Eröffnung der Cortes von 1789 vorherging, die Vollmachten aller Deputirten nach Prüfung durch die Junta de los Asistentes, (Mitglieder des Rathes von Castilien) unter dem Vorsitze des Grafen von Campomanes für richtig und genügend für die Anerkennung des Prinzen Ferdinand und zur Verhandlung über jede andere Sache, welche der König ihnen vorlegen würde, erfunden worden waren. Nachdem dieser Ausspruch erfolgt war, leisteten alle Deputirte den Eid in die Hände des Grafen von Campomanes und die Cortes wurden hierauf vom Könige am 19. desselben Monats feierlich eröffnet. Da die Vollmachten der Cortes generell lauteten, so konnten sie auch

mit dem Könige verfassungsmässig über jede Proposition, die er machen würde verhandeln und ein Vorbehalt der Cortes, weitere Vollmachten einzuholen, war an sich eben so überflüssig, als gewiss ist, dass er nicht gemacht wurde. Das hauptsächlichste Gebrechen, welches der Verfasser p. 21 an den Cortes von 1789 entdeckt zu haben glaubt und woraus allein er die Nichtigkeit ihrer Verhandlungen ableiten will, war also nicht vorhanden.

XVI. Unrichtig und irrig ist, wenn p. 19 gesagt wird, dass im Jahr 1789 weder ein Antrag der Cortes an den König noch ein Beschluss desselben in dieser Sache stattgefunden habe.

Der Verfasser hat zwar diese Behauptung nicht als seine eigene, sondern als eine Partheiangabe über die Verhandlungen von 1789 dargestellt. Allein es wäre seine Pflicht gewesen, sich nach gehöriger Prüfung über dieses Factum bestimmt auszusprechen, weil davon die Gültigkeit oder Ungültigkeit des Gesetzes unmittelbar abhängt. In den Auszügen der Originalprotokollen der Cortes von 1789, welche die Regierung Ferdinands VII. im Jahr 1833 bekannt gemacht hat, finden sich aber nuu buchstäblich die Petition der Cortes und die königliche Resolution, die erste in der Sitzung vom 23. Sept. und die zweite in der Sitzung vom 30. October, sechs Tage vorher, ehe die Cortes von dem König Carl IV. geschlossen wurden. Aus diesem offiziellen Actenstücke, dessen Glaubwürdigkeit Niemand in Zweifel stellen kann, ohne die Regierung Ferdinands VII. einer Niederträchtigkeit und eines criminellen Falsums zu beschuldigen, haben wir die Petition der Cortes und die Sanction des Königs genommen, welche sich in unserer Abhandlung finden.

XVII. Unrichtig und irrig ist, wenn S. 20, um das Ansehen der Protokolle der Cortes von 1789 herabzuwürdigen,

gesagt wird, dass der Minister Cevallos dieselben bei einem Büchertrödler gefunden und an sich gekauft hat.

Die Sache verhält sich vielmehr so. Es werden in Spanien immer zwei Protokolle über die Sitzungen der Cortes geführt; das eine, das eigentliche Original, enthält die Verhandlungen vollständig und wörtlich: dieses Protokoll gehört den Cortes und wird auf dem Secretariate der permanenten Deputation der Cortes aufbewahrt. Das andere ist ein kurzer Auszug der Sitzungsverhandlungen, welcher unter der Leitung der Assistentes der Cortes gemacht wird und dem Conseil von Castilien gehört. Nur dieses zweite (Neben-) Protokoll war es, welches im J. 1808 bei der Verwirrung verloren ging, welche zu Madrid herrschte, als man die Acten und Papiere des Rathes von Castilien nach Sevilla brachte und diess Protokoll war es, welches von dem Minister Cevallos wieder aufgefunden wurde.

XVIII. Unrichtig und ungenau ist das, was S. 18, 19 über die Reclamation des Französischen Gesandten, Lemarchand, gegen die im J. 1789 unternommenen Aufhebung des Auto-acordado gesagt wird.

Richtig ist, dass der Französische Gesandte desshalb Schritte bei der Spanischen Regierung gethan hat, aber so wie dieselben zur Kenntniss der Französischen Regierung gelangten, so wurden sie missbilligt und der Gesandte abgerufen und seine Stelle von Herrn Vaugueyon ersetzt. *)

Der letzte Theil der anonymen Schrift, deren Prüfung wir hier unternommen haben, behandelt die Geschichte und die älteren Gesetze der Spanischen Monarchie. Es findet sich auch

*) Man findet im Moniteur die Erklärungen, welche hierüber der Herzog von Broglie als Präsident des Conseil den französischen Kammern in der Sitzung v. 6. Januar 1836 gegeben hat.

hier keine Thatsache, welche das zu widerlegen geeignet wäre, was wir über das alte Spanische Recht in der Absicht gesagt haben, um zwei Hauptsätze als historisch begründet nachzuweisen — nämlich erstens, dass die rein agnatische Successionsordnung in den alten Königreichen Leon, Castilien und Navarra nie und selbst in Aragonien nicht zu allen Zeiten unbestritten und gleichförmig gegolten hat, und zweitens, dass nach dem Untergange der Gothischen Herrschaft die cognatische Thronfolge zuerst durch Gewohnheit und Herkommen und nachher durch ausdrückliche Gesetze in allen diesen kleinen alten Königreichen eingeführt worden ist.

Wir wollen aber auch zu diesem geschichtlichen Theile noch einige Erläuterungen hinzufügen, um die Wahrheit in vollem Lichte zu zeigen.

Wenn wir früher behauptet haben — was wir auch hier wiederholen, dass das Thronfolgerecht der Frauen in Spanien auf einem uralten Herkommen und Gewohnheit beruht, sodann in Gesetzesform ausgesprochen und überhaupt acht Jahrhunderte lang bei den Thronerledigungsfällen als praktisches Recht anerkannt worden ist, so haben wir hierdurch keinesweges behaupten wollen, dass nicht in diesen acht Jahrhunderten ein oder der andere Fall vorgekommen wäre, in welchem eine Thronsuccession gegen das Herkommen und gegen die Bestimmung der Gesetze durchgesetzt worden wäre. Wer mit der Geschichte der Europäischen Nationen im Mittelalter und in den darauf folgenden Jahrhunderten nur einigermaßen bekannt ist, der weiss solche Ausnahmefälle bei allen Völkern aufzuzählen, in welchen Gewalt, mächtig aufgeregte Leidenschaften und die Interessen einflussreicher politischer Partheien das Herkommen momentan gebrochen und selbst das geschriebene Gesetz für einige Zeit zum Schweigen gebracht haben. Aber Jedermann weiss auch, dass Ereignisse dieser Art wohl die

politische Ordnung factisch stören, nimmermehr aber ein neues Recht begründen können.

Wir kennen die sturmbewegte Geschichte Spaniens, die oft ganze Perioden hindurch nur in Blut und Kämpfen fortschreitet, hinreichend, um uns vor der Behauptung zu bewahren, dass die gesetzliche Thronfolgeordnung nie unterbrochen worden wäre. Wer dies behaupten wollte, müsste die Natur der Menschheit nicht minder als die Geschichte misskennen.

Die Geschichte Spaniens zeigt uns gegen Ende des X. und am Anfange des XI. Jahrhunderts Fälle, in welchen nicht nur die Primogeniturordnung bei der Erbfolge in der Krone nicht anerkannt, sondern überdiess die Monarchie, wie ein Familiengut vertheilt wurde, wie z. B. durch Alphons d. G. unter seine Söhne; sie zeigt uns die Unruhen, welche die Grossen des Reiches im Jahr 1113 erregten, um die Königin Ura ca zu zwingen, der Krone zu entsagen; ferner die rebellische Usurpation der Krone durch den Grafen Heinrich de Trastamara, natürlichen Bruder des Königs Pedro des Grausammen gegen die legitimen von den Cortes sogar anerkannten Erbrechte der beiden Töchter dieses Letzteren, Constanze und Isabella; eben so am Anfange des XV. Jahrhunderts die aufrührerischen Unruhen der Grossen gegen die Thronfolge des Infanten Don Juan, Sohnes des Königs Heinrich III, den ebenfalls schon vorher die Cortes von Toledo anerkannt hatten u. s. w. Aber in allen diesen Vorfällen, so wie auch in den übrigen ähnlichen, welche man noch anführen könnte, wird man dennoch nie etwas anderes zu erkennen vermögen, als den Ausbruch ungeordneter Leidenschaften und gesetzwidriger Partheiinteressen, deren ungeachtet die Bestimmungen der Siete Partidas fortwährend siegreich ihre gesetzliche Geltung behaupteten, wie wir durch die Testamente und Gesetze der Spanischen Könige aus

dem Habsburgischen Mannsstamme und durch die Thronbesteigung Philipp's V. selbst nachgewiesen haben.

Gegen die Gültigkeit der Siete Partidas, gegen dieses Gesetz, welches wir als den Mittelpunkt der alten Legislation über die Thronfolgeordnung bezeichnet haben, ist bereits von anderen Seiten ein anscheinend viel stärkerer Einwand erhoben worden, als der Verfasser der gedachten anonymen Schrift vorgebracht hat. Man hat nämlich behauptet, dass die Bestimmungen der Siete Partidas durch ihren eigenen Urheber abrogirt worden wären, indem er die Kinder seines ältesten Sohnes, Don Fernando, die Prinzen de la Cerda, zu Gunsten seines jüngeren Sohnes Don Sancho, von der Thronfolge ausgeschlossen habe.

Man hat hierbei übersehen, dass, wenn dies wirklich ein Grund wäre, welcher gegen die Gesetze der Siete Partidas geltend gemacht werden könnte, daraus noch immer nicht die Gültigkeit des Auto-accordado v. J. 1713 gefolgert werden könnte, da auch dieses, wie wir oben Nr. XII. angegeben haben, durch seinen Urheber abrogirt worden ist. Ueberdiess verhält sich die Sache, in Bezug auf die Siete Partidas, völlig anders.

Das Gesetz 2. tit. 15. part. 2. enthält zwei verschiedene Bestimmungen: die eine betrifft die cognatische Successionsordnung, die andere das Repräsentationsrecht. Die Bestimmungen über die cognatische Succession, welche sich hier finden, enthielten keinen neuen Rechtsgrundsatz; sie sind nichts als eine Wiederholung und schriftliche Aufzeichnung des alten allbekannten, durch die Praxis stets beobachteten Spanischen Gewohnheitsrechtes und Herkommens. Das Repräsentationsrecht dagegen, welches hier angeordnet wurde, war bisher unbekannt, sowohl in der Gesetzgebung als in der Staats- und gerichtlichen Praxis. Es war daher eine wahre Neuerung,

welche man dem römischen Rechte entlehnte und nachbildete, für welches der König Alphons — wie überhaupt der Inhalt der Siete Partidas beweiset — eine ungemeine Hochachtung hatte. Der Vorzug, welchen das Repräsentationsrecht den Söhnen des vor seinem Vater verstorbenen Erstgeborenen vor den übrigen Söhnen des letzten Besitzers gibt, hatte bisher in der Thronfolge von Castilien und Leon nicht stattgefunden; zum erstenmale war er somit in den Siete Partidas vorgeschrieben. Aber diese Sammlung war bei dem Leben ihres Urhebers, des König Alphons X. noch nicht als Gesetz im eigentlichen Sinne anerkannt und verkündet, sondern erhielt Gesetzeskraft erst unter Alphons XI. und die Cortes zu Alcala im J. 1338, wie wir in unserer Abhandlung S. 20 angegeben haben. Hierin liegt nun auch der Grund, warum König Alphons der Weise seinen jüngeren Sohn, Don Sancho, zu seinem Nachfolger mit Uebergang der Descendenz seines vorverstorbenen älteren Sohnes Don Ferdinand erklärte. Der König hielt sich in seiner Verfügung über die Krone ausschliesslich an das bisher bestehende und geltende Gewohnheitsrecht, und konnte und durfte — wenn er anders gesetzlich handeln wollte — nicht die neue Bestimmung über das Repräsentationsrecht in Anwendung bringen, welche er in die Siete Partidas hatte aufnehmen lassen, eben weil sie noch kein vollständig mit Zustimmung der Cortes errichtetes Gesetz war. Aus diesem Grunde ist aber auch ganz unrichtig und ein Beweis einer grossen Unkenntniss der Spanischen Geschichte und Legislation, wenn man die Behauptung aufgestellt hat, dass König Alphons der Weise seinem Gesetze zuwidergehandelt habe, da dieses doch erst im Jahr 1338 durch die Cortes zu Alcala seine Vollendung und verbindliche Kraft erhalten hat. *)

*) Ein ähnlicher Irrthum findet sich in einer anderen kürzlich

Ein zweiter Einwand gegen die Gültigkeit der Siete Partidas, welcher ebenfalls in neuerer Zeit mehrfach erhoben worden ist, bestehet in der Behauptung, dass dieselben nur eine supplementäre Autorität hätten. Man beruft sich desshalb auf das Gesetz von Alphons XI. und die unter den katholischen Majestäten verfassten Gesetze von Toro, worin gesagt sey, dass die Gesetze der Partidas nur für die Fälle gültig seyn sollten, „welche nicht durch die von Uns gegebenen Gesetze, Ordonanzen und Pragmatiken entschieden werden können.“ Allein schon diese Anführung ist ungenau. Der König Alphons XI. sagt ausdrücklich: „Wir verordnen, dass die Prozesse und Streitigkeiten, welche nicht durch Gesetze entschieden werden können, welche wir gegeben haben und durch die Fueros, nach den Gesetzen der Siete Partidas entschieden werden sollen, welche wir als unsere Gesetze geben.“ *)

Hieraus ersieht man also ganz deutlich, dass den Gesetzen der Partidas völlig gleiche Kraft mit den übrigen Gesetzen des König Alphons XI. in allen Dingen beigelegt war, in welchen ihnen diese nicht als speziellere Gesetze derogiren, so wie es sich auch von selbst versteht, dass auch die Gesetze von Toro als neuere und speziellere Gesetze den Gesetzen der Partidas in jenen Materien vorgezogen werden müssen,

im Interesse des Don Carlos verfassten Denkschrift, worin gegen alle Geschichte gesagt wird, dass König Alphons X. seine Enkel von Don Fernando, einen nach dem andern zur Thronfolge berufen, und seinen zweiten Sohn, Don Sancho, enterbt habe, der dessen ungeachtet als König anerkannt worden sey. Hier finden sich in der Erzählung des Herganges gerade so viel historische Unwahrheiten als Worte.

*) Textus primus ad leges taurinas in Comment. Anton. Gomez.

worin sie eine abweichende Bestimmung enthalten. Die Gesetze von Toro v. J. 1505 enthalten aber nun eine solche abweichende Bestimmung in Bezug auf die Thronfolge so wenig, als die Gesetze von Alphons XI. Im Gegentheile wiederholen sie buchstäblich die hierauf bezügliche Bestimmung der Siete Partidas *) als das practische Recht und übertragen dieselbe auf die Majorate. Diese Gesetze beweisen daher abermals unumstösslich, dass von jeder legitimen Regierung in Spanien seit dem XIII. Jahrhunderte die Gesetze der Partidas als das in rechtlicher Wirksamkeit bestehende Recht anerkannt worden sind. Zum Ueberflusse können wir auch noch das Testament der Königin Isabella der Katholischen († 1504) anführen, worin sie die Erbfolge ihrer Tochter Juana in ihren Königreichen folgendermassen anordnet: „Guardando la ley de Partidas que dispone sobre la sucession de estos Reynos, y conformando me con su resolucion, Mando etc. etc.“

Die praktische Gültigkeit der Gesetze der Partidas in der ganzen Periode vor der Abfassung des Auto-acordado vom Jahr 1713 ist sonach unumstösslich erwiesen und die strengste Kritik wird keine evidentere Belege hierfür zu wünschen übrig haben, als wir hier gegeben haben.

Der ungenannte Verfasser der mehrgedachten Schrift, deren Würdigung wir uns zunächst vorgesetzt haben, hat zwar diese Argumente nicht geltend zu machen versucht. Wir haben es aber doch für zweckmässig erachtet, auch auf diese hier sogleich zu antworten, um nichts zu übergehen, was für die Ansprüche des Don Carlos geltend zu machen versucht worden ist und die Grundlosigkeit jener Argumentationen insgesamt in ihrer vollen Schwäche darzustellen.

*) Vergl. meine Abhandlung S. 28.

Dagegen ist in der vorerwähnten Schrift gegen die Gültigkeit der Gesetze der Partidas der Einwand erhoben worden, dass dieselben nur für Castilien nicht für Aragonien verbindlich wären.

Allein auch in diesem Königreiche ist die Gültigkeit und Verbindlichkeit der Bestimmungen der Siete Partidas über die Thronfolge sowohl noch bei dem Leben Ferdinands des Katholischen, als auch nach seinem Tode anerkannt worden — namentlich in dem Zeitraume wo Aragonien mit Castilien bleibend und reel zu einer Monarchie verbunden wurde.

Die erste feierliche Anerkennung dieses Grundsatzes für Aragonien fand statt, als Ferdinand der Katholische die Stände des Königreiches Aragonien im J. 1502 mit Beobachtung aller nothwendigen Förmlichkeiten versammelte, um durch sie seine Tochter Juana, welche bereits durch die Cortes von Toro als die Erbin der Krone von Castilien anerkannt war, auch als Erbin der Krone von Aragonien anerkennen zu lassen. Die Stände leisteten der Prinzessin den Huldigungseid und erkannten sie ohne alle Schwierigkeit als Thronerbin und Königin nach dem Tode ihres Vaters.

Die Anerkennung der Infantin Juana als Thronerbin durch die Stände von Aragonien ist um so wichtiger und entscheidender, als damals noch ein Bruder des Königs Ferdinand des Katholischen, Don Fernando, vorhanden war, *) welchem das Königreich Aragonien hätte zufallen müssen, wenn dort noch die agnatische Successionsordnung bestanden hätte. Allein in diesem Falle wurde die Gültigkeit der cognatischen Thronfolge durch den König Ferdinand den Katholischen in

*) Mariana hist. de Espana T. X. p. 530. 531. — Miniana, continuacion de la historia de Espana de Mariana. Tom. I. de la contin. p. 8.

Gemeinschaft mit den Ständen von Aragonien auch für dieses Königreich als begründet anerkannt und somit jeder Zweifel für immer beseitigt, welcher aus der früheren Geschichte Aragoniens hätte hergeleitet werden wollen.

Dieser Act wurde auch nachher noch durch den König Ferdinand den Katholischen auf die unzweideutigste Art bestätigt und bekräftigt. Er machte noch drei Testamente: *) das erste zu Burgos, drei Jahre vor seinem Tode; das zweite in Aranda de Duero im Jahr 1515, und das letzte zu Madrigalejos, zwei Tage vor seinem Tode und in diesen drei Testamenten ernannte mit Ausschluss seines Bruders er seine Tochter Juana zur Erbin der Krone von Aragonien und zum Reichsverweser (wegen ihrer Geisteskrankheit) ihren Sohn Don Carlos (nachherigen Kaiser Carl V.). Durch diese Prinzessin wurde die unwiderrufliche bleibende reelle Vereinigung Aragoniens mit den übrigen Bestandtheilen der Spanischen Monarchie, in Gemässheit der Siete Partidas l. 2. tit. 15. Part. 2. bewirkt, welche seitdem das einzige legitime und allgemeine Gesetz **) über die Thronfolge geblieben sind, wie dies die mehrgedachten Testamente der Könige aus dem Habsburgischen Hause unwiderleglich bestätigen, worin, wie wir gezeigt haben, stets die Töchter mit Vorzug vor allen Agnaten zum Thronfolge in der gesammten und ungetheilten Monarchie auf den Fall des Abganges von Söhnen und deren Descendenz gerufen worden sind. ***)

*) Mariana hist. de Espana. T. X. p. 530.

**) Eben dies erklärt der von dem ungenannten Verfasser angeführte berühmte Molina in seinem Fr. act. de primog. Hisp. orig. unter der Regierung Philipps III. und Philipps IV. ausdrücklich und namentlich für sämtliche Königreiche, woraus Spanien gebildet ist. L. I. cap. II. §. 10.

***) Um jeden Zweifel über die reelle Vereinigung Aragoniens mit

Ja, die Thronfolge Philipp's V. selbst beweiset endlich unwiderleglich, dass seit der Königin Juana die cognatische Thronfolge in Aragonien nach denselben Grundsätzen wie in Castilien galt, indem auch er allda als näherer Cognat mit Vorzug vor den damals lebenden Agnaten succedirte und somit stehet unumstösslich fest, dass seit dem Anfange des XVI. Jahrhunderts in allen Fällen, wo die cognatische Succession in Frage kam, diese auch wirklich und ununterbrochen in Aragonien stattgefunden hat und als ein unbezweifelbares Staatsherkommen festgesetzt worden ist.

Um den Leser nicht zu ermüden, übergehen wir die vielen anderen kleineren Unrichtigkeiten, welche nicht einen unmittelbaren Einfluss auf den Streitpunkt äussern, mit Stillschweigen. Nur wollen wir noch eine Probe geben, wie der Verfasser die Spanischen Juristen studiert hat, mit deren Citaten seine Schrift ausgeschmückt ist. S. 47 wird von dem mit Recht berühmten Molina gesagt, er habe sich in dem Tractate (den wir gleichfalls angeführt haben) L. III. c. 4. Nr. 30 u. 31 entschieden für die Ausschliessung der Töchter durch die männlichen Agnaten ausgesprochen. Man hat aber weislich unerwähnt gelassen, dass Molina dies nur für den Fall behauptet, wenn die Töchter mit Agnaten derselben Linie und desselben Grades concurriren, wie es namentlich die *leyes de Siete Partidas* aussprechen, deren Geltung in Bezug auf die Krone derselbe Molina lib. I. cap. 2 §. 10 als „*jus plus quam notissimum*“ erklärt. Das Thema, welches Molina abhandelt, lautet:

der Krone von Castilien zu beseitigen, wollen wir hier noch anführen, dass die *Fueros* von Aragonien durch Philipp II. ausdrücklich aufgehoben und vernichtet worden sind. Seitdem hat auch Aragonien keine eigenen Stände mehr, sondern diese erscheinen seitdem in den Cortes von Castilien; so z. B. namentlich in den Jahren 1713. 1789. 1833. —

„Foeminam primogenitam ad majoratus successionem masculo ejusdem lineae et gradus deficiente admittendam esse, exclusis masculis remotioribus.“

Im §. 31 erwähnt Molina, dass eine Streitfrage darüber angeregt sey, ob nicht wenigstens die agnati transversales respectu ultimi possessoris, die zugleich in gerader Linie vom Stifter abstammen (d. h. Brüder etc. des letzten Besitzers) seinen Töchtern vorgezogen werden dürften; entscheidet aber diese Frage im §. 32, wie man ebenfalls anzuführen unterlassen hat, dahin: „dass, weil dieses eine Ausschliessung der „Töchter von dem seyn würde, was ihnen nach gemeinem „Recht zusteht,*) ohne den evidentesten Beweis eines besonderen gültigen Familienstatuts nicht angenommen werden „dürfe, sondern auch im Zweifel immer zu Gunsten der „Tochter gesprochen werden müsse.“

Nach dieser Nachweisung der Unrichtigkeit sämtlicher wesentlicher Thatsachen, auf welche der ungenannte Verfasser seine Argumente gestützt hat, bleibt uns über diese selbst wenig mehr zu sagen, da sie mit ihrer Voraussetzung zugleich zusammenfallen müssen.

Die Deduction unseres Gegners bewegt sich im Wesentlichen um folgende Punkte:

1. dass Philipp V. als Stifter einer neuen Dynastie eine neue Successionsordnung habe gründen können:

2. dass Carl IV. als Descendent des Stifters der neuen Dynastie nicht die Befugniss gehabt habe, die Thronfolgeordnung zu ändern und die erworbenen Rechte des Don Carlos zu verletzen:

*) „Quod sibi jure communi competit.“ Dies jus commune sind aber dem Molina nur die Gesetze der Partidas.

3. dass Philipp V. die neue Successionsordnung in gesetzlicher Form unter verfassungsmässiger Mitwirkung der Cortes errichtet habe;

4. dass Carl IV. 1789 die gesetzlichen Formen bei der Aufhebung des Auto-acordado nicht beobachtet habe.

Was das erste und zweite Argument anbetrifft, so fallen sie von selbst mit ihrer falschen Prämisse, dass Philipp V. der Stifter einer neuen Dynastie gewesen sey. Wir glauben diese Punkte in unserer Abhandlung bereits so vollständig erörtert zu haben, dass wir nicht nothwendig haben, wo die That- sachen und Gesetze sprechen, noch etwas hinzuzufügen.

Was das dritte und vierte Argument anbelangt, so erkennt der Verfasser mit uns den Grundsatz an, dass, wenn überhaupt eine Veränderung in der Thronfolge zulässig ist, sie nur von dem Willen des Königs und der verfassungsmässigen Zustimmung der Cortes ausgehen kann. Dieser Grundsatz ist nicht nur zu allen Zeiten in Spanien selbst, *) sondern auch von Frankreich, England und den Niederlanden, kurz von allen Mächten, welche an dem Friedensschlusse zu Utrecht Antheil nahmen und von Oesterreich (in dem Wiener Frieden v. 30. Aug. 1725 art. III.) anerkannt worden; ja die zu Utrecht paciscirenden Mächte erklärten sich nicht eher bernhiget und fanden erst dann die gehörige Garantie von Philipp V. geleistet, als er die damals von ihnen geforderte Modification der Thronfolge (den Ausschluss der Bourbonen) in der Form eines mit den Cortes errichteten Grundgesetzes übergeben hatte, was

*) Darum wurde zur Verzichtleistung der Infantin Anna, Gemahlin Ludwigs XIII., die Zustimmung der Cortes eingeholt und für die Verzichtleistung der Infantin Maria Theresia stipulirt, (vergl. meine Abhandlung S. 33 fl.) und darum brachte Philipp V. selbst sein Auto-acordado 1713 in die Cortes.

desshalb auch diese Friedensschlüsse insgesamt namentlich erwähnen. *)

Die Formen, welche bei der Errichtung eines Grundgesetzes nach dem Spanischen Rechte (wie auch der ungenannte Verfasser richtig angibt) unerlässlich für seine Gültigkeit erfordert werden, sind aber bei Abfassung des Auto-acordado v. J. 1713 nicht beobachtet worden, und die Nichtigkeit desselben liegt darin:

1) dass im J. 1713 kein königliches Berufungsschreiben erlassen wurde, um neue Cortes zu versammeln, was unerlässlich nothwendig war, wenn der König ein Gesetz in Vorschlag bringen wollte, worauf die speziell gestellten Vollmachten der Deputirten (die nur zur Genehmigung der Verzichtleistung Philipps V. auf die Krone Frankreichs versammelt waren) nicht lauteten. **)

2) Es hatte daher auch keine neue Wahl der Deputirten von Seite der Städte stattgefunden. Philipp V. entzog diesen daher rechtswidrig ihr verfassungsmässiges Recht, neue Deputirte zu wählen, indem er ihnen befahl, den lediglich zur Genehmigung seiner Verzichtleistung versammelten Deputirten weitere Vollmacht zu senden.

3) Die Versammlung war so unvollständig, dass von den Deputirten der 37 berechtigten Städte nur die von sieben und zwanzig Städten bei der Publication des Auto-acordado gegen-

*) So ist z. B. in die Friedensschlüsse Frankreichs und Spaniens mit England die Zustimmung der Cortes v. 9. Nov. 1712 vollständig eingerückt: im Frieden zwischen Frankreich und den Niederlanden art. XXXI. wird ausdrücklich erklärt, dass man die Renunciationen erst nach der Zustimmung der Cortes für genügend erachtet habe.

**) Blancas, Modo de proceden en Cortes 7. 10. 11. — Martell, forma de celebrar Cortes. 6.

wärtig waren, also fast ein Dritttheil der berechtigten Städte nicht vertreten war.

4) Bei Errichtung des Auto-acordado fand weder eine Petition der Cortes, noch eine Proposition des Königs, noch Discussion und Beschlussnahme durch die Cortes, noch überhaupt eine Theilnahme der Cortes statt; sie hatten nur die Publication des Auto-acordado anzuhören, welches von Philipp V. allein gegen alle bestehenden Rechtsgrundsätze ausging.

Als aber dagegen die Cortes im J. 1789 berufen waren, nicht um ein gültiges Gesetz umzuwerfen, sondern das alte Grundgesetz der Monarchie wieder herzustellen und zu bestätigen, waren alle Bedingungen für die gültige Errichtung eines Grundgesetzes vorhanden:

1) königliche Convocatorien, welche als Gegenstand der Verhandlung die Anerkennung Ferdinands als Prinzen von Asturien und andere wichtige Gegenstände bezeichneten, welche der König vorlegen werde; *)

2) genügende Vollmachten;

3) vollständige Anzahl der Deputirten, so dass auch nicht der einer einzigen Stadt fehlte;

*) Die gleiche Rechtsgültigkeit der speziellen (auf eine einzelne Sache, sog. ad hoc gestellten) Convocatorien und der generellen, worin der König die nähere Bezeichnung der Berathungsgegenstände sich vorbehält, ist von keinem Spanischen Juristen jemals bezweifelt worden. Der Unterschied zwischen beiden besteht nur darin, dass der König im ersten Falle mit denselben Cortes durchaus über nichts weiter verhandeln kann, als über den speziell benannten Gegenstand und zur Behandlung einer anderen Sache nothwendig neue Cortes versammeln muss, während er in dem zweiten Falle mit den Cortes jede auch nicht speziell ausgedrückte Sache verhandeln darf. Vergl. die in der vorigen Note angef. Schriftsteller und E. A. Schmidt, Gesch. Aragoniens. Leipzig 1828. p. 426.

4) königliche Proposition, Discussion in feierlicher Sitzung, Petition der Cortes an den König, Sanction derselben durch den König und Verkündung derselben in der Sitzung der Cortes —

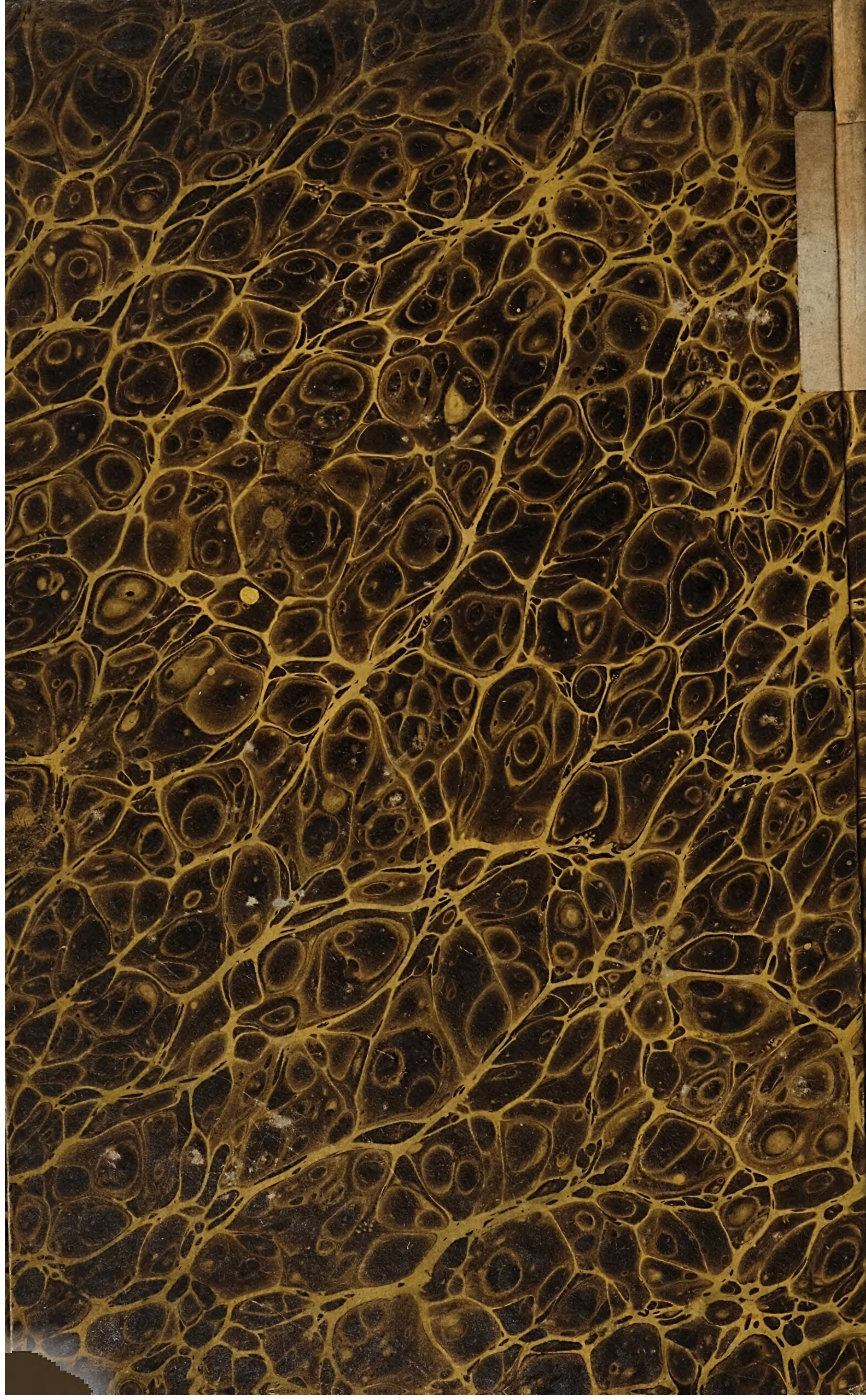
kurz alles ist beobachtet und erfüllt worden, was die strengste Genauigkeit hinsichtlich der Förmlichkeiten zu erfordern berechtigt ist.

Auf die übrigen Argumente des ungenannten Verfassers will ich hier nicht weiter eingehen. Sie sind alle schon in der vorstehenden Abhandlung in Prüfung gezogen worden und ich beschränke mich, um nicht Mehreres widerholen zu müssen, daher lediglich darauf, den Leser auf jene zu verweisen.

Ich glaube nicht, dass sich ein bedeutender Punkt in der gedachten anonymen Schrift finden wird, welcher nicht hier vollständig erschöpfend beleuchtet worden wäre. Das Publikum mag nun entscheiden, auf welcher Seite das wahre Recht, die wahre Legitimität sich befindet. Was mich betrifft, so kann ich mich nicht enthalten, am Schlusse die Ueberzeugung auszusprechen, dass der Sache der Königin Isabella II. kein grösserer Dienst erzeigt werden konnte, als der ungenannte Verfasser durch die Zusammenstellung der Behauptungen, durch welche die Ansprüche des Don Carlos vertheidigt werden wollen, geleistet hat.

Mannheim,

Buchdruckerei des kathol. Bürger - Hospitals.



Zoepfl, Heinrich,

Die Spanische Successionsfrage historisch und publicistisch erörtert zur
Aufklärung und Berichtigung der öffentlichen Meinung in Deutschland: nebst
einem Anhang als Beleuchtung und Widerlegung der bei S. Schmerber in
Frankfurt 1839 unter gleichem Titel herausgegebenen anonymen Schrift

Heidelberg 1839

Bamberg, Staatsbibliothek -- RB.J.p.o.36
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11769667-0